

MARCO PIANTINI
Medienputsch in Italien

Gespräch zu Rot-Grün
mit Willi Brüggem,
Edelgard Bulmahn,
Kerstin Müller
und Horst Peter

HERMANNUNS PFEIFFER
Die Macht der Banken

SOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

ROT-GRÜNE LINKE



KURZUM

von Uwe Kremer

Mit Christoph Zöpel hat sich ein führender Genosse aus dem Scharpingen Schattenkabinett unter Protest verabschiedet. Dieser Schritt ist gar keine Frage von „rechts“ oder „links“, sondern lediglich angemessene Reaktion auf eine programmatische Selbstverstümmelung, die den SPD-Wahlkampf für viele Beteiligte kaum noch führbar zu machen droht. Es war klar, daß mit Scharping sowohl die außen- wie auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmensetzungen nicht berührt werden, NATO-Treue und öffentlicher Sparkurs ausgemachte Sache sind. Aber es gibt eine Kette von Akzentsetzungen, die der Ersetzung von Kohl durch Scharping trotzdem Sinn verleihen würden. Das Tempolimit gehört ebenso dazu wie die Rücknahme des 116 AFG, das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz u.a.m. Kurzum: Es geht aktuell darum, daß diese Kette nicht reißt.

(An dieser Stelle aber auch eine Bemerkung an die parlamentarische Linke (und den DGB): Reichlich verwundert hat mich, daß Ihr die Heraussetzung der Einkommensgrenzen bei der Ergänzungsabgabe gefordert habt. So leid es mir tut: Aber wer es mit dem Sozialstaat, den Zukunftsinvestitionen, dem Aufbau im Osten und überhaupt mit dem sozialökologischen Umbau und mit der Ablehnung eines Sparkurses ernst meint, der wird sich beim Abkassieren nicht auf die obersten 10% der Einkommensbezieher beschränken können; vergl. auch das neue „Memorandum“, das in diesem Heft vorgestellt wird.)

In eigener Sache: Unter den vielfachen Reaktionen, auf die Zeitschrift spw mit ihrem neuen Herausgeberkreis und den damit verbundenen neuen Funktionen und Aufgaben gestoßen ist, stechen zwei besonders hervor: Eine davon war im Februar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die andere in der April-Ausgabe des SPD-Mitglieder-Magazins „Vorwärts“ nachzulesen (beide sind auf Seite 14 dokumentiert). Welch ein Unterschied! Während die „gegnerische“ Presse nüchtern einschätzt und mit gutem Spürsinn die entscheidenden Aspekte in Form von spw-Zitaten auf-

greift, reitet ein „Vorwärts“-Redakteur eine Attacke gegen den angeblich fortwährenden Dogmatismus des „Stamokap“-Organs spw, deren Jargon an die Zeiten des „Kalten Krieges“ erinnert. Mich interessiert vor allem, wie und woher das kommt. Kurzgefaßt: Der FAZ-Artikel drückt - neben einer journalistischen Seriösität - das freundlich-wohlwollende Mitleid der „Sieger“ mit den „besiegten“ sozialistischen Resten aus. Im Falle des „Vorwärts“-Redakteurs versucht ein identitätslos gewordener Linker sich an anderen Linken abzureagieren, denen man ihre tatsächliche oder vermeintliche Identität mißgönnt. Nun, diese Formen innerlinken Aggressionsabbaus sind wahrlich nicht neu und auch nicht sehr außergewöhnlich. Gemein ist, daß dabei anscheinend auf immer und ewig der „Stamokap“ die Rolle des bösen Bubens (bzw. des bösen Krokodils) spielen muß. Wie im Kasperltheater.

In diesem Zusammenhang ging es auch um den „Fall Kurt Wand“. Im Zuge seiner Neukonstituierung verließ Kurt wie etliche andere vom „alten Stamm“ der spw-Indianer den HerausgeberInnenkreis. Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt gestand er seine jahrelange Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR - Anlaß für besagten Schreiber im „Vorwärts“, die Linie „spw-Stamokap-Stasi“ zu entdecken. Zweierlei ist zu diesem Fall aus spw-Sicht zu sagen. *Erstens* handelt es sich zunächst um einen sehr individuellen Fall (die „Stamokaps“ zählten - aus welchen Gründen auch immer - im übrigen wohl keineswegs zu den bevorzugten Objekten der Stasi-Begierde). Aber - *zweitens* - wäre es unmöglich, aus diesem Grund zu sagen: „Wir haben damit nichts zu tun“. Denn beim „Fall Kurt Wand“ mit der unterliegenden Biographie (vor allem dem Verhältnis Kurts zu seinem Vater, einem ehemaligen KZ-Insassen und überzeugten Kommunisten) handelte es sich um eine Verdichtung von Elementen, die auch und gerade die Geschichte der sog. „Stamokaps“ in der SPD geprägt hatten: Das Leiden unter der „Spaltung der Arbeiterbewegung“, der besondere Bezug auf den Antifaschismus, mehr oder weniger starke Projektionen auf die DDR als das letztlich und trotzallem doch „bessere Deutschland“... Und natürlich ist der „Fall“ wie auch das „Stamokap“-Phänomen Teil *einer* Geschichte von Sozialdemokratie und Kommunismus auf *deutschem* Boden.



Aufeinander zugehen

tag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Ich möchte den FREITAG kennenlernen...

und bestelle 6 Ausgaben zum Probierpreis von DM 12,- (nur Vorkasse: Bar oder Scheck). Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift
 Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel) beim FREITAG, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36 widerrufen kann.

2. Unterschrift _____

Einsenden an: Vertrieb FREITAG
 Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

Herausgeber Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Sarah Bütz (Osnabrück) (zusätzl. MA)
 Detmar Dorn (Frankfurt)
 Karin Ebers (Zürich)
 Christa Frenn (München) (Hilf.)
 Detmar Dorn (Frankfurt)
 Hans-Jürgen Grottel (Hannover)
 Hartmut Kretschmer (Berlin)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Siegfried Spangels (Sparkassen) (Kaufmann)
 Thomas Westphal (Lüneburg)

Redaktion:
 Ingo Arend
 Gisela Becker
 Uwe Kremer
 Heiner Kücklerbeck
 Peter Sals
 Ralf Schmitz
 Christiana Walther
 Brigit Zeumer

Redaktionssekretär
 Ralf Kramer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 Kefer Str. 13, 51065 Köln
 Telefon: (0221) 623271 - Telefax:
 (0221) 612815

Verlag:
 spw Verlag Redaktionen GmbH,
 Kefer Str. 13, 51065 Köln

Geschäftsführung:
 Andreas Bach
 Ulla Sals
 Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:
 Postgarnant Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, B. Z. 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
 einjähriges Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbsloser DM 49,-
 Auslandsabonnement DM 61,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Vischenhandschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden. MS-DOS Textverarbeitungssystem: 5.1.4 oder 3.1.2 Zeile.

ISSN 0170-4613
 spw Verlag Redaktionen GmbH 1994
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Titelfoto und Fotos zum Schwerpunkt
 Stephan Herppel, Köln

Andere Fotos
 Thomas Dorn, Berlin

Satz und Gestaltung:
 Judith M. Böhler, Köln

Druck:
 T. Dorn, Köln

1. 3. Tausend, Mai 1994

Uwe Kremer
 KURZUM 2

MAGAZIN

Michael Müller
 Der doppelte Generationenvertrag
 Anmerkungen zum Entwurf
 für das SPD-Regierungsprogramm 4

Carsten Sieling
 Über leere Kindergärten und den sozialdemokratischen
 Gebrauch von Rasenmähern 6

Volker Offermann
 Für eine Politik gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau
 Zum „Memorandum '94“ der Arbeitsgruppe Alternative
 Wirtschaftspolitik 8

Interview mit Manfred Post
 Die Rockszene ist selbstbewußter geworden 10

Dagmar Lücke
 Enterprise - the never-ending love-story 12

NEUE SPW

Reaktionen 14

INTERNATIONALES

Marco Piantini
 Medienputsch in Italien 15

Sven Griemert und Heiko Kretschmer
 Bosnien: Der Krieg und die Linke 18

Michael Rüter
 Gegen Nationalismus - IUSY stärken! 20

Interview mit Roger Hällhag
 Das Wichtigste ist der Kampf gegen die Armut 21

ROT-GRÜNE LINKE

spw-Redaktion:
 Vorwort zum Schwerpunkt 23

**Gespräch zu Rot-Grün mit Willi Brüggem, Edelgard Bulmahn,
 Kerstin Müller und Horst Peter**
 Möglichst konsequente rot-grüne Reformpolitik einfordern 24

Peter von Oertzen
 Eine gesellschaftliche Basis für Rot-Grün? 30

Michael Jäger
 Hegemoniale Kompromißbereitschaft
 Zu den bisherigen Erfahrungen mit rot-grünen Koalitionen 35

Heiko Schulze und Rolf Wortmann
 Rot-Grün in Osnabrück 38

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Ralph Graf
 Ohnmacht der Wirtschaftspolitik? 42

Barbara Underberg
 Alle Macht den Betriebsräten? 48

Thorsten Cabalo
 Thesen zur „Standortdebatte“ 51

Alexandra Kramm
 Wege aus dem Jammertal
 Ansätze zur Neuverteilung der Arbeit in der Krise 54

Hermannus Pfeiffer
 Die Gewinner der Krise
 Anmerkungen zur Macht der Banken 57

Der doppelte Generationenvertrag

Anmerkungen zum Entwurf für das SPD-Regierungsprogramm

von Michael Müller*

1. Um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen: Die Bundestagswahl ist keine akademische Entscheidung und kein Feld für Ego-Trips. Unsere Gesellschaft steht vor tiefen Einschnitten. Es zeigt sich bereits ein bedrohlicher Verfall der sozialen Demokratie in eine „Demokratie im Kapitalismus“. Denn nicht die Erscheinungen am rechte Rand, die bundesdeutsche „Normalität“ ist die eigentliche Krise. Deshalb muß es zu einer Erneuerung in den Kernbereichen der Gesellschaft kommen.

Um unser Land auf einen sozialen und ökologischen Kurs zu bringen, ist die Ablösung von Helmut Kohl natürlich keine hinreichende Bedingung, aber sie ist die unbedingte Voraussetzung, um diese Möglichkeit überhaupt zu eröffnen. Darum geht es. Andernfalls droht für den Rest der 90er Jahre die Wende zu einem Neonationalismus, dessen Paten Schäuble und Stoiber schon bereit stehen. Nur wenn der libe-

rale und linke Teil der bundesdeutschen Gesellschaft seine politische Selbstbe- spiegelung und Lähmung endlich ablegt, kann er den Trend der nach rechts drif- tenden Gesellschaft umdrehen.

Der Widerstand gegen den Geschwindigkeits- rausch unserer Gesell- schaft hat eine Bedeu- tung, die weit über die Umweltpolitik im enge- ren Sinne hinausgeht.

Daran entscheidet sich auch, ob die westdeutsche Schönwettergeneration überhaupt noch politikfähig ist. Es ist schon eine kuriose Wirklichkeit, in der einerseits der Epochenbruch eindring-

lich beschrieben wird, er sich aber „not on my backyard“ auswirken soll. Doch auf die harten Fragen, die sich heute mit aller Kraft stellen, sind weder alte Rezepte noch medienwirksame Überschriften oder spektakulärer Aktionismus eine Antwort. Wer die Rückkehr zu Vernunft und Reformen will, darf sich an der Wirklichkeit nicht vorbeidrücken, wie das die Linke viel zu häufig tut. So ist es zu einfach, mit der Formel von der „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie“ die realen Konflikte des ökologischen Umbaus für Einkommen, Beschäftigung und Regionen zu verdrängen. In unserer Zweidrittelgesellschaft reicht es nicht, Öko-Steuern zu fordern, aber die Lastenverteilung auszublenden. Mit dieser bequemen Rollenteilung ist es vorbei.

2. Der Bindungszusammenhang zwischen Wachstum, sozialer Sicherheit und Beschäftigung, der der westdeutschen Demokratie bis in die 80er Jahre

Stabilität gegeben hat, ist zerbrochen. Nach dem Ende der bipolar geteilten Welt verschmilzt die Erde zu einem einzigen Markt, auf dem alles den Gesetzen der Konkurrenz unterworfen wird. Dieser ökonomische Kolonialismus nimmt auf soziale und ökologische Verträglichkeit keine Rücksicht. Er führt die Gesellschaft in eine tiefe Krise, die ein Nährboden für Nationalismus und Manchesterkapitalismus ist.

Die historische Erfahrung aus den USA im Umgang mit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, einem ähnlich tiefen Einbruch wie heute, zeigt, daß eine mehrheitsfähige Reformpolitik wie der damalige New Deal, der die Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat eingeleitet hat, zwei zentrale Ziele miteinander verbinden muß:

- Sie muß dem Bedürfnis der Menschen nach Verlässlichkeit und Sicherheit Rechnung tragen und sich der Zerstörung des sozialen Denkens widersetzen. Dieser Grundkonsens war in der Nachkriegszeit das Markenzeichen des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“, dessen Ende von Dahrendorf und seinen politischen Epigonen in den 80er Jahren leichtfertig bejubelt wurde.

- Sie muß die soziale Vision wiederbeleben, um Hoffnung auf Fortschritt zu geben. Im Zentrum einer solchen Erneuerung steht die Ökologie als Leitidee für einen neuen dauerhaften Interessenausgleich in der Gesellschaft.

Um den Versuch, dieses reformerische Bündnis im doppelten Sinne, den sozialen und ökologischen Generationenvertrag, zu schmieden, geht es bei der Bundestagswahl. Andernfalls wird sich der Niedergang sozialen Denkens mit wachsender Geschwindigkeit fortsetzen. Der ökologische Generationenvertrag wird jedoch nicht zustande kommen, wenn der soziale nicht glaubwürdig ist. Und der soziale Generationenvertrag wird nicht funktionieren, wenn er nicht auf einer ökologischen, das heißt dauerhaften Perspektive von Entwicklung aufbaut. Es hat keinen Sinn, sich darüber hinwegzuzumogeln, daß dieser Dualismus bis heute noch nicht wirklich gelungen ist: Die ökologische Problematik ist erkannt, aber noch längst nicht anerkannt.

Ohne dieses Reformbündnis wird es aber keine neuen Mehrheiten geben, es sei denn eine große Koalition, die verwaltend, aber nichts wirklich verändern würde. Aber auch eine Rollenverteilung nach dem Muster, die SPD ist für das

Soziale und die Grünen sind für die Umwelt zuständig, böte keine Perspektive. Beide Parteien dürfen nicht als Tarifpartner zusammenkommen, sondern um die Gesellschaft zu erneuern. Im übrigen wird die ökologische Kompetenz der Grünen stark überschätzt, denn auch ihre Praxis-Stichworte sind DSD, Hoechst oder die Energiepolitik - ist von den eigenen Ansprüchen weit entfernt. So glänzend steht Joschka Fischer auch nicht da.

3. Der Entwurf der Scharping-Kommission für ein SPD-Regierungsprogramm wird dem Ziel eines ökologisch-sozialen Generationenvertrages noch nicht gerecht, er muß und wird in seinen ökologischen Zielen nachgebessert werden. Dabei sind ehrgeizige Forderungen durchaus enthalten wie eine ökologische Steuerreform, die Verringerung der klimaschädlichen Kohlendioxidabgabe um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 oder die Ausweisung von 10 Prozent der bundesdeutschen Fläche für den Naturschutz.

Doch diese Ziele verlieren durch den Verzicht auf ein allgemeines Tempolimit an Glaubwürdigkeit, denn ohne diese Maßnahme kann es keinen Klimaschutz geben. Die Abbremsung der Hochgeschwindigkeitsfixierung unserer Gesellschaft ist der Lackmuestest für die ökologische Glaubwürdigkeit. Denn obwohl fast zwei Drittel der Bäume krank sind, durch Autoabgase bedingte oder verstärkte Krankheiten stark zunehmen, der Sommersmog Höhen erreicht, die den Toleranzwert um das Dreifache überschreiten, ist bei den Neuzulassungen der Anteil der PKW mit Spitzengeschwindigkeiten von über 180 km/h auf knapp 40% angestiegen. Der reale Benzinverbrauch beim PKW ist in den letzten 20 Jahren nahezu konstant geblieben. Auf den freien Autobahnstrecken nimmt die durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit von Jahr zu Jahr weiter zu.

Auf diesem Feld kann es keine populistischen Zugeständnisse geben. Das Reformbündnis muß auch für unbequeme Wahrheiten stehen. Der Widerstand gegen den Geschwindigkeitsrausch unserer Gesellschaft hat eine Bedeutung, die weit über die Umweltpolitik im engeren Sinne hinausgeht. Sie ist auch eine Entscheidung darüber, ob wir uns weiterhin den Zwängen der Schneller-Weiter-Höher-Ideologie unterwerfen, dessen soziale, ökologische, aber auch ökonomische Unverträglichkeit längst belegt ist, oder ob wir bereit sind, erste Schritte zu einer Gesellschaft nach menschlichem Maß zu machen.

Frühjahr '94

Neu im

Das deutsche Volk und seine Feinde
Die völkische Droge

227 S., DM 24,80, ISBN 3-89438-068-3

Die vergessenen Kinder

Vernachlässigung und Armut in Deutschland

164 S., DM 19,80, ISBN 3-89438-064-0

Wir können etwas tun!

Gegen Gewalt an Schulen

160 S., DM 19,80, ISBN 3-89438-065-9

Über Ihre Buchhandlung oder zuzügl. Versandkosten direkt bei

PapyRossa

Petersbergstr. 4 50939 Köln
Tel. 0221/448545 & 448240
FAX 0221/444305

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung

Chefredakteur: Peter Glotz

Thema 3/94:

Die Flucht ins Nationale

Peter Glotz: Nationalismus und Opportunismus

Rüdiger Görner: Über nationalen Universalismus

Lothar Probst: Krise der Demokratie und Suche nach nationaler Identität

Harro Zimmermann: Postnational - aber euroskeptisch

Weitere Beiträge:

Peter-Erwin Jansen: Gespräch mit Amitai Etzioni

Rainer Weidmann: Gorbatschow, Jelzin und danach

Hans-Joachim Schabedoth: Hat das Leitziel „Vollbeschäftigung“ ausgedient?

Christine Wagner: Adios Cuba!



Thema 4/94:

Wenig Macht, viel Autorität - Unsere Präsidenten

Porträtiert von:

Rüdiger Altmann, Jürgen Busche, Peter Glotz, Hans Heigert, Hetty Hessels, Hubert Kleinert, Friedbert Pflüger, Heribert Prantl und Norbert Seitz

Weitere Beiträge:

Carl Amery: Die weitoffene Flanke der Intelligentsia

Peter Merseburger: Das Wehner-Drama

Susanne Miller: Gedanken zum Willy-Brandt-Archiv

Kurt Lenk: Der politische Soldat. Rechtsextremismus in Aktion

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich, Einzelheft DM 11,80/ÖS 116,-/SFr. 15,50, Jahresabonnement DM 99,-/ÖS 780,-/SFr. 109,50 (incl. Haus- und Postzuschlag)

Abonnements und Adressänderungen: PapyRossa, Postfach 10 15 15, D-50939 Köln, Tel. 0221/448545, Fax 0221/444305

Über leere Kindergärten und den sozialdemokratischen Gebrauch von Rasenmähern

von Carsten Sieling*

In der sozialdemokratischen Diskussion um die Begrenzung der Staatsquote hat sich spätestens zum SPD-Bundesparteitag in Wiesbaden ein neues Paradigma den Weg in die Köpfe sozialdemokratischer Politiker gebahnt. Wenn die SPD wieder an der Regierung ist und es nach Oskar Lafontaine geht, „wird das Wichtigste und Schwierigste sein, mit unpopulären Entscheidungen konsumtive Ausgaben zu beschneiden und stärker noch in die Investitionen zu gehen.“ Auf diesen 'neuen' Mix sozialdemokratischer Finanzpolitik ist auf dem SPD-Bundesparteitag in Wiesbaden mit dem Hinweis reagiert worden, daß durch solche konsumtiven Einschnitte vor allem Personalausgaben und Sozialleistungen betroffen werden. Alle aber, die vom sozialdemokratischen Kämmerergeist beseelt sind, interessiert diese Tatsache nur am Rande. Mit dem Hinweis auf die angespannte Finanzlage wird argumentiert, daß eine Ausweitung öffentlicher Ausgaben - wenn überhaupt - bestenfalls für Investitionen in den Wirtschaftsstandort Itzehoe oder Boppard oder Deutschland statthaft sei, wogegen konsumtive Ausgaben nur den „status quo“ fortschreiben würden. In diesem Zusammenhang melden sich dann nicht nur Konservative und Liberale eifrig zu Wort, auch Grüne, beispielsweise in Bremen, sind nicht vor solchen Gedanken gefeit und erkennen in so manchem Kürzungsvorschlag zur Überraschung der Betroffenen sogar noch einen Umbau des Sozialstaats mittels Stärkung privater Initiativen.

Eine Gegenargumentation, die sich nun darauf beschränkt, konsumtive Kürzungen als unsozial zu brandmarken, ist zwar vielfach richtig und hat häufig die Moral auf ihrer Seite, greift aber zu kurz. Dies schon deshalb, weil eine Modernisierung der Leistungserbringung

durch die öffentlichen Hände eine der dringlichsten Aufgaben der Politik der nächsten Jahre ist. Dienstleistungsorientierung, Beteiligung der Beschäftigten, Schaffung eines einheitlichen Dienstrechtes u.a.m. sind wesentliche Stichworte einer sozialdemokratischen Reform des öffentlichen Dienstes, die mit der landläufigen Entstaatlichungs- und Privatisierungsdebatte nun wirklich nicht verwechselt werden sollte. Die vor dem Hintergrund wachsenden Verschuldungsdrucks der öffentlichen Haushalte in Ländern und Kommunen diskutierten und durchgeführten drastischen Kürzungen und vermeintlich notwendigen Einschnitte im konsumtiven Bereich dagegen bedrohen nicht nur so manche Errungenschaft sozialdemokratischer Politik, sondern schwächen die Leistungsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen und das Ziel einer aktiven Zukunftsvorsorge.

Zum einen ist darauf hinzuweisen, daß Investitionen nicht im luftleeren Raum erfolgen, sondern in der Regel laufende Ausgaben nach sich ziehen. Der Aufbau infrastruktureller 'Hardware' durch öffentliche Investitionstätigkeit kann nur mit Leben gefüllt werden, wenn durch konsumtive und personelle Ausgaben auch die 'Software' folgt. LehrerInnen, KindergärtnerInnen, KrankenpflegerInnen, HochschullehrerInnen und auch jedweder Staatsdiener führen in der Sprache der Haushälter nun einmal zu konsumtiven Ausgaben. Ohne sie aber lassen sich zentrale Infrastruktureinrichtungen nicht betreiben.

Zur zweiten, weiterreichenden Ebene des Problems dringt man erst vor, wenn die Frage danach gestellt wird, ob konsumtive Ausgaben der öffentlichen Hände denn wirklich keine Zukunftsvorsorge darstellen. Ist es nicht so, daß Bildungsausgaben, Qualifizierungsanstrengungen, Forschungstätigkeiten und auch die Planungen von Infrastrukturinvestitionen nicht gleichzeitig Investitionen in die Zukunft darstellen? Die

volkswirtschaftliche Diskussion ist an diesem Punkt weiter: Über die enge wirtschaftsstatistische Definition von Investitionen als Bauten, Ausrüstungen und Vorratsbildung hinaus werden nicht umsonst Bildung und Ausbildung als Investitionen in 'Humankapital' gefaßt.

Es handelt sich hierbei nicht nur um ein definitorisches Problem. In der Debatte um den Standort Deutschland ist in der Replik auf die Angriffe der Konservativen und der Unternehmensverbände auch von der SPD herausgearbeitet worden, daß ein hochtechnologisches Industrieland seine Wettbewerbsfähigkeiten nicht über die Lohnhöhe gewinnt oder verliert, sondern daß Qualifikation, Forschung, Bildung, Arbeitsorganisation, Wissenschaft und andere Faktoren die entscheidenden Elemente sind. Deren Stärkung wird angesichts der hochkomplexen Anforderungen und Vernetzungen nicht ohne öffentliche Vorleistungen bzw. Unterstützungen erfolgen - dies ist ja auch eine der wesentlichen Einsichten der sozialdemokratischen „Strategie für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum“ von Wiesbaden.

Nicht die Kürzung sog. konsumtiver Ausgaben kann somit das Ziel sein, sondern eine Revision der fiskalischen Begriffe „investiv“ und „konsumtiv“ und eine entsprechende Neufassung der Haushaltsordnungen ist erforderlich. Die Aufgabe sozialdemokratischer Staatsreform kann ja wohl kaum darin bestehen, die Bundesregierung mit einem noch härteren Sparkurs aus dem Amte jagen zu wollen. Eine zukunftsorientierte öffentliche Investitionspolitik darf auch nicht darin enden, Beton in unterschiedlichster Form in die Landschaft zu gießen. Das bringt auch den Industriestandort nicht weiter.

Der ökonomische Hintergrund der Orientierung auf investive Ausgaben liegt in der Erwartung, daß eine verbesserte Infrastruktur in kommenden Perioden zu höheren Erträgen führen und so ihre Kosten wieder einbringen und sich

rentieren werden. Bei dieser Rechnung aber ist vor allem der Wunsch Vater des Gedankens, denn ob die erwarteten Einnahmesteigerungen wirklich eintreten werden, ist zumindest hochgradig zweifelhaft. Zum anderen kann das Ziel sozialdemokratischer Haushaltspolitik nicht in der Stärkung der öffentlichen Finanzen ohne Rücksicht auf soziale Kosten bestehen, sondern in der optimalen Erfüllung öffentlicher Aufgaben und Förderung der Lebenslage insbesondere der sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Und unter diesem Aspekt können dann auch Sozialleistungen als Investitionen in die Vermeidung sozialer Verelendung und Förderung der sozialen Grundlagen des Gemeinwesens betrachtet werden, erst recht wenn es sich um aktive und präventiv wirkende Maßnahmen etwa der Arbeitsmarktpolitik oder der Jugendhilfe handelt.

Die Frage, ob und welche öffentlichen Ausgaben gekürzt werden können und sollen, läßt sich also zumindest für SozialdemokratInnen nicht mit dem einfachen Schema der haushaltsrechtlichen Unterscheidung von „konsumtiv“ und „investiv“ beantworten. Wenn Haushaltskonsolidierung und die notwendigen Effektivierungen und Modernisierungen in der öffentlichen Leistungserbringung nicht zu unkalkulierbaren Einschnitten führen sollen, müssen politische Schwerpunkte gesetzt werden. Umbau kann nur so gestaltet werden. Andreas von Schöler, Frankfurter Oberbürgermeister, aber empfiehlt, sicher im Einklang mit vielen Kämmerern unserer Partei, „mit dem Rasenmäher den Wuchs (öffentlicher Ausgaben, C.S.) an der Oberfläche zu beschneiden“. In einem neuen, von Georg Kronawitter herausgegebenen Buch mit dem Titel „Rettet unsere Städte jetzt“ spricht sich von Schöler gegen politisch bewußte Strukturrentscheidungen aus, weil „die Komplexität der Informationen, die für sachgerechte Entscheidungen erforderlich sind“ fehle und auch der Konsens über Prioritätensetzungen schwer herstellbar sei. Kann der Abschied von politischer Gestaltung deutlich formuliert werden?

Die hieraus resultierenden Konsequenzen sind offensichtlich: Die Kürzungsquote wird schlicht linear auf alle Fachressorts und Ausgabenbereiche umgelegt. Ungleiche Bedingungen zwischen den Ausgabenpositionen in den einzelnen Bereichen können dabei kaum adäquat erfaßt werden, Ungerechtigkeiten

werden produziert. Gerade die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bestehen vorrangig aus konsumtiven Ausgabenblöcken. Darüber hinaus finden sich gerade im Sozialbereich eine ganze Reihe gesetzlich verpflichteter Ausgabenblöcke. Bei linearen Sparquoten kommt es somit zu einer Situation, in der gerade politisch gewünschte Ausgaben, die aber nicht einer rechtlichen Verpflichtung unterliegen, überproportional stark gekürzt werden. Darüber hinaus werden in bestimmten investitionsstarken Bereichen, wie vor allem in der Wirtschaftsförderung, häufig nur unterproportionale Kürzungen vorgenommen, da man sich im Standortwettbewerb der Regionen bewähren will und nicht in den Ruf eines schlechten Wirtschaftsstandorts geraten möchte. Auf der Strecke bleibt dabei sozialdemokratische Schwerpunktsetzung und Profilbildung.

Wenn die Städte und Kommunen wirklich gerettet werden sollen, muß es

Die Frage, ob und welche öffentlichen Ausgaben gekürzt werden können und sollen, läßt sich nicht mit dem einfachen Schema der haushaltsrechtlichen Unterscheidung von „konsumtiv“ und „investiv“ beantworten.

in erster Linie zu einer deutlich besseren Finanzausstattung kommen, besonders in den Ballungsräumen. Hierfür wird es unumgänglich sein, das Problem der öffentlichen Armut bei privatem Reichtum auch mit geeigneten steuerpolitischen Instrumenten in Angriff zu nehmen. Gerade Städte sind soziale Schmelztiegel, in denen eine weitere Unterversorgung unabsehbare Folgen hätte. Die bestehenden Strukturen des lokalen Sozialstaats dürfen und können daher nicht zur Disposition gestellt werden. Solange eine Verbesserung der Einnahmeseite oder eine Entlastung der Kommunen von Ausgaben wie den immer weiter wachsenden Sozialhilfeleistungen nicht erfolgt, wird es nicht zu einer durchgreifenden Veränderung kommen.

Trotz all dieser Schwierigkeiten aber muß vor Ort eine Haushaltspolitik formuliert werden, die politische Zielsetzungen verwirklichen hilft. Die Bremer SPD hat deshalb in einem Landesparteitagsbeschuß „eine intelligente Haushaltspolitik“ verlangt, „um in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik die Belastungen geringer zu halten als in den anderen Bereichen.“ Dafür sollen bei den wirtschaftsnahen Maßnahmen höhere Kürzungsquoten greifen. Landesregierung, Parlamentarier und die Verwaltung allerdings tun sich schwer damit, diese Überlegungen umzusetzen, sodaß es immer wieder die Partei ist, aus der hierfür Anstöße kommen müssen.

Ein anderes Modell asymmetrischer Kürzungspolitik wurde in Duisburg entwickelt. Unterschieden werden drei Disponibilitätsstufen, wobei Stufe 1 alle Ausgaben enthält, die gesetzlich unveränderbar sind. In Stufe 2 befinden sich teildisponible Ausgabenblöcke und Stufe 3 gruppiert die vollständig beeinflussbaren Bereiche. Vor dem Hintergrund dieser Kategorien wurde festgelegt, die gesetzlich verpflichteten Ausgaben mit 10 % in die Sparvorgabe einzubeziehen, da auch bei solchen Pflichtaufgaben Rationalisierungspotentiale in der Aufgabenerfüllung vermutet werden. Die teildisponiblen Ausgaben werden zur Hälfte und die in vollem Umfang beeinflussbaren Ausgaben gänzlich in die Berechnung der Sparvorgaben einbezogen.

Insgesamt zeigt sich, wie wenig entwickelt die Diskussion um einen Umbau des öffentlichen Dienstes ist und wie stark diese Diskussion von Pragmatikern beherrscht zu werden droht, die mit leuchtenden Augen den euphorischen 'Lean-Debatten' im Unternehmerlager folgen und diese ungebrochen auf staatliche Strukturen übertragen wollen. Wer dies tut und eine nur kostenorientierte Modernisierung des Staates und seiner Ausgaben betreiben will, greift zu kurz und untergräbt leichtfertig sowohl die Errungenschaften des Sozialstaats als auch die ökonomischen Zukunftschancen für eine moderne Industriegesellschaft.

* Carsten Sieling, Bremen, wissenschaftlicher Angestellter bei der Arbeiterkammer und Mitglied des SPD-Landesvorstands

Für eine Politik gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau

Zum „Memorandum '94“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

von Volker Offermann*

Vor wenigen Tagen wurde der Öffentlichkeit das diesjährige Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik vorgestellt.¹ Das jüngste Gutachten der alternativen Ökonomen erscheint in einer Zeit, in der die wirtschaftspolitische Debatte (nicht nur) in Deutschland von immer neuen Vorstößen zum Abbau des Interventions- und Sozialstaates geprägt wird. Diesem Kontext ist auch die sogenannte „Standortdebatte“ entnommen, der sich das Memorandum '94 in einem separaten Kapitel widmet. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat sich der Mühe unterzogen, diese Debatte „vom Kopf auf die Füße zu stellen“, indem sie methodisch unzulässige Begriffe, theoretisch falsch konstruierte Zusammenhänge, empirisch unzutreffende Behauptungen und eine ökonomisch unklare Begrifflichkeit hinsichtlich des Terminus „Wettbewerbsfähigkeit“ herausarbeitet und korrigiert (S. 100ff.).

Bilanz der angebotsorientierten Umverteilungspolitik

Die genannten öffentlichen Diskussionen haben im vergangenen Jahrzehnt ihren Niederschlag insbesondere auch in der Sozialpolitik gefunden. Gleich zu Beginn des Gutachtens wird daher sehr detailliert nachgezeichnet, wie umfassend der Sozialabbau war. Dabei wird insbesondere deutlich, wie weitgehend solidarische Elemente des sozialen Sicherungssystems zugunsten einer höheren Marktkonformität und einer steigenden Privatisierung allgemeiner Lebensrisiken abgebaut wurden (S. 60ff.). Die Konsequenz dieser forcierten Entwicklung zeigt sich insbesondere in der Zunahme sozialer Ungleichheit, wozu auch die Finanzpolitik der

Bundesregierung im Zusammenhang der Finanzierung der deutschen Einigung und die Senkung der Unternehmenssteuern beigetragen haben (S. 192ff.). Problematisch im Kontext der Krise ist aber insbesondere, daß immer mehr Menschen auf Erwerbseinkommen verzichten müssen, wobei die an ihre Stelle tretenden Sozialeinkommen nachhaltig reduziert werden, so daß es zu einer fortschreitenden gesellschaftlichen Polarisierung kommt (S. 78f.). Das Ausmaß der erreichten Marginalisierung wird besonders deutlich, wenn man die Armutsentwicklung in Deutschland betrachtet (S. 79ff.). Die Leistungskürzungen der Vergangenheit machen die Einlösung des *Rechtsanspruchs* auf ein menschenwürdiges Dasein nicht nur immer unwahrscheinlicher, sondern sie verdeutlichen vor allem die neue Orientierung der deutschen Armutspolitik: „Sie dienen der Bekämpfung der Armen und nicht der Beseitigung materieller Unterversorgung“ (S. 84). Daneben erweist sich die Politik der Leistungskürzung aber auch als volkswirtschaftlicher Bumerang, da sie Nachfrageausfälle zur Folge hat, die eine konjunkturelle Belebung in 1994 nachhaltig erschweren.

Die desolante Lage der öffentlichen Haushalte ist zum einen durch die fiskalischen Folgen der deutsch-deutschen Vereinigung, zum anderen aber auch durch kriseninduzierten Steuerausfälle bedingt. In ihrem Vorjahrgutachten haben die alternativen Ökonomen die Rezession als Überakkumulations- bzw. Unterkonsumtionskrise gedeutet² und nehmen diesen Erklärungsansatz auch in ihrem neuen Gutachten wieder auf. Daneben beleuchten sie aber insbesondere auch die krisenverursachende Rolle der deutschen Bundesbank kritisch (S. 190f.) und fordern schlußfolgernd eine Begrenzung des Autonomiestatus der Notenbank durch Rechenschaftspflicht gegenüber dem Bundestag und eine Verpflichtung auf eine konsistente Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik (S. 206f.).

Während der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR) ein Abklingen der Rezession zu erkennen meint³, warnt die „Memo-Gruppe“ vor einem Übergang der Rezession in eine anhaltende Depression: „Eindeutige Indikatoren für eine rasche Belebung sind im Unterschied zu vorangegangenen Rezessionen weder beim Verbrauch noch bei den Investitionen erkennbar“ (S. 92). Insbesondere wirkt sich die Krise auf den Arbeitsmarkt aus, auf dem mittlerweile sechs Millionen Menschen unterversorgt sind (S. 68ff.). Damit muß die Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt wegen ihrer individuellen und sozialen Folgen, als zentrales gesellschaftliches Problem angesehen werden, dessen Lösung vordringlich ist.

Alternativen gegen die Arbeitslosigkeit

Die alternativen Wirtschaftswissenschaftler schlagen folgerichtig umfangreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vor. Zum einen setzen sie auf eine fortschreitende Arbeitszeitverkürzung, zum anderen auf die konsequente Anwendung der Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Bei der Arbeitszeitverkürzung nach wie vor ist die Frage des Lohnausgleichs strittig. In den 80er Jahren wurde von den Gewerkschaften der volle Lohnausgleich angestrebt; der SVR hingegen hält eine Arbeitszeitverkürzung nur ohne Lohnausgleich für möglich.⁴ Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik schlägt hier einen „mittleren Pfad“ vor, auf dem beispielsweise eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durch eine gleichzeitige Lohnerhöhung kompensiert wird, so daß sich für den einzelnen dann eine Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust einstellt (S. 172f.). Damit letzteres gelingt, wird es aber auch notwendig sein, so die Forscher, nicht auf singuläre, drastische Arbeitszeitre-

duktionen zu setzen, sondern Stufenpläne zu vereinbaren, „bei denen die einzelnen Stufen groß genug sind, um spürbare personalpolitische Anpassungsmaßnahmen auszulösen, aber nicht so groß, daß sie erhebliche Einkommensverluste geradezu zwangsläufig mit sich bringen“ (S. 174).

Da die Arbeitszeitverkürzung allein aber die bestehende Arbeitsplatzlücke nicht schließen können wird, ist auch eine „Reaktivierung der Arbeitsmarktpolitik“ (S. 178) notwendig. Durch Ausbau der AB-Maßnahmen nach §§ 91ff. und § 249h AFG könnten kurzfristig rund 350.000 Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Weitere 150.000 Beschäftigungsmöglichkeiten ließen sich durch Ausweitung des Sonderprogramms für Langzeitarbeitslose organisieren (S. 181). Diese Maßnahmen, deren Kosten sich auf 12 Milliarden DM belaufen, wobei unter Berücksichtigung der Einsparungen von Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe sowie den Steuermehreinnahmen netto nur vier Milliarden DM aufzubringen wären (S. 188f.), korrespondieren mit den jüngst veröffentlichten Forderungen des „Arbeitskreises AFG-Reform“.⁵

Erhebliche Kosten verursacht auch weiterhin der „Aufbau Ost“, wobei durch die zahlreichen wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen eine Situation entstanden ist, in der Ostdeutschland „auf lange, gegenwärtig kaum absehbare Zeit am Tropf der westdeutschen Transfers hängen wird und mit keinen noch so radikalen alternativen Konzepten zu einer blühenden Wirtschaftsregion gestaltet werden kann, wie es der Kanzler 1990 versprach“ (S. 134). Die Arbeitsgruppe hat auf dieser Folie die Transformationsproblematik ausführlich in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft und Außenhandel analysiert und die Treuhandanstalt (THA) einer abschließenden Kritik unterzogen (S. 139ff.).⁶ Als Maßnahmen gegen die anhaltende De-Industrialisierung des deutschen Ostens schlagen sie ein „Zukunftsinvestitionsprogramm“ insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Wohnungsbau, Forschung und Entwicklung im Umfang von 50 Milliarden DM, eine Reform der Investitionsförderung, die Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte im In- und Ausland und eine treuhänderische Politik durch eine „Ostdeutsche Agentur für Entwicklung und Strukturpolitik“ als THA-Nachfolgerin (S. 157ff.) vor.

Die Finanzierung der im Memorandum '94 genannten Maßnahmen knüpft an die Vorschläge der Arbeitsgruppe aus den den vergangenen Jahren an (z.B. Ergänzungs- und Arbeitsmarktabgabe, Anleihe mit Zeichnungspflicht, Subventionsabbau, Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität, Investitionshilfeabgabe u.a.). Insgesamt weist das Finanzierungsprogramm ein Volumen von rund 130 Milliarden DM auf (S. 48, S. 203ff.).

Alternativen der Verkehrspolitik

Den Abschluß des neuen Gutachtens bildet ein umfangreiches Kapitel über Alternativen der Verkehrspolitik, das an frühere Arbeiten der alternativen Ökonomen erweiternd anschließt. Zur Bewältigung der aktuellen Verkehrspro-

Das Memorandum '94 ist ein wohltuend unideologisches Plädoyer für eine Gesellschaftswirtschaft auf Basis eines rationalen Sozial- und Interventionsstaates.

bleme und den dadurch induzierten ökologischen Belastungen setzen die Forscher auf die verstärkte Nutzung von ÖPNV und Eisenbahn zu Lasten des Kraftwagenverkehrs. Um diese Neuorientierung des Verkehrsverhaltens in die Wege zu leiten, wird eine Fülle lenkungs- und abgabenpolitischer Vorschläge gemacht. Problematisch erscheint bei dieser Art der Bewältigung ökologischer Risiken allerdings, ob nicht soziale Angleichungstendenzen der Vergangenheit umgekehrt werden, indem individuelle Mobilität wieder verstärkt zum Privileg des wohlhabenden Teils der Gesellschaft wird. Dies wäre dann „ein Schritt in Richtung auf die alte Klassengesellschaft in neuem Gewande.“⁷ Dieses Problem ist den Gutachtern allerdings durchaus bewußt, weswegen sie fordern: „Mehr Verteilungsgerechtigkeit muß (...) durch die Veränderung der Lohn- und Einkommenssteuertarife

sowie die Struktur und Höhe der sozialen Transferleistungen hergestellt werden“ (S. 233f.).

Nicht unproblematisch sind allerdings auch die Beschäftigungswirkungen des vorgestellten verkehrspolitischen Konzeptes, da die Kompensation von in der Automobilindustrie und im Güterverkehrsgewerbe verloren gegangenen Arbeitsplätzen durch neue Tätigkeitsfelder eine offene Frage ist. Insofern scheint hier ein Zielkonflikt, wenn nicht gar ein Gegensatz von Arbeitsmarkt- und Umweltschutzpolitik vorzuliegen. Die alternativen Ökonomen lösen diesen Konflikte durch eine offengelegte Wertentscheidung: „Die Sicherstellung einer ökologisch tragfähigen Produktionsweise ist als eigenständiger Weg zu verstehen“ (S. 253).

Das Memorandum '94 ist angesichts einer vielfachen Dogmatisierung des Marktes ein wohltuend unideologisches Plädoyer für eine Gesellschaftswirtschaft auf Basis eines rationalen Sozial- und Interventionsstaates. Es zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, daß das wirtschaftswissenschaftliche Handwerkszeug konsequent angewendet und so eine Vielzahl ökonomischer Probleme detailliert analysiert wird. Dabei ist das Gutachten weit von einer besserwisserischen Attitüde entfernt, sondern benennt jeweils auch mögliche kritische Konsequenzen der Handlungsempfehlungen. Gerade diese problematisierende Offenheit läßt das Buch als besonders lesenswert erscheinen, zumal es sprachlich so gestaltet ist, daß auch Menschen ohne akademische Ausbildung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften es mit Gewinn lesen können.

¹ Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '94, Köln 1994 (PapyRosa Verlag). Die Seitenangaben im Text beziehen sich jeweils auf diesen Band.

² Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '93, Köln 1993, S. 126ff.; Offermann, Volker: Angleichung adé, in: Arbeit und Sozialpolitik 47 (1993), Heft 7-8, S. 10-15, hier: S. 11ff.

³ Vgl. SVR JG 1993/94, Ziffer 53ff.

⁴ Vgl. SVR JG 1993/94, Ziffer 270.

⁵ Vgl. Arbeitskreis AFG-Reform: Memorandum für ein neues Arbeitsförderungs-gesetz - Eckpunkte -, in: WSI-Mitteilungen 47 (1994), S. 208-211.

⁶ Vgl. zur THA insbesondere auch: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '91, Köln 1991, S. 165ff.; dies.: Memorandum '92, Köln 1992, S. 119ff.; dies.: Memorandum '93, a.a.O., S. 194ff.

⁷ Brock, Ditmar: Wiederkehr der Klassen?, in: Soziale Welt 44 (1993), S. 177-198, hier: S. 190.

* Volker Offermann, Dipl.-Kaufmann, wiss. Angestellter am Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität Köln

Die Rockszene ist selbstbewußter geworden

Interview mit Manfred Post über kölsche Rock'n Roller und ihr Engagement gegen Rassismus*

spw: Im Januar 1993 gründeten Rockmusiker in Köln den Verein „AG Arsch huh“, der seitdem Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus leistet und unterstützt. Vor kurzem veranstaltete die AG den Kongreß „173 Völker - 1 Stadt“, der WissenschaftlerInnen, KommunalpolitikerInnen, ImmigrantInnen- und Antifa-Gruppen, Kirchen u.a. miteinander ins Gespräch bringen sollte. Das ist für gestandene Rock'n Roller eine erstaunlich kontinuierliche gesellschaftlich-politische Aktivität. Wie kommt's?

M. Post: Es fing mit dem legendären „Arsch huh - Zäng ussenander“ vom 9. November 1992 auf dem Chlodwigplatz an. Gleichzeitig wurde die gleichnamige CD mit neuen Stücken der beteiligten Künstler produziert. Das war von Anfang an eine Initiative der prominenten „Kölsch-Rock“-Musiker, die sich eng mit Köln verbunden fühlen. Sie wollten ein Zeichen setzen gegen die rechtsextreme Gewaltwelle und die zunehmende Ausländerfeindlichkeit. Es war das Gefühl: wir haben eine Stimme in dieser Stadt, ein Gewicht und das wollen wir in die Waagschale werfen.

spw: Diese gesellschaftliche „Einmischung“ von KünstlerInnen ist sicher auch aus der besonderen Situation von 1992 zu verstehen. Die Gesellschaft schien der rechtsextremen Gewalt hilflos gegenüber zu stehen, die großen Parteien in Bonn setzten ihr nichts entgegen. In einer solchen Situation entsteht offenbar für KünstlerInnen, die über Zugang zu den Medien verfügen, der Drang: wir müssen uns dazu äußern, müssen Opposition machen, wenn das die professionelle Politik nicht mehr tut.

M. Post: Dies war sicherlich ein wichtiger Aspekt. Das Motto „Arsch huh - Zäng ussenander“ bringt es auf den kölschen Nenner: Keiner macht den Mund auf und alle verhalten sich wie paralysiert. Um dieser Stimmung auf besondere Art entgegenzutreten, fand

das Konzert nicht wie gewohnt in der Sporthalle oder auf einem der vorgesehenen Open-Air Plätze statt, sondern mitten in der Innenstadt Kölns auf dem Chlodwigplatz. Die Künstler wollten neben ihren eingefleischten Fans ein breites Publikum erreichen. Doch ein Rockkonzert auf einem der verkehrsreichsten Plätze der Stadt wollte erst einmal organisiert sein. So trugen unsere „Aushängeschilder“ Tommy Engel und Wolfgang Niedeken dem Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor in einem persönlichen Gespräch diese Idee vor. Ich glaube, zu diesem Zeitpunkt hatte keiner der Initiatoren damit gerechnet, daß die politische und administrative Spitze der Stadt sich so kooperativ zeigen würde; ganz zu schweigen davon, daß diese Aktion ein so großer Erfolg werden würde - statt der erhofften 30.000-40.000 TeilnehmerInnen kamen dann über 100.000.

spw: Es hat ja eine Reihe von Konzerten gegen Ausländerfeindlichkeit oder Rassismus in der Bundesrepublik gegeben. Das besondere an Köln war dann, daß sich die AG „Arsch huh“ gegründet hat, um weiterzumachen.

M. Post: Ich denke, noch etwas anderes ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Über das Medium Rockmusik und die Popularität der Musiker sind eine Menge Leute erreicht worden, die von politischen Organisationen oder Initiativen so nicht angesprochen werden, vom Taxifahrer bis zu den Geschäftsleuten im „Veedel“. Das Konzert und das Engagement der Musiker hat eine breite Solidaritätswelle ausgelöst. Das macht, denke ich mal, auch die besondere Kraft aus, diese Identifikation mit Köln und seinen Sympathieträgern. Das ist typisch für Köln und wurde anderswo nicht mehr erreicht. Der zweite Punkt ist die professionelle Herangehensweise an dieses Unternehmen. Der Verkauf der CD sollte zunächst dazu dienen, die Kosten des Konzertes zu tragen - ca. 150.000,- DM. Aufgrund der ausgezeichneten Promotion- und Marketingtätigkeit - u.a. durch Koope-

ration mit der Firma EMI Elektrola - verkaufte sich die CD 140.000 mal und erzielte einen Erlös von über 1 Millionen Mark, wobei die Künstler auf jegliche Gagen und andere Zuwendungen verzichteten. Um dieses Geld über einen längeren Zeitraum zielgerichtet einzusetzen, wurde ein Verein gegründet und ein hauptamtlicher Geschäftsführer eingestellt.

spw: Man hat sich also nach dem Konzert zusammengesetzt und dann kam der Entschluß, wir wollen weitermachen?

M. Post: Genau so war es. Man hätte das Geld auch irgendwelchen caritativen Zwecken zur Verfügung stellen können, und das wäre es dann gewesen. Doch die Initiatoren wollten ihr „Kapital“ für weitere mediale und künstlerische Initiativen einsetzen. In der Folgezeit hat die AG Arsch huh zum einen eigene Projekte organisiert, so z.B. eine Aktionswoche gegen Rassismus und Neonazis in Köln, ein Medienpaket für Schulen, oder ein historisch-politisches Stadtspiel für Kinder und Jugendliche, und zum anderen Aktionen verschiedener Initiatoren oder Einzelpersonen unterstützt.

Das letzte große Projekt war der Kongreß „173 Völker - 1 Stadt“ im Dezember 1993 in Köln.¹⁾ Hierbei wurde der Versuch unternommen, Interessenverbände, WissenschaftlerInnen, Kirchen und Initiativen mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung zusammenzubringen, um in einem konstruktiven Dialog praktische Lösungsvorschläge für eine solidarische ausländerfreundliche Stadtgemeinschaft zu erarbeiten. Das ist zum Teil gelungen.

spw: Da hat's dann ja auch Kritik gegeben...

M. Post: Verschiedene Antifa-Gruppen und Ausländerinitiativen kritisierten, nicht in angemessener Form an dieser Veranstaltung beteiligt gewesen zu sein. Nach meiner Meinung ist der Vorwurf nicht stichhaltig, wenn man bedenkt, daß von 400 Kongreßteilnehmern ca. 80 Nichtdeutsche waren (entspricht ungefähr dem Anteil der ImmigrantIn-

nen in Köln) und fünf oder sechs Antifa-Gruppen eingeladen waren, aber zum Teil nicht erschienen sind. Der Kern der Kritik bezieht sich wohl darauf, ich überspitze jetzt ein bißchen, daß es nach Meinung einiger Antifa-Vertreter nichts bringt, sich mit den „Herrschenden“ an einen Tisch zu setzen, weil sie in der Tendenz sowieso alles Rassisten sind.

Die AG-Arsch huh vertritt in dieser Frage eine grundsätzlich andere Position und hat dies zu einem wichtigen Aspekt des Kongresses gemacht. Die Spitzen von Politik und Verwaltung sollten in einer konstruktiven Arbeitsatmosphäre und im Rahmen von Expertenrunden ihre bisherige Ausländerpolitik vertreten, sich die Argumente und Kritik anderer Fachleute anhören und mit ihnen gemeinsam nach Handlungsalternativen suchen, um AusländerInnen ein gleichberechtigtes Leben in unserer Stadt ermöglichen.

Die Arbeitsergebnisse und Forderungen des Kongresses medienwirksam in die Öffentlichkeit zu tragen und somit die Entscheidungsträger, die ja daran mitgewirkt haben, in die Verantwortung zu nehmen, war eine weitere wichtige Zielsetzung dieser Veranstaltung. Die AG Arsch huh hat seit ihrem 1 1/2 jährigen Bestehen einen gesellschaftlichen Prozeß eingeleitet, der sich in der kontinuierlichen Auseinandersetzung zum Thema Bleiberecht für ausländische Jugendliche, der Forderung nach Doppeltaatsbürgerschaft und Wahlrecht für AusländerInnen, in der Gründung von Komitees zur Einrichtung eines multikulturellen Amtes und anderen Initiativen widerspiegelt. Dieses große Potential soll demnächst für den Wahlkampf mobilisiert werden.

spw: Du meinst die Kommunalwahlen am 16. Oktober ...

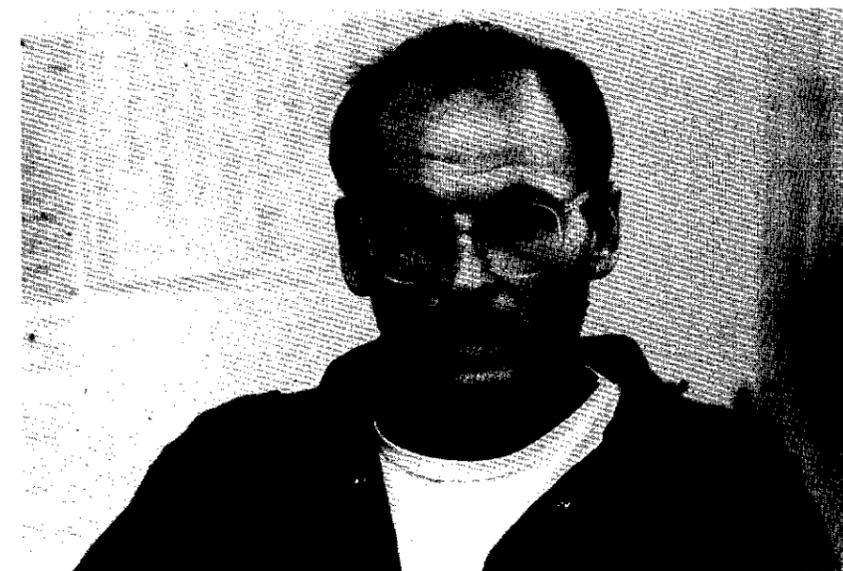
M. Post: Ja. Die AG will sich mit ihren Forderungen in den Kommunalwahlkampf einmischen. Zur Zeit wird überlegt in welcher Form dies geschehen soll. Dabei wird u.a. diskutiert, ob man sich ausschließlich dem Ausländerthema widmen soll oder auch andere Bereiche angeht, in denen sich in Köln etwas ändern muß. Sicher wird man keinen Wahlkampf für eine bestimmte Partei machen. Man überläßt es den Wählern, die von der AG Arsch huh publizierten Vorstellungen der einen oder anderen Partei zuzuordnen. Ich kann mir schon vorstellen, daß Slogans im Sinne von „Wählen gegen!“ oder „Nicht rechts Wählen!“ eine Rolle spie-

len. Ob man damit auch eine Ausrichtung auf Rot-Grün nicht nur als Parteienkonstellation, sondern als Ausdruck einer neuen Politikultur verbunden sein wird, läßt sich jetzt nicht sagen.

spw: Aber es geht um eine Konstellation links von CDU und FDP?

M. Post: Natürlich kommen die Grünen oder die SPD den Vorstellungen von Arsch huh in Fragen der Ausländerproblematik näher als FDP und CDU. Doch auf der anderen Seite haben die Musiker die Vorgehensweise der von der SPD dominierten Kölner Verwaltung in vielen Fällen heftig kritisiert. Vielen, glaube ich, geht es aber um mehr als „nur“ um Wahlkampf. Die in der AG zusammengeschlossenen und

M. Post: Also die Kölner Rockszene insgesamt ist in den letzten Jahren selbstbewußter geworden. Das ist u. a. auch eine Folge davon, daß die Stadt dieser Musik mehr Beachtung schenkt, z.B. durch gezielte kommunale Förderung und die Einrichtung eines Rockreferates. Ein Ausdruck dieses neuen Selbstbewußtseins ist das öffentliche Eintreten für gesellschaftliche Belange. Neben den „Kölsch-Rockern“ haben auch andere Kölner Bands aus allen „Stilfraktionen“ Konzerte gegen Rassismus und Neonazis organisiert - über 10 im letzten Jahr. Auch in vielen ihrer neuen CD-Produktionen beziehen Kölner Musiker eindeutig politische Stellung und das teilweise sehr radikal.



mit ihr sympathisierenden Kölner Künstler wollen deutlich machen, daß sie sich einer Stadtradition verpflichtet fühlen, die geprägt ist vom liberalen, solidarischen und auch kämpferischen Geist Kölns. Über ihr äußerst wichtiges Anliegen hinaus, den Menschen Mut zu machen der wachsenden Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten, setzen sie mit ihrer Arbeit auch ein politisches Signal für eine solidarische Stadtgesellschaft. Sie und ihre Musik sind nicht Instrument werbewirksamer Köln-Image-Kampagnen, sondern viel mehr Brauchtumpflege neuen Zuschnitts. Die von ihnen gezeigte Haltung entspricht der Stadtsicht vieler, nicht nur junger Kölnerinnen und Kölner.

spw: Inwieweit ist das Engagement, daß sich in der „AG Arsch huh“ zeigt, für die gesamte städtische Rockszene repräsentativ?

spw: Siehst Du dabei einen Trend, daß Rockmusik sich momentan wieder stärker als eine gesellschaftliche Ausdrucksform begreift und Stellung beziehen möchte?

M. Post: Das sehe ich generell nicht, zumindest nicht in dem Ausmaße wie in den 70er und 80er Jahren bei der Bewegung „Rock gegen Rechts“. Ich sehe das im Moment eher als Kölner Phänomen.

spw: Wir danken Dir für das Gespräch.

¹⁾ Zum Kongreß „173 Völker - 1 Stadt“ ist jetzt eine 60seitige Dokumentation erschienen, die Einblick in die Diskussionen über kommunale Strategien im Bereich Rassismus und Migration gibt. Sie kann beim Kongreßbüro, Hansaring 8, 50670 Köln gegen eine Schutzgebühr von 20,- DM (incl. 10,- Spende) bezogen werden.

* Manfred Post ist Rockbeauftragter der Stadt Köln. Für spw führte das Gespräch Heiner Kockerbeck.

Enterprise - the never ending love-story

von Dagmar Lücke*

„Es war Zeit für Eddy, zu gehen... 'Sorry', sagte Royce, stellte die Flasche mit dem Serum leise oben auf den Tisch und nahm die Flasche mit Morphium. Raumschiff Enterprise läuft.“ (Jim Nisbet)

Sie haben uns dreierlei voraus:

• Sie kommen aus der Vergangenheit und haben einen Entwurf für die Zukunft;

• ihr Flucht- und Rückzugspunkt ist eine überschaubare Welt - im Zweifelsfall „viele Lichtjahre von der Erde entfernt“;

• drei von ihnen sind durch eine besondere Beziehung miteinander verbunden, die allen Anfechtungen standhält.

Befindlichkeit:

Zugegeben, ich habe sie nie besonders gemocht, diese aufgemotzten High-Tech-Streifen mit dürrtiger Handlung und greller Schwarz-Weiß-Teilung des „Universums“. Auch die intelligenteren Männerphantasien, die ihre Spannung z.B. daraus beziehen, daß sie den Wahn des Mannes, Leben qua technischer Vernunft zu reproduzieren, gekonnt in Szene setzen, etwa dergestalt, daß der geniale Schöpfer der „Replikanten“ eben doch in seiner Festung aufgespürt und von seinem Sohn-Geschöpf getötet wird, sind ermüdend. Und wenn sich im ersten Teil der „Alien“-Trilogie die Angst vor dem Fremden in blutige Bilder von Geburt und Tod auflöst, sich also das scheinbar Unbekannte als Schreckensvision des Mannes vor Schwangerschaft und Geburt „entpuppt“, bleibt - Langeweile. Und Ärger. Denn darf der angeschlagene „Replikanten“-Jäger zum schlechten Ende mit seiner, d.h. exklusiv von ihm sexuell benutzten „Replikantin“, ins Blaue abzuweichen (aber erst, nachdem er seine Aufgabe erledigt, sprich zwei weibliche Replikanten, die „zum Vergnügen“ der Männer konstruiert worden waren und daran offensichtlich wenig

Gefallen fanden, bestialisch abgeschlachtet hat), so wird natürlich auch das dem Brustkorb eines Mannes entsprungene „Alien“ nach langwieriger Verfolgung zur Strecke gebracht. In diesem Fall konsequenterweise von einer Frau.

Nun ja, ich will mich nicht länger bei glitzerndem high-tech und verquälten Vätermord-Geschichten aufhalten, sondern über eine Serie berichten, die durch ein charmantes Laubsägearbeiten-Design und eine niemals endende „Beziehungskiste“ auffällt. Aber beginnen wir von vorn.

Geschichte(n)

Die 79 Folgen „Star Trek“/„Raumschiff Enterprise“ wurden in drei Jahren, von 1965-1968, in den USA produziert. Zunächst wenig erfolgreich - was möglicher Weise auf das Fehlen schleimiger Monster, expansionslüsterner Außerirdischer und martialischer Raumschlachten zurückzuführen war - gelangte die Serie 1972 ins ZDF und wird seit 1988 regelmäßig von SAT 1 wiederholt. Die Rahmenhandlung ist simpel, aber wirkungsvoll: Im 23. Jahrhundert brechen vierhundert „Wagemutige“ - heute würden wir sagen „multikultureller Herkunft“ - auf, um die unbekanntesten Regionen der Galaxien zu erforschen. Sie gehören der „Föderation der vereinigten Planeten“ an, sind relativ friedlich und neugierig auf das Fremde, d. h. besonders auf sich selbst. Es passiert also nichts Umwerfendes, außer den Dingen, die eben geschehen, wenn Menschen mit ihren Wünschen, Sehnsüchten, Ängsten und Träumen konfrontiert werden. In abwechslungsreicher Kulisse - mal liegen die Pappmachefelsen links im Bild, mal rechts, mal wurde der Kostümfundus eines „Mantel- und Degen“-Films geplündert, mal der eines Gangster-Films der dreißiger Jahre - werden Ausschnitte der Menschheitsgeschichte vorgestellt, gattungsübergreifende Kontakte geknüpft, und immer wieder heißt es: Auf Liebe und Tod.

Letzteres betrifft in besonderem Maße Die Drei, die unbestritten das Zentrum der „Enterprise“ bilden. Einer von ihnen ist immer bedroht, sei es durch ein unberechenbar zyklisches Sexualleben, genannt „Pon Farr“, sei es durch Spaltung der Persönlichkeit in einen herzenguten Kerl und eine Bestie, sei es durch tödliche Krankheit, Abstürze in Parallelräume oder hartherzige Fremde. Als z.B. die letzten Überlebenden einer uralten Kultur Die Drei kurzerhand entführen und ihnen ankündigen, daß sie - leider - bei den ihnen bevorstehenden Experimenten draufgehen werden, versucht jeder der Drei, seine beiden Freunde zu beschützen, indem er sich selbst als Opfer anbietet - denn was ist schlimmer als der Tod? Eben, sein Leben vielleicht nur noch zu zweit fristen zu müssen. Das sehen letztendlich auch die „Vianer“, so heißen die Initiatoren dieses grausamen Spiels, ein, und so dürfen Die Drei wohlbehalten auf die „Enterprise“ zurückkehren. Abspann.

Teilung

„Gibt es auch Mädchen an Bord?“ fragt der verstörte Kapitän Christopher, der gerade aus seinem Flugzeug hinaus - und in die „Enterprise“ hinein „gebeamt“ wurde. „Ja“, wird ihm geantwortet, „sogar einige recht begabte“. Wir ahnen es schon: mit Christopher soll uns ein Mann präsentiert werden, der „wirklich“ den 60ern entstammt, spricht verdutzt und befremdet durch das Raumschiff aus der Zukunft stolpert. Da er als Angehöriger der US Air Force ein Vertreter eines „klassischen“ Männerbundes ist, und es so scheint, als würde er Frauen in einer militärischen Hierarchie nicht unbedingt erwarten, geruht er, diejenigen zu bemerken, die ansonsten dekorativ im Hintergrund stehen. Denn zur „Enterprise-Crew“ gehören selbstverständlich Frauen, weil es auch im 23. Jahrhundert offensichtlich noch eine Vielzahl von bienenfließigen Täten gibt, die von bienenfließigen Händen erledigt werden müssen. Und so können sich die Frauen der Be-

satzung als Telefonistinnen (Sprachregelung: Kommunikationsoffizier), Sekretärinnen und Krankenschwestern vergegenständlichen, nett anzuschauen mit ihren hochtouperten Haaren und kurzen Röcken. Sie genießen den Status von Arbeitskolleginnen, sind charmant, tüchtig, nützlich - und ohne jede beunruhigende erotische Ausstrahlung.

Da das Raumschiff jedoch fünf lange Jahre durch die Galaxien gondelt und Die Drei die Einmaligkeit ihrer Beziehung zuweilen dadurch Glanz verleihen wollen, daß sie sie gegen weibliche Begehlichkeiten verteidigen müssen, begegnen ihnen hin und wieder Frauen, denen eine sanfte Neigung zur Verführung beigelegt ist. Aber wirklich nur eine sanfte, denn niemals ist ernsthaft in Frage gestellt, daß Die Drei zum guten Ende ihren „Abflug“ machen. Und eigentlich sind sie ob ihrer vagen Annäherungen an das weibliche Geschlecht von vornherein entschuldigt, denn fast immer geschehen diese in Ausnahmesituationen: mal unter dem Zeichen des Gedächtnisverlustes, mal in der niederschmetternden Erkenntnis einer schweren Krankheit, mal aufgrund

heimtückischer Sporen - kurz, man(n) ist nicht nur räumlich nicht ganz bei sich. Dieser Zustand allerdings läßt sich mit „Warp-Geschwindigkeit“ ändern - selbstverständlich eilen die beiden gerade nicht Betroffenen dem bedrängten Liebsten zur Hilfe - und den Frauen bleibt nichts anderes übrig, als sich auf durchaus traditionelle Weise zu verabschieden. Entweder sind sie die trauernden Verlassenen, oder sie sterben den Heldinentod, oder sie haben sowieso „ganz andere“ Pläne; die letzte Variante ist zugegebenermaßen die seltenste...

Drei

Der eine ist ein bißchen verknittert und trinkt hin und wieder Bourbon, der andere ist ein bißchen übergewichtig und setzt sich manchmal über Formalismen, genannt „Dienstvorschriften“, hinweg, und der dritte ist ein bißchen androgyn, nicht nur wegen dunkelgeschminkter Augen und wechselnder Lippenstiftfarben. Ihm wurde dazu eine besondere Vorliebe für das Wort „Logik“ verpaßt und eine Körperhaltung maßgeschneidert, die Schutzbedürf-

tigkeit ausstrahlt. Daß dieser Mann nicht von „dieser“ Welt ist, wird zudem durch ein Paar eindrucksvoll geschwungene Ohren unterstrichen.

Diese Drei leben konsequent sich selbst, und sie drücken füreinander das aus, was gemeinhin in der wüsten, durch Konkurrenz gebrochenen (und gleichzeitig durch sie zusammengehaltenen) Männerkumpanei untergeht: Zuneigung, Zärtlichkeit, Mitempfinden, Solidarität.

Deshalb hätte ich einen Vorschlag: Wir überlassen den Männern die gemeinsame Erkundung ihrer Gefühls-„Welten“, ohne weiblichen Beistand, versteht sich, meinetwegen „viele Lichtjahre von der Erde entfernt“, schmeißen „Bienenfließ“, „trauernde Zurückgebliebene“ und (natürlich) den „Heldinentod“ auf den Misthaufen der Geschichte (gegen die vagen Annäherungen für ein bis zwei Tage/Nächte habe ich nichts einzuwenden) - und widmen uns den „ganz anderen Aufgaben“; vielleicht könnten so die Bedingungen der Möglichkeit einer (nun ja) „friedlichen Koexistenz“ der Geschlechter endlich beginnen.

Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein



A. Kapalka / N. Rätzkel (Hg.)
Rassismus in
Politik, Kultur und Alltag
160 S., 16,80 DM

Bei Ihrem Buchhändler erhältlich

Mundo Verlag
Hansaring 82, 50670 Köln
Tel: 02 21/ 91 28 46 - 25
Fax: 02 21/ 9 12 12 61

Themen, die uns angehen

• Aktuell • Kontrovers • Kritisch •



H. Hamm / W. Jung /
H. Knott (Hg.)
Asylsuchende berichten
160 S., 19,80 DM
ISBN 3-89452-385-9



Brigitte Erler
Dienstreise in
Sachen Entwicklungshilfe
108 S., 16,80 DM
ISBN 3-89452-218-6



Bahman Nirumand (Hg.)
Islamische Gruppen
und der Fundamentalismus
in der BRD
168 S., 19,80 DM
ISBN 3-89452-307-7

Bei Ihrem Buchhändler erhältlich

Gesamtverzeichnis anfordern bei:
DREISAM VERLAG, Hansaring 82, 50670 Köln
Tel: 02 21/ 91 28 46 - 18. Fax: 02 21/ 9 12 12 61

* Dagmar Lücke, Hannover

Vorwärts, April 1994, S. 28

„SPW“ mit neuen Galionsfiguren

Die „Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft spw“, entstanden als Sprachrohr der neonlenistischen „Stamokap-Gruppe“ bei den Jungsozialisten, hat sich einen prominenten Herausgeberkreis zugelegt und will nun als „Medium zur Reformierung einer Parteilinken in der SPD“ wirken. Sprecher ist Horst Peter, mit dabei Karin Benz-Overhage, Peter von Oertzen, Edelgard Bülmahn, Katrin Fuchs, Christel Hanewinkel, Detlev von Larcher und Sigrid Skarpelis-Sperk. Einige der Neuen gehörten früher zu den schärfsten Kritikern der aus dem Mauer-Staat importierten „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Ihr überraschendes Engagement, heißt es im „Editorial“ der Nr. 1/94, resultiere aus der Überzeugung, daß es „sinnlos“ sei, „alte politische und/oder organisatorische Frontstellungen aufrechtzuerhalten“. Die „ehemaligen Anhänger des realen Sozialismus“ müßten sich allerdings „der radikalen Kritik von Irrtümern, Fehlentwicklungen und moralischem Versagen“ stellen. Ernst kann das nicht gemeint sein. Denn dann hätte man noch

ein paar Worte über bezahlte SED-Agenten und kommunistisches Kaderverhalten verlieren müssen, anstatt einen gewissen Kurt Wand kommentarlos aus dem Herausgeberkreis zu entlassen. Um zu begreifen, wie skandalös diese Form klammheimlicher Vergangenheitsbewältigung ist, muß man wissen, daß der mutmaßliche Stasi-Spitzel Wand der anerkannte Chefideologe der Stamokap-Fraktion war, Autor bereits des berühmten „Hamburger Strategiepapiers“ von 1971. Wie neu die „neue spw“ und das Denken ihrer Herausgeber in Wahrheit ist, erweist sich auch an dem selbstherrlichen Diktum, daß die Kritik an den Lügen von gestern „in erster Linie von den Verfechterinnen und Verfechtern des wirklichen Sozialismus(!) geleistet werden“ müsse. Wer solchen alt-neuen Dogmatismus im Zwei-Monats-Rhythmus testen möchte, bestellt ein kostenloses Probeheft beim „spw“-Verlag, Abo-Service, Kieker Str. 13, 51065 Köln. Das Jahresabo kostet 58 DM, das um 9 DM ermäßigte gibt's „nur bei Bescheinigung“. Offen bleibt, für wen – wahrscheinlich nur für „wirkliche Sozialisten“. **MiScho.**

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.02.1994

Viel ist ihnen abhanden gekommen

Die Linken in der SPD suchen nach einer politischen Perspektive / Von Günter Bannas

BONN, im Februar „Es ist dringend für die Linke in der Partei, daß gewisse vordergründige Gräben zugehört werden und wir uns gemeinsam um eine Renovierung der Partei von links bemühen“, hat Diether Dehm, eine der schillernden Figuren der SPD-Linken, jüngst gemahnt. Die jetzt veränderte „Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft“ („spw“) ist Ausdruck der bei linken Sozialdemokraten um sich greifenden Erkenntnis, Einigkeit, nicht Streit, mache stark. Ehedem war das Blatt fest in der Hand der „Stamokap“-Fraktion. Nun wurde der Herausgeberkreis erweitert. Alt-Linke wie Jungsozialisten wollen die Grabenkämpfe zwischen Reformisten, Stamokap-Leuten und Antirevisionisten beenden. Die Erweiterung des Spektrums der Zeitschrift kennzeichnet das Zusammenrücken der SPD-Linken. Viel ist ihnen abhanden gekommen. Das Ende des Sowjetimperiums mag manchen von ihnen die Hoffnung genommen haben, es werde der Kapitalismus sein, der als erstes zusammenbricht. In der öffentlichen Debatte fällt es ihnen nun schwerer, sich zur sozialistischen Idee zu bekennen. Innerparteilich sind die Wortführer der Jungsozialisten der siebziger Jahre längst nicht mehr zur Linken zu rechnen. Gerhard Schröder rückt in Fragen der Energiepolitik und des Waffenausports vom Konsens der Linken ab. Der Nato-Kritiker Oskar Lafontaine

gilt ihnen als bloßer Modernisierer des Kapitalismus. Rudolf Scharping, auch er einst in einem linken Juso-Bundesvorstand, wurde mit den Stimmen der „Parteilinken“ gewählt. Peter von Oertzen, lange Jahre „theoretischer Kopf“ der Linken, schied jüngst aus Altersgründen aus dem Parteivorstand aus. Wohl wirkt er noch im Herausgeberkreis der „spw“ mit. Doch ist nicht zu erkennen, wer seine Rolle in der Partei künftig einnehmen könnte. Schwerer noch tun sich die Linken damit, ihrem programmatischen Anspruch ein personalpolitisches Fundament zu geben. „Die Parteilinke muß als Programmlinie auftreten... Sie muß als Bewegungsline agieren“, schreiben Susi Möbbeck und Thomas Westphal, eine ehemalige und der amtierende Juso-Vorsitzende. „Wir müssen Personen aufbauen (und bei Wahlen unterstützen), die innerparteilich und öffentlich mit diesem Ziel in Verbindung gebracht werden können.“ Namen nannten sie nicht. Natürlich sind es auch Rücksichten auf den Wahlkampf und auf die innerparteilichen Mehrheiten, die es der Linken derzeit geraten erscheinen lassen, den innerparteilichen Streit nicht anzufachen. Scharping wird gelobt, weil er sich an die Beschlüsse halte und die Gremien nicht übergehe. Manche loben auch seine „sozialkämpferische“ Sprache und bemühen sich, den Parteivorsitzenden nicht vollends als Mann

Horst Peter - Peter von Oertzen

In der April-Ausgabe des Vorwärts (S.28) kommentiert der Redakteur Michael Scholing den Neuanfang der ehemaligen „Stamokap“-Zeitschrift spw. Die Linie der spw paßt Sch. offenbar nicht. Das zu schreiben ist in Ordnung: In der SPD herrscht Meinungsfreiheit. Nicht in Ordnung ist jedoch der Stil von Sch.s Polemik.

1. Die neuen Herausgeber sind für Sch. „neue Galionsfiguren“ (alle Zitate aus dem Artikel). Eine Galionsfigur ist nach üblichem Sprachgebrauch jemand, der sich als Aushängeschild mißbrauchen läßt - für was und von wem auch immer. Drei PV-Mitglieder, sechs MdB, ein Vorstandsmitglied der IG Metall, der Leiter der Parteischule - alles nur nützliche Idioten? Ein ziemlich starkes Stück!
2. Sch. bezweifelt die Ernsthaftigkeit der von den spw-Herausgebern in ihrem Editorial geübten Kritik am sogenannten realen Sozialismus, weil die Zeitschrift den Ende vorigen Jahres als Stasi-Agenten enttarnten Kurt Wand „klammheimlich“ und ohne Diskussion als Herausgeber ausgewechselt habe. Tatsache ist, daß von den alten Herausgebern insgesamt sechs ausgeschieden sind; einer davon war Kurt Wand. Die interne Entscheidung über die Erneuerung des Herausgeberkreises war schon viele Monate vor dem Bekanntwerden des „Falles Wand“ gefallen. Wenn Sch. einen der Herausgeber gefragt hätte, hätte er dieses erfahren können; aber er hat nicht gefragt. (Ganz abgesehen davon, daß Wand vermutlich nun gerade kein typischer „bezahlter SED-Agent“ war, sondern von seinem Vater, einem alten Kommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfer, zu seinem Verhalten bewegt worden ist. Der Fall ist traurig und bedrückend; aber ihn auf diese Weise den ehemaligen Freunden von Kurt Wand anhängen zu wollen, ist ziemlich säuslich!)
3. Sch. moniert die Forderung der neuen spw, daß vor allem die „wirklichen“ Sozialisten die Kritik am sog. realen Sozialismus üben müßten und bezeichnet das als „alt-neuen Dogmatismus“. Ja was nun? Sollen Sozialisten den Stalinismus entschieden kritisieren oder sollen sie nicht? ... Kurz und schlecht: Eine Vorwärts-Spalte mit Beleidigungen, Unterstellungen. Halbwahrheiten und viel Häme - aber ohne ein einziges ernsthaftes Argument. In der BILD-Zeitung hätte uns diese Sorte 'Journalismus' nicht gewundert, aber im Vorwärts?

der pragmatischen Traditionen der SPD erscheinen zu lassen. „Rudolf Scharpings soziale Akzentsetzungen sind - im Vergleich zu den in der Enkelei vorher gepflegten Yuppide-Diskursen - von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die sozialen Kämpfe in unserer Republik und vor allem für die von Isolierung bedrohten Gewerkschaften“, schreibt Uwe Kremer in der „spw“. Mit Lafontaine, ihrem ehemaligen Liebhaber, geht die SPD-Linke weniger freundlich um. Horst Peter, ausscheidender Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der spw-Herausgeber, wirft dem Saarländer vor, „die Lohnhöhe und Steuer- und Abgabenbelastung als Hauptursache der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit“ benannt zu haben und sich an Parteitagebeschlüssen nicht recht halten zu wollen. Frau Möbbeck und Westphal schreiben ihm eine „ökologisch aufgeladene, neoliberalere Wirtschaftspolitik“ zu. Kremer schließlich analysiert, Lafontaines Wirtschaftspolitik orientiere sich an den „Kapitalinteressen in der Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte“. Er freilich fügt an, was andere aus durchschaubaren taktischen Rücksichtnahmen nicht schreiben: „Die Achse Lafontaine-Scharping ist von beiden gewollt. Kurzum: ein Doppelspiel. Und dies muß deutlich gemacht werden.“ Die Parteilinke bekennt sich - ein wenig trotzig - zum „Sozialismus in seiner ur-

sprünglichen Gestalt“, wie es die Herausgeber der „spw“ formulierten. Traditioneller Antikapitalismus wird kaum verborgen. Die „großen Menschheitsfragen“ - neben der sozialen Frage nennen sie die Erhaltung der Natur und den Frieden - ließen sich nur lösen, „wenn die Logik der ungebändigten, das heißt der kapitalistischen Marktwirtschaft gebrochen ist“. Der westliche Kapitalismus habe sich dem östlichen gegenüber durchgesetzt. „Seine eigenen Krisen konnte der Kapitalismus auf Kosten des Südens und der Natur abfedern.“ Die Vereinten Nationen gelten als Instrument der G-7-Staaten („kapitalistische Metropolen unter Führung der USA“), weshalb sie außerstande seien, „eine gerechte ökonomische, soziale und politische Weltfriedensordnung zu schaffen“. Zwar sieht sich die Linke „strukturell“ innerparteilich in der Minderheit. Es mangle ihr an theoretischer Bindungskraft, schreibt Peter. Die Herausgeber der „spw“ (neben Peter zählen von Oertzen, Frau Möbbeck und Westphal, der Sprecher des „Frankfurter Kreises“, von Larcher, sowie die Bundestagsabgeordnete Edelgard Bülmahn, Katrin Fuchs, Christel Hanewinkel und Sigrid Skarpelis-Sperk dazu) aber wollen Mut machen. „Wir wollen in der Krise die Kräfte der Linken bündeln, statt die Energien in Spaltungen zu verbrauchen.“

Medienputsch in Italien

von Marco Piantini*

Gestern Abend habe ich auf einem der Fernsehkanäle des Ministerpräsidenten dessen Fußballmannschaft bei einem Spiel in der Ersten Nationalliga verfolgt, an dem der Ministerpräsident persönlich anwesend war. Die Fernsehübertragung wurde des öfteren von Werbeeinspielungen unterbrochen, die von der Werbeagentur des Ministerpräsidenten vermittelt wurden. Sie zeigten Produkte, die in den Supermärkten des Ministerpräsidenten erhältlich sind. Als Alternative dazu hätte ich in ein Kino gehen können um mir einen Film anzusehen, der von der Filmgesellschaft des Ministerpräsidenten produziert und vertrieben wurde. Ebenso gut aber hätte ich eine Zeitung durchblättern oder gar ein Buch in die Hand nehmen können, die in dem hauseigenen Verlag des Ministerpräsidenten herausgegeben werden. In der Zwischenzeit pfiff meine kleine Tochter die Erkennungsmelodie eines Cartoons, die von der Firma des Ministerpräsidenten auf Platte und Musikkassette produziert wurde. Zu meinem und Eurem Trost kann ich Euch versichern, daß die Kleidung, die ich trug, und das Haus, in dem ich mich befand, mir gehören. Die Geschichte ist spöttisch, Genossen, und heute legt sie uns die Aufgabe nahe, verzweifelt das Privateigentum zu verteidigen“. Mit diesen Worten umschreibt der erfolgreiche Satiriker Michele Serra, der seine Leser jeden Tag mit kurzen ironischen Stellungnahmen zum politischen Tagesgeschehen amüsiert, auf der ersten Seite der Tageszeitung „L'Unità“ vom 1. April 1994 die Niederlage der Linken bei den italienischen Parlamentswahlen.

Drei Gefahren

Mindestens drei Gefahren sind es, die der klare Sieg des rechten Wahlbündnisses um Berlusconi in sich birgt:

Die erste Gefahr geht von dem zweiseitigen Charakter der Rechten und deren faschistischer Vergangenheit aus. Italiens hat nicht nur die Diktatur Benito

Mussolinis erlebt, der nach den Parlamentswahlen von dem Parteivorsitzenden der Nationalen Allianz, Gianfranco Fini, als „größter Staatsmann dieses Jahrhunderts“ gehuldigt wurde. Auch in der Zeitspanne nach 1945 haben Putschversuche und kontinuierliche politische Einschüchterungen das gesellschaftspolitische Klima vergiftet. Protagonisten derartiger Hetzkampagnen waren Teile des Geheimdienstes, Gruppen der extremen Rechten, aber auch Abtrünnige der Freimaurer sowie die organisierte Kriminalität. Die „diffuse Rechte“ war stets bemüht, eine mögliche Regierungsübernahme seitens der Linken zu verhindern.

Infolge des Zusammenbruchs der bisherigen „Partitokratie“ nach 1989 hat sich ein Aufklärungsprozess beschleunigt, der viele dunkle Kapitel der Geschichte der Republik ans Tageslicht brachte. Um nur ein Beispiel zu nennen: Endlich besteht Klarheit über die Verbindungen zwischen politischer Klasse und organisierter Kriminalität. Dazu haben parlamentarische Kommissionen und Untersuchungsausschüsse wie z.B. die Antimafia-Kommission entschieden beigetragen. Diese Arbeiten müssen, unabhängig von der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit, fortgeführt werden. Leider stehen dafür die Zeichen nach einer Regierungsbildung durch das rechte Parteienbündnis nicht sonderlich gut.

Eine zweite Gefahr für die sogenannte „Zweite Italienische Republik“ sehe ich in den Vorbehalten gegen ein politisches System, in dem Regierungswechsel eine Normalität sind. Die Methoden, mit welchen das Rechtsbündnis seinen Wahlkampf geführt hatte, ähneln der altbekannten Strategie der Christdemokraten, die die politische Alternative nicht aufgrund inhaltlicher Unterschiede angreift, sondern ihr grundsätzlich die Legitimität abspricht, weil sie unvereinbar mit dem System sei. So wurden die Vertreter eines moderaten sozialdemokratischen Programmes, deren Ziel der moralische, soziale und ökonomische Wiederaufbau des Landes sowie die Sanierung der katastrophalen Staatsfinanzen sind, als „Anhänger Pol Pots“ beschimpft.

Die dritte Gefahr muß, last but not least, in der sozialen Tragweite der rechts-liberalen Ideen Berlusconi's gesehen werden.

Neue Kräfteverhältnisse

Legt man der Beurteilung der Parlamentswahlen von 1994 den Status quo vergangener Urngänge zugrunde, so muß von einem politischen Erdbeben gesprochen werden. Forza Italia ist mit 21% an Wählerstimmen stärkste politische Kraft Italiens. Der MSI/DN - der sich in Nationale Allianz umbenannt hat - konnte sein Wahlergebnis von 5,3% im Jahre 1991 auf 13,5% ausbauen, während die Lega Nord mit 8,4% ein nahezu gleiches Wahlergebnis wie vor zwei Jahren aufweist und nur aufgrund der neuen Sitzverteilung in den beiden Kammern und der regionalen Konzentration ihrer Wählerschaft die Anzahl ihrer Direktmandate verdoppeln konnte. Im Abgeordnetenhaus hat jetzt die Rechte eine klare Mehrheit von 366 Sitzen. Forza Italia und Nationale Allianz kommen zusammen auf 165 Sitze, Forza Italia und die Lega Nord nehmen 191 Abgeordnetensitze ein und die Nationale Allianz entsendet alleine 10 Vertreter in die Abgeordnetenkammer. Diesem Rechtsblock stehen 213 Sitze des linken Wahlbündnisses, den sogenannten Fortschrittsparteien, gegenüber. Die Zentrumsparteien kommen auf 46 Sitze, die restlichen 5 Abgeordnetensitze entfallen auf Splitterparteien.

Anders sieht die Sitzverteilung im Senat aus. Dort entfallen von den insgesamt 315 Sitzen 122 auf den Linksblock, während das rechte Wahlbündnis 155 Senatssitze erringen konnte. Das Wahlbündnis der Mitte, bestehend aus den ehemaligen Christdemokraten, den Republikanern, den Pakt für Italien unter der Führung von Mario Segni sowie dem Christdemokratischen Zentrum, kam auf 31 Sitze.

Erste Wahlanalysen haben gezeigt, daß Forza Italia den größten Teil der ehemaligen christdemokratischen und sozialistischen Wählerschaft absorbieren konnte. Danach wechselten 30% der PSI-Wähler, 25% der DC-Wähler und 31% der Lega Nord-Wähler zu Forza

* Marco Piantini, Berlin, Student der Politologie, Mitarbeiter beim Büro für Internationale Politik beim Parteivorstand des Partito Democratico della Sinistra; Übersetzung: S. Schieder

Italia über. Die Zentrumsparteien haben sich gerade noch retten können. Aber ihr Versuch, als politische Kraft aufzutreten, die vom Rechts- und vom Linksblock gleichermaßen Abstand hält, muß als gescheitert angesehen werden. Noch nie hatte die italienische Linke so konkret eine selbständige Regierungsübernahme angepeilt wie bei diesen Parlamentswahlen. Aber gerade diese realistische Chance erklärt zugleich die Offensive bzw. Reaktion des rechten Parteienbündnisses. Es sollen keineswegs strukturelle Mängel der italienischen Linken in Abrede gestellt werden. Aber der Sieg der Rechten ist nur durch eine subtile mediengerechte Fälschung der normalen Zustände eines demokratischen Wettbewerbes zu erklären. Was stattgefunden hat, das war nichts anderes als ein „Medienputsch“.

Die Parteien der Linken

Auf der Linken überspringen lediglich die Partei der Demokratischen Linken (PDS) und die Partei der Kommunistischen Neugründung („Rifondazione Comunista“), zwei Pfeiler der alten KPI, die dem Wahlgesetz zugrunde liegende 4%-ige Sperrklausel. Die „Rifondazione Comunista“ wurde wie 1992 mit 6% der Stimmen von ihren Wählerinnen und Wählern bestätigt, während der PDS 4,3% an Wählerstimmen dazugewinnen und die 20%-Marke überschreiten konnte. Weniger erfolgreich in der Gunst der Wähler waren die kleineren Bündnisparteien, von denen keine die 4%-Hürde überspringen konnten. Die Partei der Grünen kam auf 2,7%, „La Rete“ auf 1,9% und auf die Demokratische Allianz entfielen 1,2% der Wählerstimmen. Dezimiert aus den Parlamentswahlen ist die ehemalige Sozialistische Partei (PSI) hervorgegangen, die nach ihrer Trennung von Bettino Craxi lediglich auf 2,2% der Stimmen kam.

Von Interesse sind die Ergebnisse auf regionaler Ebene. Dort gewann die Linke in jenen Regionen, in denen sie entweder schon über eine längere Zeit hinweg regiert oder seit kurzem Regierungsverantwortung übernommen hat. In ihren Hochburgen in der Mitte Italiens konnte die Linke nicht nur den Vormarsch der Lega Nord in Richtung Süden stoppen, sondern auch ihren Vorsprung weiter ausbauen. Positiv zu bewerten sind die Wahlergebnisse des Linksbündnisses nicht nur in einigen

südlichen Städten wie z.B. Neapel, sondern auch in einzelnen Regionen Süditaliens.

Im Unterschied zum Linksbündnis kann der Rechtsblock ein seit 1945 nie dagewesenes Wahlergebnis im Norden der Republik aufzuweisen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Enklave der „Rifondazione Comunista“ in der Stadt Turin. Erschreckend ist darüber hinaus auch der Wahlausgang in der Hauptstadt Rom und ihrer umliegenden Region Latium, wo das rechte Wahlbündnis von Berlusconi und Fini überaus erfolgreich war. Auch im Süden konnten sich Forza Italia und die Nationale Allianz behaupten, insbesondere in der autonomen Provinz Sizilien, wo „La Rete“ entgegen den Erwartungen die Wahl verloren hat.

Der Sieg der Rechten ist nur durch eine subtile mediengerechte Fälschung der normalen Zustände eines demokratischen Wettbewerbes zu erklären. Was stattgefunden hat, das war nichts anderes als ein „Medienputsch“.

Die italienische Linke muß in einer sich verändernden Gesellschaft neue Artikulationsformen für ein politisches System entwickeln, das sich um zwei Pole organisiert. Dafür ist folgendes notwendig:

- Erstens bedarf es dringend einer Bündelung der linken politischen Kräfte. Die Wahlen haben sehr klar gezeigt, daß mit einem Wahlbündnis von sechs bzw. sieben Parteien keine Wahlen zu gewinnen sind, zumal sich Reibungsverluste zwischen den Bündnispartnern nicht vermeiden lassen. Nicht zufällig heben innerhalb des Linksblocks diejenigen Persönlichkeiten ihr gutes Abschneiden bei den Wahlen mit Nachdruck hervor, die am glaubwürdigsten eine einheitliche Perspektive vertreten.

- Zweitens ist nur eine demokratische und fortschrittliche Allianz, die sich auf eine breite Basis stützen kann, in der Lage, sich der Gesellschaft weiter

zu öffnen. Der innerparteiliche bzw. zwischenparteiliche Pluralismus und das Mehrheitsprinzip müssen anerkannt und ernstgenommen werden.

- Drittens muß sich die neue Linke weiter im Kampf gegen das Vorrücken der Rechten bewehren. Dabei zählt die Verbindung von Pragmatismus und Radikalität zu ihren wesentlichsten Aufgaben. Gerade das zur Zeit heftig umstrittene Thema der Medienpolitik (öffentlich-rechtlich versus privat) ist ein Beispiel dafür, daß alte Rezepte keine hinreichenden Antworten zu geben imstande sind. Die kommunikative und theoretische Fähigkeit der italienischen Linken darf sich nicht auf abstrakte Debatten einer kommunistisch, sozialdemokratisch, liberaldemokratisch oder wie auch immer definierten Identitätssuche reduzieren.

- Viertens ist es an der Zeit, daß innerhalb der Linken eine neue Generation zu Wort kommt. Aus der neuen sozialen Opposition und der allmählichen Entstehung eines neuen politischen Subjekts können sich ohne dramatische Zerkwürfnisse neue Führungspersonlichkeiten etablieren. Gleichzeitig gilt es, die Spaltung der politischen Mitte Italiens zu beschleunigen, um damit Teile des katholisch inspirierten linken Flügel für sich zu gewinnen.

Gründe für den Wahlsieg der Rechten

Die Gründe der Wahlniederlage der Linken liegen tiefer als deren Fehler in der Wahlkampagne vermuten lassen. Vier zentrale Gründe lassen sich dafür anführen: 1. das kulturelle und gesellschaftliche Umfeld; 2. der überaus große Einfluß des Informationssystems bzw. der Medien; 3. die Fähigkeit der Rechten, widersprüchliche soziale Interessen zu vertreten, 4. ein neuer politischer Organisationstypus.

1. Italien muß nun den Preis für sein unregelmäßiges ökonomisches Wachstum in den 80er Jahren zahlen. Dies ging mit einer zunehmenden kulturellen Stagnation einher. Diese Form von raschem Wirtschaftswachstum war nicht nur für jene politische Klasse vorteilhaft, welche weite Teile des öffentlichen Sektors kontrollierte, sondern auch für Großunternehmen, die in dem oligopolistisch strukturierten Kapitalismus eingebettet sind. Die historische Schwäche des liberalen Bürgertums in Italien resultiert aus der Dominanz der mächtigen Fi-

nanzkonzerne oder der staatlichen Obrigkeit. Die italienische Bourgeoisie war nicht in der Lage, sich in einer eigenständigen starken liberal-bürgerlichen Partei wiederzufinden. Das liberale Bürgertum sah sich stets reaktionären politischen Kräften ausgesetzt oder mußte Kompromisse mit der katholischen Hierarchie eingehen. Die DC ist daraus hervorgegangen. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Rückständigkeit der politischen Kultur des Landes. Italien hat sehr rasch den Übergang von der Agrargesellschaft hin zur ökonomischen Industrialisierung und Urbanisierung erfahren, während die politischen Prozesse nach wie vor in einer vergangenen Epoche verwurzelt blieben, die in den bekannten Phänomenen des Klientelismus, des „familismo“ und des Zurückbleibens der Bourgeoisie ihren Ausdruck fanden. In diesem Zusammenhang ist auch die ungelöste Frage nach der Beteiligung der Arbeiterbewegung an der Macht zu verstehen. Teile der Linken (insbes. der PSI) konnten stets zur Kooptation an die Macht gewonnen werden, statt eine gemeinsame Alternative darzustellen. Oder sie wurde unterdrückt wie in der Zeit des Faschismus.

2. Besondere Aufmerksamkeit kommt dem Mediensystem zu, wo in einem hohen Maße Wettbewerbsverzerrungen auftreten. Einerseits hat das öffentliche Mediensystem die Funktion des Informations- und Meinungspluralismus ersetzt. Andererseits hat die Fininvest-Unternehmensgruppe ein Übergewicht im Medienbereich erlangt, wogegen die schwache Zivilgesellschaft Italiens kaum ankämpfen konnte.

Mit seinen hauseigenen Fernsehkanälen schaffte es Berlusconi, innerhalb von knapp drei Monaten das Wahlverhalten der italienischen Wählerinnen und Wähler entscheidend zu beeinflussen. Seine überaus subtilen und wohlüberlegten Werbespots, bei denen von der Auswahl der Musik über den Werbeslogan bis zur Sendedauer und Einspielungszeit alles stimmte, gingen nicht zimperlich mit den politischen Gegnern um. Durchschnittlich strahlten die Kanäle Berlusconi weit mehr als 100 Werbespots im Laufe eines Tages aus. Da seine Wahlkampagne lediglich drei Monate vor den anstehenden Wahlen in Angriff genommen wurde, vermied Forza Italia jede ernsthafte Auseinandersetzung inhaltlicher bzw. programmatischer Natur. Selbst die

Fernsehsendungen für Kinder wurden in der Wahlkampagne von dem Medienzar Berlusconi nicht ausgespart. So wurde z.B. Berlusconi Hauptgegner, Achille Occhetto, den Kindern buchstäblich als Teufel nahegebracht.

Interessant ist dabei, daß im Durchschnitt die Kandidaten der Linken bei den Fernsehduellen deutlich besser abschnitten. Lediglich Gianfranco Fini bildete eine Ausnahme, der durch seine kommunikative Fähigkeit zum absoluten Fernsehstar Italiens avancierte. Nicht die konkrete Aussage, sondern der Werbespot als solcher ging als Sieger aus der „medialen Schlamm-schlacht“ hervor.

3. Daneben hat die Rechte am besten die von ihr vertretenen materiellen Interessen ansprechen können. Sie hat nicht nur auf einem symbolischen und emotionalen Niveau gewonnen. Forza Italia hat lediglich die Strategie der Lega Nord auf nationaler Ebene kopiert. Einerseits vermochte sie diejenigen Bürger und Bürgerinnen zu mobilisieren, die ihre Stimme aus Protest dem rechten Wahlbündnis gaben. Andererseits konnte Forza Italia auch jenes Wählerklientel für sich gewinnen, welches durch die Deregulierung in den vergangenen zehn Jahren seine Lage verbessern konnte und nun befürchtete, seine Pfründe möglicherweise durch eine Linksregierung zu verlieren.

4. Schließlich geht der Wahlsieg des rechten Blocks auf das Konto ihrer Organisation. Forza Italia wurde aus der Retorte des Fininvest-Unternehmens geboren. Obwohl das Unternehmen über ein breites Steuerungsnetz verfügte, ist dessen Umwandlung bzw. Transformation in eine politische Organisation in atemberaubendem Tempo vor sich gegangen. Entscheidend für den Erfolg waren die Dimensionen des Konzerns, die Geschwindigkeit der Umwandlung, der Dienstleistungssektor, in dem das Unternehmen primär operierte (Medien) und schließlich das Werbenetz, das die tragende Grundsäule von Forza Italia ausmacht. Soziologisch betrachtet war es die Verwirklichung des Gedankens von der Bedeutung von Netzwerken im sozialen Handeln. Berlusconi Konzern ist ein Konglomerat, in dem sehr unterschiedliche Interessen zusammengeführt werden. Bisher wurde in der internationalen Presse die Aufmerksamkeit in erster Linie den drei Fernsehkanälen von Fininvest geschenkt. Ebenso entscheidend für den

Wahlerfolg und deren Vorbereitung war „Publitalia“, die hauseigene Werbevermittlungsgesellschaft, welche nahezu eine Monopolstellung in Italien einnimmt. Publitalia hat nicht nur in den vergangenen zehn Jahren die Steuerungs- und Informationskanäle geschaffen, die es Forza Italia ermöglichten, eine breite Wählerschaft unmittelbar zu erreichen. Als Werbevermittlungsgesellschaft war sie auch in der Lage, den Lebensstil der Italiener stark zu prägen bzw. einen gesellschaftlichen Konsens langfristig zu prägen. Ein neues politisches Modell nach der Krise der Parteien?

Berlusconi hat möglicherweise die neue DC erfunden, und das gerade zu dem Zeitpunkt, an dem die Linke sich der vierzigjährigen christdemokratischen Hegemonie entledigte. M.E. wird die Strategie Berlusconi in den nächsten Monaten darauf hinauslaufen, sich der „Normalisierung“ zu widmen. Berlusconi wird nicht umhinkönnen, Konzessionen hinsichtlich seines Firmenimperiums zu machen. Insbesondere jedoch wird er versuchen, auf internationalem Terrain seine Reputation zurückzugewinnen. Jetzt wo der Kampf gewonnen zu sein scheint, dürfte dies nicht schwerfallen.

ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFLÄRUNG
diesseits

diesseits – die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose

diesseits – die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus

diesseits – die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte

diesseits – herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands

Kostenlose Probeexemplare:

diesseits Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung
Hobrechtstraße 8
12043 Berlin
Telefon 030/613904-0
Fax 030/6242723

Bosnien: Der Krieg und die Linke

von Sven Griemert und Heiko Kretschmer*

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina eskaliert unaufhörlich. NATO-Bomber greifen serbische Stellungen an, UN-Blauhelme werden im Gegenzug „festgesetzt“ und die Spannungen zwischen Washington und Moskau nehmen zu. Immer weiter löst sich die UNO von ihrer Vermittlerrolle und entwickelt sich stattdessen zur Kriegspartei.

Die bundesdeutsche Linke betrachtet dies sprachlos. Wenn Rudolf Scharping (SPD), die Bombenangriffe „menschlich nicht schön, aber notwendig“ nennt, trifft er wahrscheinlich die Gefühle vieler Linker. Die Hintergründe des Krieges und die Interessenlagen seiner Kriegstreiber kommen dabei zu kurz.

Vor vier Jahren fiel die Mauer, wenig später brach die Warschauer Vertragsorganisation zusammen. 45 Jahre Systemgegensatz in Europa waren beendet. Ein Gegensatz, in dem sowohl die USA als auch die UdSSR ihre politischen und militärischen Interessen in ihrer Einflusssphäre durchzusetzen vermochten. Demokratische Grundsätze spielten da selten eine Rolle. Mehrfach wurden demokratische Regierungen einfach gestürzt und Diktaturen eingesetzt (z.B. in Griechenland oder der CSSR).

1989/90 dann die große Hoffnung: Die Friedensdividende ist in aller Munde. Doch den Worten folgten kaum Taten.

Heute hat der Krieg auch in Europa wieder Einzug erhalten: in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, v.a. aber in Bosnien und Herzegowina. Dieser Krieg bedeutet Tod, Mord, Vertreibung, Hunger, Vergewaltigung, ethnische „Säuberungen“ und Gefangenenlager - ein Bild des Schreckens und der Grausamkeiten. Aber: Ein Bild, das viele Kriege auf der Welt gleichermaßen prägt. Doch die Massaker z.B. in Osttimor oder im Sudan oder in türkisch-Kurdistan werden im Gegensatz zum Bosnienkrieg hier kaum zur Kenntnis genommen; bundesdeutsche Waffenlieferungen in die Krisenregionen werden dem grausigen Potpourri der täglichen Nachrichten untergeordnet.

* Sven Griemert, Hanau, BK Frieden der Jusos, Heiko Kretschmer, Marburg, stellv. Bundesvorsitzender der Jusos in der SPD.

Ist die tägliche Präsenz des bosnischen Krieges nur der neuen Mediengesellschaft zu verdanken, welche die Perversionen des Krieges vor der europäischen Haustür in die Wohnungen der Bundesbürger sendet? Oder wird dieser Konflikt auch instrumentalisiert, werden im Bosnienkonflikt neue geo-strategische Konfliktlagen militärpolitisch ausgetragen?

Der Untergang Jugoslawiens

Der bosnische Krieg ist nicht vom Himmel gefallen. Bereits Mitte und Ende der 80er Jahre warnten Experten immer häufiger vor einer Eskalation der Lage in Jugoslawien. Zunehmender Nationalismus, meist von machtbessenen Eliten geschürt, bot immer gefährlicheren gesellschaftlichen Sprengstoff. Die ökonomische und soziale Lage spitzte sich weiter zu. Insbesondere die horrenden wirtschaftlichen Schiefelage zwischen den Teilrepubliken bot immer wieder Anlaß für kroatischen und slowenischen Separatismus und groß-serbisches Denken. Eine mangelnde Aufarbeitung der deutschen Okkupationszeit, die ihre Greuel nicht nur mit der faschistischen Ustascha in den slawischen Staat brachte, trug ebenfalls einen beachtlichen Teil zur Eskalation bei. Doch die Warnungen stießen auf taube Ohren.

Als die Separationsbestrebungen konkreter wurden, war gleichzeitig klar, daß die serbischen Machthaber im jugoslawischen Staatenbund und die bürokratischen Eliten in Belgrad diese Abspaltungsversuche nicht hinnehmen würden. Die damit verbundene soziale und ökonomische Deklassierung „Rest-Jugoslawiens“ war vorprogrammiert. Sie gefährdete die serbischen Machthaber um Slobodan Milosevic. Der trieb derweil seinen hemmunglosen Nationalismus und Chauvinismus in immer neue Höhen.

Eskalation der Anerkennung

Die vorschnelle Anerkennungspolitik - gerade auch auf Betreiben der Bundes-

republik - beschleunigte die Eskalation. Die EG stellte Richtlinien zur Anerkennung auf, die auch den Minderheitenschutz umfaßten. Doch später spielten diese für die Anerkennung Kroatiens keine Rolle mehr. Dies weckte Hoffnungen anderer Teilrepubliken auf den Schutz „Europas“. Die separatistische Schraube drehte sich weiter. Der Krieg begann.

Es soll nicht darum gehen, den europäischen Staaten die Schuld am Sterben in Bosnien zuzuschreiben. Die Greuel taten begehnen andere - inzwischen unbestritten und belegt alle Kriegsparteien, teilweise auch gegen die „eigenen“ Leute. Die Kriegsverbrecher müssen - völkerrechtlich abgesichert - verfolgt und verurteilt werden. Aber die westeuropäischen Staaten müssen sich die Frage stellen lassen, ob sie angesichts ihres außenpolitischen Versagens nicht auch Verantwortung für die jetzige Situation übernommen haben.

Europas Abschied von der Politik

Warum wurde der KSZE-Prozess nicht auch auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens angewandt? Sicherheit wächst in Kooperation. Hätten die europäischen Staaten statt leerer Drohungen nicht konkrete Hilfe anbieten müssen? Hätte z.B. ein Entwicklungsprogramm für die Region Südslawien nicht eine Grundlage für eine friedliche Perspektive der Menschen in den Nachfolgestaaten sein können? Aus welchem Grund hätten die Eliten positive Sanktionsleistungen ablehnen können, die ihnen und ihren Republiken einen ökonomischen Aufschwung verkündet hätten?

Politisch aber noch verhängnisvoller und durch nichts zu rechtfertigen: Die Oppositionsbewegung, v.a. die serbische, wurde allein gelassen. Politik fand mit den Kriegstreibern, nicht aber mit den betroffenen Menschen statt. Hätte die serbische „Bewegung für zivilen Widerstand“ nicht einen entscheidenden Meinungsumschwung von innen heraus bewirken können? Sie brachte noch in Kriegszeiten und unter staatlicher Re-

pression 100.000 Menschen in Belgrad auf die Straße. Die europäischen Staaten aber sahen zu, wie sie von der unheiligen Allianz faschistischer und kommunistischer Machthaber weitgehend zer schlagen wurde.

Die EG- und viele der KSZE-Staaten schielten von Anfang an auf eine Politik der Drohungen und des Militärs. Doch selbst diese wurden politisch nicht adäquat begleitet. Die Regierungen verließen sich bei der Durchsetzung des beschlossenen Embargos allein auf die Blauhelm-Soldaten. Ein notwendiger Embargo-Fond, der Dritten (z.B. Griechenland) bei der Überwindung wirtschaftlicher Folgen der Blockade hätte helfen können, wurde bis heute nicht eingerichtet. Dies ist nur ein Beispiel, wie politische und nicht-militärische Lösungsmöglichkeiten unterlaufen wurden. Die PolitikerInnen in den westeuropäischen Staaten diskutierten lieber die Frage, wann und wie mit Militär eingegriffen werden solle. Eine Frage, die sich aus militärischer Sicht ohnehin nie stellte, da ein effektiver Kampfeinsatz unter Begleitung von Bodentruppen eine halbe bis ganze Million ausgebildeter Soldaten benötigen und nach Schätzungen der Militärs mindestens 100.000 davon das Leben kosten würde.

NATO: Die UN-Armee

Damit aber trieb die Politik immer weiter in die selbst gestellte Falle, den Konflikt militärisch zu lösen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß einige dies auch als Chance für die Debatte um neue Aufgaben der NATO und - in der Bundesrepublik - der Bundeswehr sehen. Mittlerweile jedenfalls bestimmen immer mehr die Militärs und ihre Institutionen die Bosnien-„Politik“.

Die NATO noch vor vier Jahren, ob ihrer Existenzberechtigung in Sorge, von Vorstellungen über umfangreiche Demilitarisierung unangenehm berührt, sah die einmalige Chance, eine neue Aufgabe zu erhalten. Die NATO wird zum militärischen Arm der UNO ausgebaut.

War der zweite Golfkrieg noch von nationalen Armeen der westlichen UN-Vetomächte bestimmt, so sollte jetzt endlich ein Militärbündnis agieren. Dies war durchaus im Interesse vieler westeuropäischer Staaten, die aus politischen Gründen im Golfkrieg nicht direkt agieren konnten und nun unmittelbaren Einfluß erhalten. Noch größer aber war

angesichts der weltweiten Verteilungskämpfe auch zwischen der EU und den USA die Sorge vor einem unkontrollierten Handeln der USA.

Die Vorstellungen der NATO-Staaten, aber auch ihre Praxis, gehen noch weiter. Wenn die UNO durch andere Veto-Mächte blockiert ist, soll die NATO auch ohne Freibrief der UN reagieren. Die fehlende Abstimmung im UN-Sicherheitsrat für die Aktionen um Gorazde macht dies deutlich. Bereits das NATO-Ultimatum für Sarajewo war ausgesprochen zweifelhaft. Es ermöglichte Rußland den Auftritt als vermittelnde Ordnungsmacht in Südost-Europa und verlagerte den Krieg nach Bihac, Madlaj, Tuzla und eben Gorazde. Die russischen Blauhelm-Soldaten wurden gar als Retter gefeiert. Die Reaktion der NATO war die Demonstration der militärischen Stärke. Nachdem seit zwei Jahren täglich das Flugverbot

Was die Linke braucht, ist ein Konzept der Kooperation und ökonomischen Entwicklung aller. Kriege diesen Ausmaßes lassen sich nicht von heute auf morgen beenden - so schön dies wäre.

über Serbien verletzt wird, schießt die NATO zwei mutmaßlich serbische Flugzeuge ab.

Es folgt der militärische Beschluß der Stellungen um Gorazde. Das Ergebnis ist für die Bevölkerung katastrophal: den drei zerstörten serbischen Panzern stehen die unbefristete Einstellung aller UN-Hilfslieferungen in Bosnien, die serbische Erklärung der UN zur Kriegspartei und die Arrestnahme der Blauhelm-Soldaten gegenüber. Gleichzeitig geht der Vormarsch auf Gorazde weiter, denn Luftangriffe können die hochmobilen serbischen Einheiten nicht stoppen.

Für Rußland wird die gesamte Aktion zur Provokation. Der als gemäßigt geltende Ministerpräsident erklärt, dies sei ein Anschlag auf die russische Reformpolitik. Rußland fühlt sich als Weltmacht übergangen, eigene geo-strate-

gische Interessen vernachlässigt. Zu einem Zeitpunkt, da die russische Außenpolitik wieder unverfroren von eigenen Interessensphären spricht - und damit zumindest große Teile der ehemaligen Sowjetunion meint -, schickt sich die NATO an, die militärische Ordnungsmacht in Europa zu werden.

Die gelähmte Linke

Die Linke in der Bundesrepublik schaut dem tatenlos zu. Fast scheint es, als haben die schrecklichen Kriegsbilder das Denkvermögen der Linken vollständig gelähmt. Das verzweifelte Rufen vieler nach einstmalig bekämpften Militäreingriffen läßt sich anders kaum erklären. Wie inhaltsleer offenbar viele in der Friedensbewegung gearbeitet haben, zeigen Appelle nach einer „humanitären Intervention zur Wiederherstellung eines multikulturellen Bosnien“. Die Vorstellung, daß mit Gewalt Menschen Tür an Tür in einem Dorf angesiedelt werden, die sich vorher bis in den Tod hinein bekämpften, liegt irgendwo zwischen utopischen Traum und Wahnvorstellung.

Aber auch jener Teil der Friedensbewegung, der weiter gegen militärische Eingriffe der NATO ist, agiert meist hilflos und läßt sich manchmal einfach nur von den alten Feindbildern leiten. Es zeigen sich hier die fatalen Auswirkungen der fehlenden öffentlichen Debatten über alternative Sicherheitspolitik. Was die Linke braucht, ist ein Konzept der Kooperation und ökonomischen Entwicklung aller. Kriege diesen Ausmaßes lassen sich nicht von heute auf morgen beenden - so schön dies wäre. Sie sind von Interessen geleitet, ebenso wie die Einmischung - oder eben das untätige Verschweigen der Kriege - von Interessen geleitet wird.

Solidarisch handeln - Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft

Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshafenstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax 0 61 51/6 40 66

Spendenkonto:
Post giro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02 6 03
Bitte angeben ob Spendenbescheinigung erwünscht



Gegen Nationalismus - IUSY stärken !

von Michael Rüter*

Die International Union of Socialist Youth

Mit 87 Mitgliedsorganisationen aus zur Zeit 73 Ländern und diversen Beobachterorganisationen ist die IUSY, der aus Deutschland die Jusos und die SJD-Die Falken angehören, die größte internationale Jugendorganisation der Welt. Im Rahmen der IUSY wird ein breites Spektrum politischer Positionen vertreten, wobei die Jusos zumeist auch hier - wie in der SPD - auf dem linken Flügel anzutreffen sind.

Ähnlich wie in der SI ist in der IUSY die Tendenz zu eurozentristischen und -dominierten Aktivitäten ein ständiges Problem. Diese Tendenz erklärt sich aus der Geschichte, indem die Arbeiterbewegung als Erscheinung kapitalistischer Industriegesellschaften den Charakter der SI als eurozentrierter Bewegung prägte. Unter den Bedingungen der fortgeschrittenen Integration der Arbeiterbewegung in die jeweiligen nationalen Gesellschaften war der aus dem 19. Jahrhundert stammende Klassen- und Gesinnungsinternationalismus zu einer ideologischen Leerformel degeneriert. Die Handlungsfähigkeit der SI ist folglich in dem Maße gewährleistet, wie die jeweiligen Interessen der wichtigsten bzw. betroffenen Parteien auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Diese Entideologisierung des Internationalismus wird auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit, namentlich in den Willenskundgebungen der Kongresse, von einem „Hang zum Resolutionären“ (Willy Brandt) überlagert; hier werden zeitgemäße Formen des Gesinnungsinternationalismus überliefert. Dabei erweist sich der Internationalismus auch als ein Medium, mit dessen Hilfe die nationalen Parteien ihre Identität im historischen Kontinuum der Arbeiterbewegung zumindest verbal behaupten können (vgl. Wichard Woyke, Handbuch Internationale Politik, Opladen 1990). Die IUSY hat als Jugendorganisation zwar mehr Flexibilität, andererseits ist ein ständiger Hang zum

Kopieren der politischen Verhaltensweisen und -muster der SI festzustellen.

Als Beleg für diese Einschätzung läßt sich die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen in die jeweilige Internationale (IUSY bzw. SI) anführen. Während die SI heute noch „erfolgreich“ die Aufnahme außereuropäischer Organisationen erschwert bzw. durch immer wieder höhergeschraubte Kriterien die Vollmitgliedschaft als exklusives Recht erhält, indem Parteien durch verschiedene beobachtende und assoziierte Mitgliedschaften ohne (volle) Rechte in Wartestellung gehalten werden und ihre Kritik an der Dominanz der westeuropäischen Parteien unterbunden wird, werden andererseits westeuropäische Strukturen durch die Aufnahme der sozialistischen Fraktion der Europäischen Union gefestigt.

Innerhalb der IUSY deuten sich ähnliche Entwicklungen an. Zwar gibt es in der IUSY wesentlich mehr außereuropäische Mitglieder (IUSY Vollmitglieder: 42 europäische, 23 lateinamerikanische, 10 afrikanische und 9 asiatische Mitgliedsorganisationen), allerdings ist die Dominanz der europäischen - exakter der EU- und EFTA-europäischen - Mitgliedsorganisationen unbestritten. Außerdem wurden bis Ende der 80er Jahre vorrangig sozialdemokratische („konservativere“) außereuropäische Organisationen aufgenommen; dies verändert sich insbesondere innerhalb der lateinamerikanischen Kooperation zunehmend zugunsten von - mehr der Realität entsprechenden - Organisationen, die den Befreiungsbewegungen und/oder fundamentalen Veränderungen anstrebenden Organisationen (z.B. Juventud Sandinista, Juventud M19, FMLN Juventud) zugeordnet werden müssen.

Die VertreterInnen der Jusos innerhalb der IUSY versuchen, dieser schleichenden Gefahr des Eurozentrismus durch die von Ihnen übernommenen Arbeitsbereiche bzw. Projektfelder entgegenzuwirken. Innerhalb der letzten Jahre waren es häufig die Jusos, die in Arbeitsteilung mit den schwedischen (SSU) und österreichischen (SJÖ) GenossInnen die Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen, afrikanischen,

asiatischen und nicht EG-zugehörigen Organisationen innerhalb der IUSY getragen haben.

Gerade im außereuropäischen Zusammenhang hat die IUSY in den letzten Jahren zunehmend mit konkreten Aktivitäten an Bedeutung gewonnen. Dieses galt sowohl beim Nahostfriedensprozeß, wo es uns gelungen ist, schon bevor die offiziellen Regierungsvertreter jeweilige Kontakte zugelassen haben, einen „Runden Tisch“ zwischen der Young Guard (Jugendorganisation der israelischen Labour Party) und GUPS (Jugend- und Studentenorganisation der PLO) zu organisieren, der über konkrete Friedensschritte beraten und diese durchgeführt hat.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Aufbau einer asiatischen Koordination innerhalb der IUSY. Diese Region, die durch traditionelle kulturelle Unterschiede sehr schwierig innerhalb internationaler Strukturen zu organisieren ist, erlebt insbesondere durch den Wahlerfolg unserer Mitgliedsorganisation in Japan einen Aufwind. Hier versuchen wir unsere guten Kontakte - bei den meisten nationalen Organisationen sieht dies leider anders aus - zum Internationalen Gewerkschaftsbund und dessen Beziehungen zu den asiatischen KollegInnen zu nutzen.

Ein bedeutender Aspekt der Arbeit innerhalb der IUSY stellt die Frauenpolitik dar. Gerade in der praktischen Arbeit der IUSY sind es häufig Männer, die „prestigeträchtige“ Aufgabe der Repräsentation bei internationalen Treffen wahrnehmen. In diesem Zusammenhang geht es in erster Linie darum, die begonnen Diskussion fortzuführen und den Beschluß des letzten IUSY-Kongresses in Montevideo umzusetzen und innerhalb aller IUSY-Mitgliedsorganisationen zu verankern, nach dem künftig 50% aller TeilnehmerInnen bei allen Aktivitäten und in allen Gremien der IUSY Frauen sein sollen.

Seit einigen Jahren versuchen die Mitgliedsorganisationen innerhalb unserer Internationalen, die Arbeit der IUSY durch regionale Arbeitsstrukturen zu stärken. Innerhalb des lateinamerikanischen Kontinentes ist die Regionalisierung am weitesten erprobt und fortgeschritten. Das Centro Latinoamerica-

* Michael Rüter, Herne, IUSY-Vizepräsident

no. will in den nächsten zwei Jahre die theoretischen Debatten, wie sie z.B. innerhalb des Sao Paulo Forums geführt werden, begleiten und beeinflussen.

Die europäischen Jugendstrukturen

In Europa gibt es zwei Zusammenhänge, die der IUSY angegliedert sind:

- Die *ESY (European Socialist Youth)* ist die gesamteuropäische Plattform aller sozialistischen/sozialdemokratischen Jugendorganisationen in Europa. Innerhalb von ESY finden zweimal im Jahr Treffen statt, deren Hauptaufgabe in der Koordination von gemeinsamen Kampagnen (z.B. Antirassismus) und der besonderen Unterstützung unserer „neuen“ osteuropäischen PartnerInnen sowie in der Koordination europäischer Interessen innerhalb der IUSY besteht. Die Verantwortung für ESY haben in der letzten Zeit insbesondere die Jusos aus Österreich, Skandinavien und die Jusos übernommen.

- *ECOSY (European Organisation*

of Socialist Youth) als nur für die EU zuständige Organisation ist ein Lieblingsschild der traditionell „kleineren, finanzschwächeren“ und innerhalb der IUSY nicht so einflussreichen Jugendorganisationen innerhalb der EU. Dieses hat sich seit der Gründung von ECOSY verändert - zumindestens der Einfluß innerhalb der IUSY ist gewachsen! Die Aufgabe von ECOSY ist es, innerhalb der EU die Interessen der sozialistischen Jugendorganisationen wahrzunehmen und zu koordinieren.

Die Jusos versuchen, ein Bindeglied dieser beiden Strukturen zu sein, und perspektivisch beide zu vereinen. Dieses wird wohl nach der Erweiterung der EU wesentlich einfacher werden, sodaß dann die Frage zu klären wäre, wie die notwendige Unterstützung Osteuropas gewährleistet werden kann.

Parallel zu den europäischen Strukturen der IUSY vollzieht sich in der institutionellen jugendpolitischen Interessenvertretung in Europa ein Prozeß, eine gesamteuropäische Struktur zu gründen. Ähnlich wie innerhalb der

BRD die Vertretung von Jugendinteressen vom Bundesjugendring (DBJR) und Ring Politischer Jugend (RPJ) wahrgenommen wird, gibt es innerhalb des Europarates CENYC (Conference of European National Youth Council's), mit dem Hauptbetätigungsfeld, die Antirassismus-Kampagne des Europarates umzusetzen, sowie die Qualifikation (u.a. sprachliche) von JugendverbandsvertreterInnen zu verbessern. Die offizielle Jugendstruktur der EU ist das YFEC (Jugendforum der EG), u.a. mit Anhörungsrecht bei allen Gesetzen und Verordnungen, die von der EU für Jugendliche (Ausbildung, Bildung, Soziales, Austausch etc) erlassen bzw. beschlossen werden. Bei den letzten Vorstandswahlen wurden alle Funktionen mit SozialistInnen besetzt, sodaß die Möglichkeiten, europäische Jugendpolitik zu beeinflussen, so gut wie noch nie sind. Die Jusos werden in beiden Gremien durch ihre Mitgliedschaft im DNK (Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit - Symbiose von DBJR und RPJ) vertreten.

Das Wichtigste ist der Kampf gegen die Armut

Interview mit Roger Hällhag*

spw: Was sollten Deiner Meinung nach die Hauptschwerpunkte der IUSY-Arbeit sein?

Roger: Ich denke, das Wichtigste ist der Kampf gegen die Armut in der Welt. Etwa eine Milliarde Menschen haben nicht ausreichend zu essen, täglich sterben 34.000 Kinder an Seuchen und Krankheiten, die einfach zu bekämpfen wären. Alle müssen begreifen, daß wir so nicht weitermachen können, daß es für jeden eine Verantwortung gibt, alles Menschenmögliche gegen die Armut zu unternehmen und dies gemeinsam zu tun. Um das zu schaffen, sind wir auf Demokratie angewiesen. In den letzten Jahren gab es für die Demokratie einige große Erfolge. In Osteuropa, in Lateinamerika, vor einigen Jahren auch in Asien wuchsen demokratische Bewegungen. Aber diese neuen Demokratien sind sehr schwach und häufig sind die Men-

schen in jenen Ländern enttäuscht, weil die demokratischen Bewegungen nicht alle Träume, die sie hatten, erfüllten. Manchmal behaupten die Leute dann, Demokratie bringe nichts. Zum Beispiel in Rußland, wo die Faschisten im Kommen sind, und das gleiche passiert an vielen anderen Orten. Und daneben gibt es die Liberalen und die Neokonservativen. Aber die wünschen sich in Wirklichkeit eine schwache Demokratie. Wir sind für eine Demokratie, an der alle partizipieren, das ist der große Unterschied.

spw: Bist Du eher pessimistisch oder optimistisch?

Roger: Wir müssen optimistisch sein! In den letzten Jahren hat es eine ganz Reihe von Schritten nach vorn gegeben. Aber natürlich sind die Herausforderungen, gerade hier in Europa, enorm. Man sieht eine ganze Menge junger Leute, die die Chance einer politischen, demokratischen Veränderung aufgeben. Angesichts der Arbeitslosigkeit usw. ist diese Reaktion nur natürlich. Doch wir können

eine Menge Beispiele anführen, die für die Möglichkeit einer Veränderung sprechen. Man denke nur an Südafrika, eines der begeistertsten Beispiele.

spw: Du weißt, daß die Jusos oft auf Oppositionskurs zur SPD gehen, etwa in der Asylfrage. Ist dies vergleichbar mit anderen Mitgliedsorganisationen? Und gibt es auch innerhalb der IUSY solche Auseinandersetzungen?

Roger: Mir scheint, bei beinahe allen Gelegenheiten haben die Jugendorganisationen die Rolle, radikaler und ideologischer zu sein, während eines Wahlkampfes nicht so viele Kompromisse wie ihre Mutterparteien eingehen zu müssen. Ihr habt hier in Deutschland anscheinend mehr interne Diskussions- und Konfrontationsprozesse. Das ist vielleicht eine Frage der politischen Kultur. Um es einmal frei herauszusagen: Für uns Ausländer sieht es manchmal so aus, als ob ihr mehr Energie darauf verwenden würdet, einige Leute innerhalb Eurer Partei zu bekämpfen, als den wirklichen Gegner zu attackieren. Aber natürlich haben wir

* Seit dem internationalen Kongreß in Montevideo im November 1993 hat die IUSY einen neuen Vorstand: ein neues 'IUSY-Bureau'. Für spw interviewte Claudia Walther den IUSY-Präsidenten Roger Hällhag aus Schweden.

auch innerhalb der IUSY viele Diskussionen. Das ist auch absolut klar, wenn man eine weltweite Organisation ist. Die Menschen stoßen mit ihren höchst unterschiedlichen Blickwinkeln zu unserer Bewegung. Aber manchmal denke ich, wir sind zu diplomatisch, weil wir auf internationaler Ebene nicht so viel diskutieren, wie wir es sollten. Doch ich glaube, das ändert sich.

spw: Kannst Du Deinen politischen Standpunkt beschreiben? Was ist für Dich persönlich die richtige Strategie für eine sozialistische Bewegung oder für junge Sozialisten?

Roger: Das ist natürlich eine sehr komplexe Frage. Ich denke, die neue Realität, der wir gegenüber stehen, ist, daß wir bzw. unsere Ökonomie internationalisiert worden sind. Es wird nicht länger möglich sein, nationale Lösungen für die Probleme zu finden. Wir müssen internationale Solidarität, internationale Demokratie herstellen, um eine Gesellschaft zu gestalten, wie wir sie uns vorstellen. Der traditionelle sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat gerät in Schwierigkeiten und durch nationale Gesetzgebung können wir das Kapital nicht kontrollieren, und wir können auch die Produktion nicht kontrollieren, um sicher zu gehen, daß sie den Menschen nutzt. Heutzutage sind die Kapitalisten die besten Internationalisten. Sie pflegen nicht länger irgendwelche nostalgische Beziehungen zu einem einzelnen Land, sie gehen einfach dorthin, wo sie den größten Profit machen können. Und wenn irgendwo ein Regime ihnen anbietet zu kommen, um ihre Arbeiter und ihr Land billig auszubeuten, gehen sie dorthin. Heute befinden wir uns in einer Situation, wo jedes Land an dem Wettbewerb teilnimmt, die Arbeiter ebenso billig wie oder billiger als andere Länder ausbeuten zu lassen.

spw: Und wie soll dagegen angekämpft werden?

Roger: Einige versuchen, Mauern um unsere Länder zu ziehen, wie die, die eine 'Festung Europa' anstreben und glauben, wir sollten uns gegen den Rest der Welt abschotten. Daher ist dies eine Art von europäischem Nationalismus. Ich meine, stattdessen müßten wir eine wirkliche internationale Vision schaffen, wir müssen uns auf eine Politik wirklicher internationaler Solidarität verlegen. Wenn wir das tun, kann die europäische Zusammenarbeit ein Schritt auf diesem Weg sein. Wenn wir es erreichen, in Europa das Kapital besser zu

kontrollieren, wäre das ein Schritt auf dem Weg, dies weltweit zu machen. Wenn wir die sozialen Standards in Europa aufrecht erhalten können, kann das enorme Auswirkungen für die weltweite Situation haben. Wir müssen daneben starke globale Institutionen schaffen, die demokratisch kontrolliert werden. Neue 'Vereinte Nationen', die von allen Ländern, allen Streitkräften, die Teil der Weltgemeinschaft sein wollen, verlangen können, daß sie bestimmte Regeln akzeptieren, daß sie die Menschenrechte respektieren, daß sie die sozialen Rechte der Bevölkerung respektieren.

spw: Welche politischen Bündnispartner haben wir Deiner Meinung nach, um diesen Weg zu gehen?

Roger: Tja, das ist der Knackpunkt. Denn unsere Feinde sind momentan in einer stärkeren Position. Die Liberalen haben es verstanden, die Welt zu teilen und zu beherrschen. Aber ein Schritt ist, daß wir alle, die wir sozialistische Ideale haben, versuchen, eine ernsthafte internationale Zusammenarbeit untereinander zu praktizieren. Ein weiterer Schritt ist natürlich, daß wir eng mit unseren traditionellen Partnern aus der Gewerkschaftsbewegung zusammenarbeiten, um sicherzustellen, daß das Recht, sich zu organisieren, auf mehr Regionen ausgeweitet wird. Und ich denke, wir brauchen auch eine starke Kooperation mit der Verbraucherbewegung. Diese Bewegung könnte auch eine wichtige ökologische Bewegung sein, einfach dadurch, daß sie so vielen Menschen wie möglich begreiflich macht, was umweltbewußte, ökologisch vertretbare Ökonomie bedeutet: daß wir als Konsumenten darüber nachdenken müssen, was wir kaufen. Deshalb ist die Umweltbewegung sicherlich auch ein Partner in diesem Kampf.

spw: Wie steht es mit anderen Bewegungen wie der Frauenbewegung oder der Friedensbewegung?

Roger: Speziell in Europa kann die Frauenbewegung eines der wichtigsten Verteidigungsbollwerke gegen die Zerstörung des sozialen Wohlfahrtsstaats sein, denn Frauen sind diejenigen, die zuerst betroffen sind und die zuerst fähig sind zu reagieren. Die Friedensbewegung ist heute leider sehr schwach. Seit 10 oder 15 Jahren erkenne ich keine aktive Friedensbewegung mehr. Man denke nur an die Massaker im früheren Jugoslawien, in Bosnien, in Sarajevo. Wo bleibt die Reaktion? Wo bleiben die Demonstrationen gegen das alles?

spw: Aber, was denkst Du sollten die Menschen in diesem Fall machen? Mit welchem Ziel, welchen AdressatInnen sollen sie demonstrieren?

Roger: Das wichtigste ist eine öffentliche Reaktion gegen den Krieg im übrigen Europa. Jetzt halten die serbischen, kroatischen, einige bosnische Führer und verschiedene Kräfte den Krieg aufrecht. Wenn die Welt sie auf entschlossene Weise verurteilen würde, würde das es schwierig für sie machen, ihre Leute in den Krieg zu hetzen und junge Männer zu zwingen, Mörder zu werden. Die Hauptverantwortung für den Krieg in Jugoslawien liegt bei denen, die die Macht besitzen, ihn zu stoppen, und das ist heute vor allem die serbische Regierung. Die erste Reaktion muß daher gegen Serbien gerichtet sein. Doch natürlich müssen wir alle Kriminellen, alle Mörder - unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit - anklagen und vor einen internationalen Gerichtshof bringen. Ich denke aber auch, daß wir intervenieren müssen, das gehört zur Verantwortung der übrigen Welt, vor allem der des restlichen Europas. Es ist notwendig, durch UN-Truppen dem Morden in Jugoslawien Einhalt zu gebieten. Wir schaffen jetzt die Palästinenser Europas, wenn die Moslems systematisch getötet und aus Bosnien vertrieben werden. Das Gefühl des Unrechts, das sie mit sich nehmen, wird die Ursache eines neuen Konflikts sein, neuer Konfrontationen in Europa im nächsten Jahrhundert. Willy Brandt forderte, daß wir uns um das Unrecht auf der ganzen Welt kümmern müßten, denn jedes Unrecht liefert Gründe für weitere Ungerechtigkeiten. Das war seine letzte Botschaft. Dies müssen wir auf die Situation in Jugoslawien übertragen. Unglücklicherweise reicht Pazifismus nicht länger aus.

spw: Das letzte IUSY-Festival fand vergangenen Sommer in Porto mit vielen jungen Leuten aus der ganzen Welt statt. Es war toll. Wann wird das nächste stattfinden?

Roger: Wir hoffen, das nächste 1995 oder '96 zu veranstalten. Ich weiß, daß es innerhalb der Jusos eine Diskussion darüber gibt, das Festival auszurichten. Es wäre großartig, hierher zu kommen; vor allem in ein neues, sozialdemokratisches Deutschland. Ich hoffe, es wird etwas Bedeutsames für die jungen Sozialisten und die Menschen an dem Ort sein, an dem wir es veranstalten, etwa so wie die 'Festa l'unita' in Italien, wo Millionen Menschen aus der Umgebung kamen.

Vorwort zum Schwerpunkt

von der spw-Redaktion

Rot-Grün hat viel von seiner früheren Faszination und der mit dem Bündnis verbundenen Aufbruchstimmung verloren. Sowohl das Scheitern rot-grüner Koalitionen als auch die geringen Veränderungen, die von funktionierenden Koalitionen zustandegebracht wurden, enttäuschten viele Hoffnungen. Auf der anderen Seite ist „Rot-Grün“ die einzig realistische Option für einen fortschrittlichen Wandel in der bundesdeutschen Politik - keine Gewähr dafür, aber auf der parlamentarischen Ebene die Bedingung der Möglichkeit. Dies artikuliert sich auch in Rot-Grün-Initiativen, die sich an einigen Orten gebildet haben und mit eigenen Aktivitäten in den Bundestagswahlkampf eingreifen wollen.

Michael Jäger widmet sich der Frage, welche Bedeutung die bisherigen rot-grünen Koalitionen für die Gewinnung sozial-ökologischer Hegemonie in Öffentlichkeit und Gesellschaft hatten und wie seines Erachtens unter dieser Perspektive künftig mit Konflikten im Zusammenhang rot-grüner bzw. sozial-ökologischer Politik umgegangen werden sollte.

Heiko Schulze und Rolf Wortmann berichten über die ihrer Auffassung nach insgesamt positiven Erfahrungen mit rot-grüner Kommunalpolitik in Osnabrück - aber auch von den Problemen, die insbesondere zum einen in den Konflikten zwischen der Wirtschaftsförderung und den sozial-ökologischen Ansprüchen und Schwerpunkten bestehen und zum anderen in der Zerrissenheit insbesondere der WählerInnenbasis der SPD etwa in Fragen der ökologischen Ausrichtung der Verkehrspolitik. Wichtig zu beachten ist dabei allerdings folgendes: Diese Zerrissenheit ist keine Folge der rot-grünen Zusammenarbeit, sondern kennzeichnet das SPD-Potential als solches, aus dem große Teile selbst entschieden ökologische Politik einfordern und damit in Konflikt zu anderen Fraktionen der SPD-Basis geraten.

Peter von Oertzen kommt in erneuter Auswertung vorliegenden empirischen Materials zu auch strategisch bedeutsamen Resultaten über die Strukturierung des Wählerpotentials in Deutschland

und die gesellschaftliche Basis für Rot-Grün: Dem rot-grünen SPD-Potential (mit grüner Zweitpräferenz) steht das grüne Wählerpotential sozial und politisch in vieler Hinsicht näher als die beiden anderen Drittel des SPD-Potentials (mit CDU- oder FDP-Zweitpräferenz). Eine gesellschaftliche Mehrheit ließe sich organisieren auf Grundlage der übergreifenden „Arbeitnehmerorientierung“, die dieses engere „rot-grüne Lager“ mit den anderen Teilen des SPD-Potentials (und darüber hinaus mit einem Teil des CDU-Potentials) verbindet. Zu diskutieren wäre allerdings, welche politische Bedeutung und welchen Gehalt diese „Arbeitnehmerorientierung“ heute hat und wie sie im genannten Sinne zu mobilisieren wäre.

In diesem Zusammenhang wird auch die Fragwürdigkeit der bei Bedarf in der Sozialdemokratie immer noch beliebten Argumentation deutlich, die Grünen seien eben eine „bürgerliche Partei“ und daher für arbeitnehmerorientierte Politik ein problematischer Partner. Abgesehen von der gelegentlichen Bezugnahme auf die Tradition der Arbeiterbewegung in Mai-Reden und Jubilarehrungen und - wichtiger - der Dominanz unter höheren Gewerkschaftsfunktionären handelt es sich dabei um einen Mythos und ist die SPD nicht stärker eine Arbeiterpartei, als es die Grünen auch sind. Dies gilt nicht nur in Bezug auf die Sozialstruktur der AnhängerInnen: neben dem „rot-grünen“ zeichnet sich das „grün-rote“ Potential (die 80% der Grünen-AnhängerInnen mit Zweitpräferenz SPD) durch die stärkste „Arbeitnehmerorientierung“ aus, stärker als die anderen Abteilungen des SPD-Potentials. Und ob die in der SPD real dominierenden Kräfte und Personen etwa eine weniger markt- und kapitalorientierte Wirtschaftspolitik verfolgen, als es von Teilen der Grünen zu erwarten ist, muß mehr als bezweifelt werden. Unter dem Gesichtspunkt der Nähe zu gesellschaftspolitischen Positionen der Gewerkschaften hat es in der Bundesrepublik nie eine günstigere Konstellation gegeben, als es Rot-Grün wäre.

Noch eine weitere Merkwürdigkeit im Verhalten vieler Linker in der SPD

ist hier anzusprechen und zu kritisieren: Einerseits fühlen sie sich ungerecht behandelt, wenn sie kritisiert werden für eine rechtssozialdemokratische Politik oder Haltung von Parteigremien, die sie nicht teilen und mit der sie sich innerparteilich auseinandersetzen. Andererseits differenzieren sie selbst in keiner Weise, wenn sie Grüne kritisieren für wirtschaftsliberale, öko-konservative, bellizistische oder sonstwie desorientierte Positionen bestimmter grüner Promis oder Parteigliederungen. Die Rolle der „rot-grünen Linken“ muß eine andere sein.

Die von *spw* organisierte *Gesprächsrunde* zwischen VertreterInnen linker Diskussionszusammenhänge bei SPD und bei Bündnis '90/Grünen macht deutlich: Rot-Grün muß und kann mehr sein als ein Koalitions-deal zwischen Scharping und Fischer, und zwar in zweierlei Hinsicht:

- „Rot-Grün“ macht nur Sinn als ein Projekt der Gestaltung und des solidarisch-ökologischen Umbaus der Gesellschaft, das weit über die Wahlperiode hinausweist und sich auf soziale Kräfte, Bewegungen und Druck stützt, die „von unten“ auf die Parteien und eine von ihnen getragene Regierung mobilisiert werden müssen. Strategisch muß die Vorstellung eines „sozial-ökologischen new deal“ weiter diskutiert werden.

- Die entschiedensten, immer weiter treibenden TrägerInnen eines solchen Projekts sind die linken, radikalreformistischen Kräfte in beiden Parteien. In dieser Konstellation ist auch der Platz der Sozialistinnen und Sozialisten. Es ist notwendig, daß diese Kräfte über Parteigrenzen hinweg sich über Aufgaben und Anforderungen verständigen und diese zur Geltung bringen. Dies ist auch für die Stabilität und Perspektive rot-grüner Koalitionen wichtig, da die Konflikte meist nicht einfach zwischen den Parteien verlaufen, sondern ebenso innerhalb beider Parteien ausgetragen werden.

spw wird sich auch in den kommenden Monaten aktiv darum bemühen, diesen Prozeß von Diskussion und Verständigung voranzubringen und darzustellen.

Möglichst konsequente rot-grüne Reformpolitik einfordern

spw-Gesprächsrunde zu „Rot-Grün“
mit Willi Brüggem, Edelgard Bulmahn, Kerstin Müller und Horst Peter*

spw: Wir möchten zunächst mit einigen kurzen Einschätzungen zur bisherigen Regierungszusammenarbeit von „rot“ und „grün“ beginnen. Erfahrungen liegen ja aus Niedersachsen, aus Hessen und auch aus Berlin vor...

Horst Peter: Wir haben in Hessen ja mittlerweile schon Erfahrungen mit zwei rot-grünen Regierungen sammeln können. Daß es jetzt besser läuft als damals, hat m.E. damit zu tun, daß die Schnittstellen zwischen den Partnern diesmal besser ausgeleuchtet und definiert worden sind. Vor allem aber lehren uns die vergangenen hessischen Erfahrungen - das Scheitern der ersten rot-grünen Konstellation im Jahre 1987 -, daß auch und gerade geklärt werden muß, wie man mit den Dissensen umgeht! In diesem Zusammenhang muß man - zumindest was das Verfahren angeht - den zweiten rot-grünen Durchgang in diesem Bundesland als erfolgreich ansehen, ist es doch gelungen, nachdem die Dissense definiert und eingegrenzt worden waren, etwa 90% der verabredeten Vorhaben auf den Weg zu bringen. Hauptaufgabe muß es sein, die Schnittmengen einer gemeinsamen Reformpolitik zu bestimmen und sie möglichst groß zu halten.

Programmatische Schnittmengen und strukturelle Hemmnisse

Willi Brüggem: Leider mußten wir in Berlin erleben, daß die Vorstellung, die bestehenden programmatischen Schnittmengen ließen sich auch in entsprechende

Politik umsetzen, eine Illusion war. Am deutlichsten wurde dies in der Auseinandersetzung um die Neubebauung der Innenstadt bzw. des Potsdamer Platzes, als Momper eine Linie einschlug, die einseitig auf Gewerbeansiedlungen setzte, sich dabei den Interessen der großen Unternehmen unterordnete und auf eine offene und demokratische Stadtentwicklungspolitik verzichtete, obwohl das ja

führung erlebt. Viele in der Koalitionsvereinbarung beschlossene Projekte wurden deshalb verzögert, verwässert oder blieben am Ende ganz auf der Strecke. Immer dann, wenn der Gegenwind von Springerpresse, ADAC und CDU-Demagogen wieder mal anwuchs, reichte dieser strukturkonservative Angstreflex aus, um in Fraktion und Partei Mehrheiten gegen die selbst auch



Foto: Stephan Hoppe

programmatisch durchaus vorgesehen war. Die programmatischen Schnittmengen zwischen rot-grün werden wertlos, wenn ihre Umsetzung dem Grundmechanismus sozialdemokratischer Nachkriegspolitik zu widersprechen droht, über möglichst hohe Wachstumsraten möglichst viel umverteilen zu können. Deshalb bekommen die Interessen der Investoren Priorität, egal was im Programm steht.

Ein weiteres Problem bestand im Strukturkonservatismus der sozialdemokratisch geprägten Apparate. In den sozialdemokratisch geprägten Verwaltungen, in den öffentlichen Betrieben, in den Wohlfahrtsverbänden und bei teilen der Gewerkschaften wurde rot-grün als Ge-

beschlossenen Reformvorhaben herzustellen. Gerade diese strukturkonservativen Kräfte zeichneten sich dadurch aus, daß Machterhalt und kurzfristige Wahltaktik alle längerfristigen Reformüberlegungen überlagerten.

Ich möchte aber auch die positive Seite der damaligen rot-grünen Konstellation betonen. Sie bestand darin, daß sie mit einer erheblichen Politisierung in der Stadt einherging, die sich an fast allen wesentlichen Feldern und Vorhaben des ökologischen und sozialen Umbaus wie auch der demokratischen Öffnung der Stadtpolitik festmachte. In den letzten drei Jahren ist hingegen absolute Ruhe

eingekehrt. Harry Ristock hatte mit seiner Prognose recht: Die große Koalition hat sich wie Mehltau über die Stadt gelegt.

Edelgard Bulmahn: Politik wird durch eine Doppelstruktur bestimmt, die nicht reduzierbar ist auf die Strukturen von Parlamenten und Parteien und damit verbundenen Verwaltungsapparaten, sondern auch eine „Demonstrationsstruktur“ umfaßt - als Kern dessen, was man gemeinhin als „Öffentlichkeit“ bezeichnet und nicht nur Kundgebungen und Initiativen, sondern insbesondere auch die Medien umfaßt. Und in diesem Zusammenhang habe ich den Eindruck, daß wir es seit 20 Jahren nicht hinbekommen haben, mit dieser Doppelstruktur so umzugehen, daß ein reformpolitischer Durchbruch erzielt werden kann. Deshalb halte ich Willis Hinweis auf die Politisierung in der Zeit des rot-grünen Senates in diesem Zusammenhang für zentral: Die Herstellung einer derartigen Form von Öffentlichkeit und Diskussionskultur muß als konstitutives Element eines rot-grünen Projektes angesehen werden, weil es gerade auf dieser Ebene darum geht, ein Reformbündnis von unten her zu entwickeln.

Pauschal die Initiativen von unten den Grünen und dem strukturkonservativen Apparat der SPD zuzuschlagen, ist falsch. Bei uns ist das Verhältnis zwischen der grünen Partei und den Bürgerinitiativen teilweise durchaus prekär bzw. wenig entwickelt, während umgekehrt auch die SPD mit sozialen Initiativen verbunden ist. D.h. das Problem der Doppelstruktur stellt sich für beide Partner im Grundsatz gleichermaßen. Gerade mit Blick auf diese Doppelstruktur und ihre Dynamik möchte ich davor warnen, sich zu sehr auf den vermeintlichen Strukturkonservatismus des sozialdemokratischen Partners und der Verwaltungen zu konzentrieren. Viel wichtiger scheint mir die Einigung auf wichtige Reformziele wie den Ausstieg aus der Kernenergie und den Ausbau kommunaler und regenerativer Energieversorgungsstrukturen, eine Rücknahme der Umverteilungspolitik der Kohlregierung, den Einstieg in eine ökologische Steuerreform usw.

Kerstin Müller: Für uns stellt sich diese Doppelstruktur allerdings in der Gegenwart mehr als Spagat zwischen den Klientelinteressen im grünen Umfeld auf der einen Seite und dem, was am Regierungstisch auf der anderen Seite verhandelt wird, dar...

Edelgard Bulmahn: Ist dies nicht schon von vorneherein ein falscher Ansatz, wenn man nur die jeweils eigene Klientel sieht und nicht das Reformbündnis als Ganzes?

Kerstin Müller: ... aber das Problem besteht doch gerade darin, daß dieses gesellschaftliche Reformbündnis, von dem wir immer so häufig sprechen, real gar nicht existiert, es also auf der Ebene der gesellschaftlichen Kräfte keine Konstellation gibt, in der unterschiedliche interessenbedingte Standpunkte etwa in der Verkehrs- oder der Energiepolitik zu einer „Diskussionskultur“ zusammenfließen, die dann auch eine konfliktgeladene rot-grüne Konstellation tragen könnte!

Edelgard Bulmahn: Das unterstreicht ja gerade Horsts Hinweis auf die notwendige Bildung von Schnittmengen - z.B. im Bereich der Verkehrs- und der Energiepolitik. Bezogen auf das Verfah-

Die positive Seite der damaligen rot-grünen Konstellation in Berlin bestand darin, daß sie mit einer erheblichen Politisierung in der Stadt einherging.

ren rot-grünen Koalierens möchte ich mit Blick auf Niedersachsen und die Tatsache, daß dort „rot-grün“ vier Jahre ohne größeren Ansehensverlust durchgehalten werden konnte, einen weiteren Aspekt unterstreichen - nämlich den der sachlichen und zeitlichen Prioritätensetzung bei der Umsetzung programmatischer Gemeinsamkeiten. Dies hat bei uns einigermaßen funktioniert. Und schließlich muß noch folgendes berücksichtigt werden: Nach meiner Beobachtung nehmen die Divergenzen im rot-grünen Spektrum und auch die Fragmentierung in dem Maße zu, wie man die Ebene der groben Zielbestimmung verläßt und sich auf die Ebene der konkreteren Projektierungen und insbesondere des Instrumenteneinsatzes begibt. Hier muß noch ein Umgehen miteinander gefunden werden, zumal auf der zuletzt genannten Ebene wohl auch viele der angesprochenen „strukturkonservativen“ Elemente angesiedelt sind.

Umgang mit Konflikten

Willi Brüggem: Angesichts der Eingangsbemerkungen von Horst und jetzt auch von Edelgard möchte ich vor der Illusion warnen, alles über wechselseitige Vereinbarungen lösen zu wollen - also Vereinbarungen über programmatische Schnittmengen, Vereinbarungen über Projekte und deren Zeithorizont, Vereinbarungen über Dissense und ihre Behandlung etc. Ich bin sogar der Meinung, daß dies ab einem bestimmten Punkt in die Sackgasse führt - und daß sich dies auch in Hessen und teilweise wohl auch in Niedersachsen schon gezeigt hat. Dieser Punkt ist nämlich dann erreicht, wenn die Dissense und Konflikte in einer rot-grünen Konstellation ausgeklammert werden und öffentlich bzw. gesellschaftlich nicht mehr zum Tragen kommen.

Entscheidend für eine „rot-grüne“ Perspektive, die über Koalitionsverträge hinausweisen soll, ist aber die schon mehrfach angesprochene Diskussions- und Demonstrationskultur mit ihren Konflikten, die ausgetragen werden müssen - allerdings ohne daß ständig die „Koalitionsfrage“ gestellt wird (letzteres gehörte m.E. zu den Fehlern der AL in der damaligen Senatskonstellation).

Edelgard Bulmahn: Grundsätzlich bin auch ich der Meinung, daß man schnell an die Grenzen definitiver Vereinbarungen der Konfliktvermeidung gelangt und man daher versuchen muß, die Übereinstimmung in den grundsätzlichen Zielen stärker zu gewichten und das Austragen von Dissensen innerhalb der eingangs skizzierten Doppelstruktur nicht nur ertragen, sondern im Sinne der „Diskussions- und Demonstrationskultur“ sogar positiv einsetzen muß. Aber im Vordergrund muß auf jeden Fall die Übereinstimmung stehen, um gemeinsam deutlich machen zu können, daß „rot-grün“ als Reformbündnis geht.

spw: Entscheidend ist doch, vor welchem Hintergrund die Konfliktinterpretation stattfindet. Koalitionen auf der Basis von Klientelvereinbarungen mit ausgeklügelten Verfahrensabsprachen und dem Horizont einer Legislaturperiode bzw. der nächsten Wahl bieten einen anderen Hintergrund als gemeinsame und längerfristig abzuarbeitende Reform- bzw. Umbauprojekte...

Horst Peter: Wenn es um ein Reformbündnis geht, muß man feststellen können, daß es über den Tag hinaus trägt. Dann ist das eine Sache, die man ein-

gehen kann. Wenn wir hier stärker die Zielorientierung betonen, dann nicht, um von konkreten Instrumentenfragen abzulenken. Ich meine vielmehr eine strategische Zielorientierung, die sich z.B. darin niederschlägt, im Falle einer rot-grünen Regierungskonstellation ernstzumachen und sofort zu beginnen mit einer anderen Energiepolitik und aus dem Beginn heraus dann eine Dynamik zu entwickeln...

Kerstin Müller: Aber woran läßt sich so etwas festmachen, ob man tatsächlich ernst macht mit derartigen Zielsetzungen - wenn ich etwa an die Konflikte um den Schacht Konrad in Niedersachsen denke, wo es dann zum Schwur kommt. Denn Konflikte oder der Bruch rot-grüner Koalitionen haben sich bisher meist an solchen konkreten Auseinandersetzungen festgemacht.

Horst Peter: Auf Bundesebene würde es ja um die gesetzliche Grundlage gehen. Die Frage stellt sich da also so: Wie müßte ein Energiegesetz aussehen, das den Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht? Da wird man sich in den Verhandlungen darüber unterhalten müssen, was in das Gesetz hineinkommen soll, aber dann muß man anfangen. Wenn man weiterstreitet und nicht anfängt, dann wird es ähnlich ermüdend wie jetzt bei der Pflegeversicherung - nur auf „rot-grün“.

Ebenso bedeutsam wäre eine Verständigung über eine massive Förderung regenerativer Energien. Aber: Wenn wir ein rot-grünes Bündnis haben, müßten wir auch wohl oder übel eine Endlagerstätte festlegen - auch dies gehört zu einem strategischen Konzept, weil der Ausstieg aus der Atomenergie nicht realisierbar sein wird, wenn wir hier in der Bundesrepublik keine derartige Stätte schaffen.

Kerstin Müller: An diesem Punkt dürfte es sicherlich zu Konflikten im Verhältnis zu eigenen Klienteln, zu Bürgerinitiativen und Bewegungsteilen kommen - zumindest auf grüner Seite...

Edelgard Bulmahn: ... teilweise auch auf sozialdemokratischer...

Kerstin Müller: ... und man muß daher von vorneherein darauf orientieren, gemeinsam mit ihnen zu Lösungen zu kommen. Wenn man das nämlich nicht tut, dann kommt es zu einem Bruch innerhalb des Reformbündnisses, der nicht so sehr anhand der Parteigrenzen verläuft. Dies ist der Punkt, den ich eben mit dem Stichwort des Spagates kennzeichnen wollte.

Sozial-ökologischer „new deal“

spw: Wir haben bislang sehr stark vor dem Hintergrund bisheriger rot-grüner Kooperationserfahrungen diskutiert und sie sehr stark aus dem Blickwinkel der 80er Jahre diskutiert, als „rot-grün“ noch etwas Neues und Reizvolles und vielleicht etwas war, von dem man sich insgesamt - unter dem Blickwinkel eines Reformbündnisses - mehr versprochen hatte. Aber bei dieser Nachbereitung darf man nicht aus dem Auge verlieren, was sich unter dem Druck der ökonomischen Krise und ihrer sozialen Folgen sowie im Gefolge der gesamten Standortproblematik an der gesellschaftlichen Basis von „rot-grün“ tut. Während wir hier über Schnittstellen für Regierungsprogramme reden, scheinen sich die Interessenlagen der verschiedenen Klientel, die für das „rot-grüne“ Spektrum in

Für mich wäre die Basis eines ökologischen Umbauprojektes mehr als ein „deal“, sondern ein Umbau der Gesellschaft und v.a. des Produktionsprozesses.

Anspruch genommen werden müßten, doch eher und teilweise sogar massiv auseinanderzuentwickeln.

Wir würden behaupten, daß es bis Ende der 80er Jahre so etwas wie eine Annäherung von Grundströmungen an der rot-grünen Basis gegeben hat, repräsentiert durch den - gerade auf dem Verkehrssektor bemerkenswerten - Dialog etwa zwischen IG Metall und Umweltschutzbewegung. Aber seit geraumer Zeit scheinen sich die Tiefenströmungen unterhalb der parlamentarischen und parteiförmigen Ebene in eine andere Richtung zu bewegen. Wie kann „rot-grün“ unter diesen Bedingungen in einen tragfähigen Mechanismus eingebunden werden, der diese unterschiedlichen Interessenkonstellationen zur Kenntnis nimmt und deren Auseinandertreiben stoppen kann? Wenn dieser Mechanismus nämlich nicht gefunden würde, dürfte es auch keine Grundlagen für eine Schnittstellendiskussion geben. Klaus Dörre hat in der letzten spw einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ vorge-

schlagen. Bei den Grünen wird in diesem Zusammenhang von einem „new deal“ geredet...

Willi Brüggem: Dem Konzept des ökologischen „new deal“ liegt die Auffassung zugrunde, daß mit dem Ende der fordistischen Nachkriegsphase der alte Mechanismus der Strukturierung von Politik nicht mehr funktioniert. Früher unterschieden sich die großen Volksparteien durch ihre unterschiedlichen Verteilungsstrategien, d. h. durch ihren Umgang mit den Wachstumsgewinnen. Seit diese Wachstumsgewinne nicht mehr so üppig sprudeln, verliert diese Differenz an Bedeutung. Die großen Volksparteien geraten in eine faktische große Koalition. Mit dem Vorschlag eines ökologischen new deal geht es uns deshalb um einen neuen Verteilungsmechanismus und eine neue Verteilungsdebatte.

Horst Peter: Was wird da verteilt?

Willi Brüggem: Arbeitszeit und Lebensqualität. Den beruflich und materiell gesicherten Mittelschichten wird gesagt: Ihr bekommt eine ökologisch intakte und eine sozial erträgliche Lebensumwelt ohne Ghettoisierung der Städte und ohne schwere soziale Konflikte für Euch und Eure Kinder - und zwar dann, wenn Ihr auf Arbeitszeit und monetären Reichtum verzichtet. Für die Ärmere muß der Zwang aufhören, das ganze Leben der Arbeit und dem Geldverdienen zu opfern. Für sie bedeutet das: Radikale Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Dadurch können sie für den ökologischen Umbau und für eine solidarische Gesellschaft ohne Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gewonnen werden. Der gemeinsame Nenner dieser nicht-monetären Umverteilungsstrategie besteht darin, daß die alte Fixierung auf Wachstum, industrielle Massenkonsumgüter und steigende Geldeinkommen durch einen neuen Begriff vom guten Leben abgelöst werden, zu dem jeder Zugang hat.

Ich fürchte aber, daß die SPD dieses Konzept im Augenblick noch nicht mittragen wird. In Bezug auf mögliche rot-grüne Koalitionen nach der kommenden Bundestagswahl müssen wir deshalb wohl bescheidener sein. Da geht es zunächst darum, wie weitere soziale Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse aufgehalten und die zivilgesellschaftlichen Grundlagen demokratischer Politik bewahrt werden können. Das geht nicht ohne verstärkten Rückgriff auf die großen Vermögen. Gleichzeitig muß der

Abmarsch in den ökologischen Suizid gestoppt werden. Auch wenn tiefgreifende Reformen jetzt noch nicht möglich sind, die Einhaltung der Kriterien von Rio bildet eine Mindestbedingung, damit die Voraussetzungen für den ökologischen Umbau bewahrt werden können. Das sind Mindestanforderungen an „rot-grün“.

Horst Peter: Mir ist dieser Gedankengang sowohl kurz- wie auch mittelfristig zu defensiv. Ich bin für eine Strategie, die offensiv mittelfristig zu bearbeitende Reformfelder benennt und Schritte bestimmt, die kurzfristig operationalisierbar und durchsetzbar sind. Für mich wäre die Basis eines ökologischen Umbauprojektes mehr als ein „deal“, sondern ein Umbau der Gesellschaft und v.a. des Produktionsprozesses - in seiner stofflichen Beschaffenheit wie auch seiner Entscheidungsstrukturen. Mir geht es in dieser Hinsicht um die Zusammenhänge von ökologisch verträglicher Stoffwirtschaft und ökologisch verträglichen Produkten mit gesunden Arbeitsverhältnissen und der Humanisierung der Arbeitswelt.

Man muß und kann auch in der Regierung zumindest einige Projekte definieren, die eine alternative Richtung aufzeigen und in denen eine entsprechende Dynamik enthalten ist.

Ein vernünftiges ökologisch-soziales Arbeitsschutzgesetz wäre ein derartiges Projekt - mittelfristig dimensioniert, kurzfristig angebar und mehr als nur Abwehrkampf. Ich könnte mir ähnliches auch für die Prävention im Gesundheitspolitischen Bereich vorstellen. Im Falle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sehe ich dabei z.B. die Möglichkeit, Gewerkschaften und ökologische Bewegungskräfte zusammenzuführen und einen Umbau gemeinsam und konkret in Angriff zu nehmen.

Auch auf dem Feld einer regionalisierten und miteinander verknüpften Arbeits- und Strukturförderung - jenseits der bisherigen und weitgehend perspektivlosen, weil mit Strukturpolitik nicht verbundenen Praxis der sog. zweiten Arbeitsmärkte - sehe ich konkrete Ansatzpunkte, die wir in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt haben. Hierbei könnte man vielleicht die ökologischen Aspekte einer derartigen Arbeits- und Strukturförderung noch stärker betonen und ausformulieren. Damit verbunden werden müßte z.B. eine stärkere Umverteilung von Fördermitteln in regionale Kompetenz und eine Umstruk-

turierung der Arbeitsverwaltung. In puncto Grundsicherung würde ich zumindest für möglich halten, erste Schritte darüber einzuleiten, daß Altersarmut im Rahmen der Rentenversicherung und Armut im Zuge von Dauerarbeitslosigkeit im Rahmen der Arbeitslosenversicherung bekämpft und dadurch die Kommunen von Sozialhilfe entlastet werden, was ihnen wiederum einen neuen Handlungsspielraum etwa für sozial-ökologische Vorhaben verschaffen würde. Auch im Bereich des Wohnungsbaus gäbe es die Möglichkeit, Schritte in eine andere Richtung einzuleiten. Alles dies wäre natürlich noch keine sozial-ökologische Revolution, aber es wären Durchbruchstellen in eine andere ge-

dertreibenden Interessen, von denen die Redaktion gesprochen hat. Sicherlich ist es richtig, daß es ein Auseinandertreiben von Gruppeninteressen gibt. Dabei bist Du, Willi, in Deinen Formulierungen umstandslos davon ausgegangen, daß die unteren Schichten für den ökologischen Aspekt des „deals“ durch materielle Verbesserungen gewonnen werden müssen, während bei den Mittelschichten die Bereitschaft zum ökologischen Umbau vorausgesetzt wird. Dies ist eine Auftrennung, die ich bezweifle. Die auseinanderdriftenden Interessen sind aber genauso wenig umstandslos den Grünen und der SPD zuzuordnen - weder was die Ökologie noch was die sozialen Fragen betrifft.

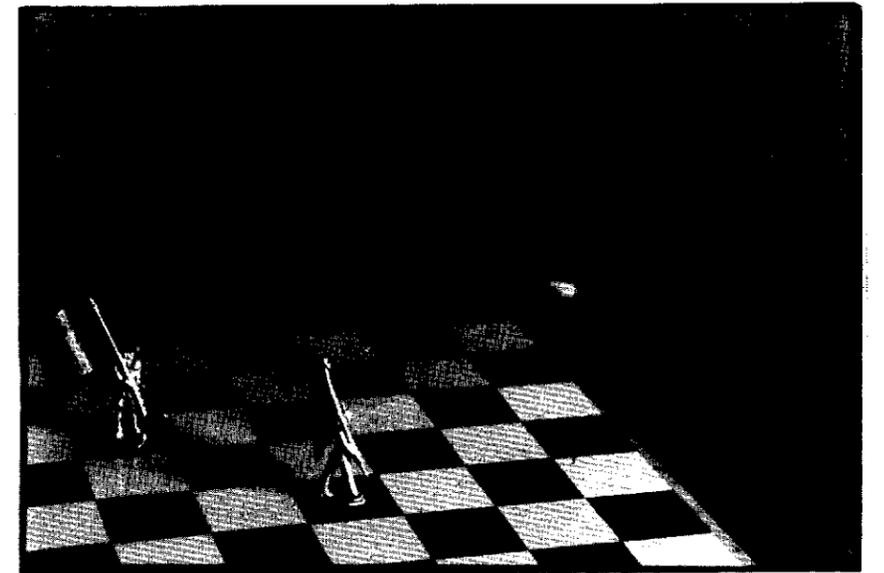


Foto: Stephan Hoppe

sellschaftliche Richtung - und zwar auf Gebieten, auf denen man Glaubwürdigkeit und Vertrauen gewinnen kann. Und - ich will dies betonen - es handelt sich um Punkte, in denen rot-grüne Konsense hergestellt werden können, die in der SPD über die Reihen der Linken weit hinausreichen.

Die Frage der Umverteilung

Edelgard Bulmahn: Ich meine: Wenn schon ein deal, dann ein sozial-ökologischer „new deal“. (**Willi Brüggem:** ...kein Dissens!) Indem man einen offenbar derartig zentralen Terminus so oder anders formuliert, setzt man Akzente. Durchaus in diesem Zusammenhang stehen meine Schwierigkeiten mit der Zuordnung der auseinan-

Darin liegt - so paradox es klingt - zugleich auch eine Chance für so ein Reformbündnis.

Eine rot-grüne Kooperation kann nicht im Sinne einer Arbeitsteilung funktionieren, in der die einen für die Ökologie und die anderen für das Soziale zuständig sind. Man muß viel stärker schauen, wo es programmatische Übereinstimmungen gibt und inwieweit diese Übereinstimmungen für eine tragfähige Zusammenarbeit während einer Legislaturperiode ausreichen. Nach den Parteitagen von SPD und Grünen würde ich z.B. davon ausgehen, daß in der Beschäftigungspolitik, in der Arbeitszeitfrage, in der sozialen Grundsicherung u.a. gemeinsame Vorhaben mit Priorität vereinbart werden könnten.

Zu den konkreten Forderungen einer anderen Arbeitszeitverteilung eine Anmerkung: Dies ist für die SPD wirklich ein alter Hut. Dies diskutieren wir schon seit 20 Jahren - auch daß wir in diesem Zusammenhang eine andere Einkommensverteilung wollen.

Kerstin Müller: Dies ist ein Beispiel dafür, daß eine reine Zieldiskussion nicht zum Ziel führt. Die Frage ist, ob man dieses Konzept der Arbeitszeitverkürzung gegen die vorherrschende Standortdebatte hochzieht oder ob man es diesem Diskurs unterordnet. Eine Frage ist dabei z.B. die, wie weit der Lohnausgleich bei den unteren und mittleren Einkommen reicht und ob dafür staatliche Unterstützung vorgesehen ist. In der Frage der Unterstützung durch staatliche Mittel gibt es ja keine sozialdemokratische Position.

Natürlich muß es auch und gerade darum gehen, die Verteilungsmasse insgesamt zu erhöhen. Ich finde, daß die Idee des „new deal“ noch einen ganz anderen Verdienst haben könnte - nämlich den der Vermittlung. Bislang dominierten ja häufig die Forderungskataloge mit ihren Spiegelstrichen. Es wird aber eine große Aufgabe sein, zu zeigen, wie die ökologischen Interessen und die Umverteilungsfragen miteinander zusammenhängen.

Edelgard Bulmahn: In dieser Hinsicht finde ich den Grundgedanken des „new deal“ auch richtig. Allerdings habe ich den Eindruck, daß es in vielerlei Hinsicht für unsere sozialdemokratischen Augen und Ohren nicht viel Neues darstellt. Man muß jedoch selbstkritisch feststellen, daß es uns nicht ausreichend gelungen ist, die Vielzahl von Einzelpunkten zu einer überzeugenden Gesamtidee zusammenzufassen. Dies gilt aber m.E. auch im großen und ganzen für die Grünen.

Sicherlich wird es über den Grad der Umverteilung Auseinandersetzungen geben müssen - nicht so sehr unter uns hier, sondern innerhalb der Parteien, v.a. der SPD. Z.B. die soziale Grundsicherung. Wir haben sie zwar in unserem Parteiprogramm stehen, aber hinsichtlich ihrer Realisierung sind die innerparteilichen Widerstände doch groß. Auch das Ausmaß, in dem man bei den Vermögen abschöpfen oder Öko-Steuern erheben will, ist umstritten. Schließlich die Frage, ob diese Steuern nur für ökologische Zwecke verwandt werden sollen.

Umverteilung darf nicht zu einem reinen Reparaturbetrieb ausarten. Wenn es

darüberhinaus geht, treten allerdings Konflikte mit Kapitalinteressen auf und das werden dann Konfliktlinien sein, die durch die SPD und wohl auch durch die Grünen hindurchgehen. Aber das ist alles noch recht abstrakt - und es würde m.E. vorallem darauf ankommen, die Projekte des sozial-ökologischen Umbaus konkreter zu bestimmen - hinsichtlich ihrer Wirkung in puncto Lebensqualität, hinsichtlich ihres Umverteilungsbedarfes und auch und gerade hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirkungen.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns dann aber auch mit dem Verhältnis von nationalen und internationalen Entwicklungen und Perspektiven auseinandersetzen und Wege und Instrumente finden, mit der Tatsache umzugehen, daß sich Kapitalinteressen zunehmend nationalen Einflüssen entziehen. Hier liegt das zweite große und noch weitgehend unbewältigte Problem einer rot-grünen Reformpolitik.

Hier gibt eine Reihe von Konflikten, wobei ich aber nicht den Eindruck habe, daß sie sich nur anhand der Parteigrenzen festmachen lassen.

Kerstin Müller: Sicherlich dürften im Falle einer rot-grünen Regierungskonstellation auch innerhalb der Grünen Konflikte auftauchen zwischen dem im Regierungsbereich und wohl auch in der Bundestagsfraktion dominierenden Kräften um Fischer u.a. einerseits und den von ihm gefürchteten Mitte-links-Mehrheiten auf Parteitagender andererseits. Diese Parteitagmehrheiten sind nicht identisch mit dem „Babelsberger Kreis“. Dieser Kreis versammelt in sich auch nicht das gesamte radikalreformistische Potential und behauptet das auch gar nicht im Sinne eines Alleinvertretungsanspruches.

Ich möchte aber den Unterschied festhalten, daß sich nämlich die radikalreformistischen Kräfte bei den Grünen in der Situation befinden, strukturell Mehrheiten bilden zu können, während die vergleichbaren Kräfte in der SPD sich doch in einer strukturellen Minderheit befinden - wobei ich „strukturell“ nicht an der einen oder anderen Parteitagentscheidung festmache, sondern am realen Einfluß auf das innerparteiliche Geschehen. Dies gilt auch, obwohl wir sicherlich mit unseren wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen auf dem Parteitag der Grünen in einigen Punkten unterlegen waren. Auf der anderen Seite hat der Parteitag aber umgekehrt jenen kein grünes Licht gegeben,

die letztendlich den Schwenk auf eine grüne Variante der vorherrschenden Standortdiskussion vollziehen wollten.

Aufgaben

der „rot-grünen Linken“

spw: Konfliktlinien quer zu den Parteien: Dies betrifft ja im übrigen nicht nur „Rot-Grün“. Willi hat ja schon darauf hingewiesen, daß das Parteiensystem insgesamt reale gesellschaftliche Konflikte viel weniger zum Ausdruck bringt als dies früher der Fall war. Welche Konsequenzen hat dies für die Beziehungen der radikalreformistischen Kräfte innerhalb der verschiedenen Parteien? Wie schätzt Ihr die Rolle dieser Kräfte in einer rot-grünen Gesamtkonstellation eigentlich ein? Muß man nicht mit der politischen Dominanz des Koalitionsgedankens - „eine Partei koalitiert mit der anderen“ und das ist das wesentliche an der ganzen Konstellation - brechen?

Willi Brüggem: In der Tatsache, daß die gesellschaftlichen Konflikte und Regulationsnotwendigkeiten durch das gegenwärtige Parteiensystem immer unvollständiger abgebildet werden, liegt auch eine Chance für die radikalreformistischen Kräfte sowohl in den Grünen wie bei der SPD. Zunächst geht es darum, die Debatte um ein ökologisch-soziales Reformprojekt über die Grenzen der Parteizirkel hinaus zu tragen, sie mit den Anliegen der gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen zu verknüpfen. Gleichzeitig würde ich mir wünschen, wenn sich in dieser Debatte quer zu den Parteiloyalitäten auch so etwas wie wechselseitige Loyalität von radikalreformistischen Kräften entwickeln könnte. Es geht mir vor diesem Hintergrund zuallererst um eine Loyalität zur Sache bzw. zu sozialen Interessen und darum, daß politische Formierungsprozesse diese Interessen und diese Sache zum Ausdruck bringen.

Dabei sollten wir in der Tat die tiefe Krise des Parteiensystems berücksichtigen, die in anderen Ländern schon zu tiefgreifenden Umbrüchen geführt hat, was auch die Grünen und die SPD nicht unberührt lassen kann. Wir müssen daher auch Diskussionen führen, wie sie in Frankreich unter dem Stichwort des „Big Bang“ [Parole der PS unter Rocard für einen Bruch mit alten Organisationsschemata und einen Neuanfang der Linken als breite Sammlungsbewegung, *Anm. d. Red.*] geführt werden oder wie sie in Italien in der

Formierung der *progressisti* rund um die dortige PDS zum Ausdruck gekommen ist. Diese Diskussion zu führen wäre eine wichtige Zukunftsaufgabe radikalreformistischer Kräfte auch bei den Grünen und in der SPD.

Edelgard Bulmahn: Wenn es um stärkere Verfestigungen im Sinne parteiübergreifender Loyalitäten geht, so scheint mir dies mit der sozialdemokratischen Diskussionskultur unvereinbar zu sein, weil sie keine anderen Loyalitäten jenseits der SPD akzeptiert. D.h. es ist nicht möglich, daß die Zugehörigkeit zur eigenen Organisation geringer geschätzt wird als die auf gemeinsamen Vorstellungen basierende Zusammengehörigkeit mit anderen Kräften außerhalb der Partei. Was allerdings durchaus vorstellbar ist, das sind Konfliktlinien, die aus dem Widerspruch zwischen sozialdemokratischer Programmatik und Regierungshandeln entstehen. Was man machen muß: Man muß die Bereitschaft in beiden Parteiorganisationen für eine möglichst konsequente rot-grüne Reformpolitik einfordern - eine Bereitschaft, die vermutlich auf beiden Seiten inhaltlich größer sein wird, als die Bereitschaft der Regierung und ihrer rot-grünen Teile, so etwas umzusetzen.

spw: Die Frage ist doch, v.a. mit Blick auf die erwähnten Veränderungen in der Struktur des politischen bzw. Parteiensystems, ob diese Form der Loyalität insbesondere gegenüber Großparteien als großen Maschinen der Interessenaggregation noch das Modell politischer Interessenvertretung darstellen kann - und daran konkreter anschließend - ob es nicht die Dynamik einer rot-grünen Konstellation, die hier mehrfach beschworen worden ist, in entscheidender Weise einschränkt.

Edelgard Bulmahn: Richtig ist zweifellos, daß es zu einer stärkeren Ausdifferenzierung von Interessen und politischen Strömungen gekommen ist, worauf die großen Parteien bislang in unzureichendem Maße reagiert haben. Und dies führt natürlich zu den schon genannten Problemen, sich politisch-strategisch angemessen zu verhalten...

Kerstin Müller: Ich muß mit Blick auf die angesprochenen politischen Umgruppierungen doch sagen, daß ich da zu mehr Skepsis neige. Zunächst einmal sehe ich in Deutschland wenig, was vergleichbar mit den Veränderungen des politischen Systems in Italien wäre. Was ich allerdings sehe, ist eine politi-

sche Polarisierung, die v.a. rechtspopulistischen Kräften zugute kommt. Und was ich sehe, ist ein wachsender Teil der Bevölkerung, der sich politisch gar nicht mehr auf das Parteiensystem bezieht und sich z.T. auch überhaupt nicht in den politischen Prozessen artikuliert. Dies ist ein Vorgang, den ich nicht alleine auf die Wahlbereitschaft beziehe, sondern auch und gerade auf den Stand der sozialen Bewegungen und der politischen Arbeit außerhalb von Parteien. Ich sehe nicht, daß es in unserem Spektrum - auch bei den Grünen - Angebote gibt, um das aufzubrechen. Wir reden hier also viel von Reformbündnissen und deren gesellschaftlicher Basis - aber die reale Entwicklung scheint mir doch in eine ganz andere Richtung zu gehen. Worin möglicherweise eine große Chance in puncto „rot-grün“ liegt, das ist das, was Willi am Berliner Beispiel als Politisierung beschrieben hat. Ich

Eine rot-grüne Kooperation kann nicht im Sinne einer Arbeitsteilung funktionieren, in der die einen für die Ökologie und die anderen für das Soziale zuständig sind.

meine, daß eine rot-grüne Regierungskonstellation es auch ermöglichen könnte, daß sich Bevölkerungsteile, die sich z.Zt. politisch ausgegrenzt fühlen, wieder einmischen. Allerdings sehe ich z.Zt. kaum Projekte, an denen sich das wiederum festmachen könnte...

Edelgard Bulmahn: Ich bin der Meinung, daß die Politikmüdigkeit bzw. Politikverdrossenheit vielfach überschätzt wird. Wenn man die 50er und die erste Hälfte der 60er Jahren zum Vergleich heranzieht, so heben sich politisches Engagement, Wahlbeteiligung, Mitgliederzahlen in den Parteien nicht sonderlich von der heutigen Situation ab - übrigens gilt dies auch für den Bereich der Jugendlichen. Natürlich soll das nicht unsere Aufgabe in Abrede stellen, mehr Menschen in politische Prozesse einzubeziehen.

spw: Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre - einer Hochphase von politischer Aktivität - handelte es sich um eine Ausnahmesituation. Einverstanden. Aller-

dings war es eine Ausnahmesituation, die mit einem reformpolitischen Aufbruch einherging. Und umgekehrt gilt doch wohl: Ein neuerlicher reformpolitischer Anlauf ist ausgeschlossen bzw. von vorneherein begrenzt, wenn es nicht erneut zu einer derartigen Ausnahmesituation, also einer Steigerung politischer Aktivität und Beteiligung kommt. Nun würden wir prognostizieren wollen, daß es bei den politischen Abstinenzerscheinungen der heutigen Zeit so oder so nicht bleiben wird, sondern daß sich die Betroffenen wieder politische Artikulationsformen suchen werden. Zum Glück war es in den 60er Jahren so - abgesehen von einem kurzfristigen Aufschwung der NPD -, daß diese Artikulationsformen in eine reformpolitisch-progressive Richtung gingen. Genau dies ist aber mit Blick auf die 90er Jahre absolut nicht gewährleistet. Dies ist das Beängstigende - nicht die abgesunkene Wahlbeteiligung an und für sich.

Willi Brüggem: Die sozialen Bewegungen der 70er und frühen 80er Jahre bewegten sich doch vor einem vergleichsweise komfortablen materiellen Hintergrund. Da fiel es leicht, sich vor allem auf qualitative Dinge zu konzentrieren. Was jetzt hinzugetreten ist, ist die Gefahr der Verarmung, von der sich Jugendliche, Studenten und „Jungakademiker“ bedroht fühlen. Deshalb wird es in Zukunft darauf ankommen, die qualitativen Anliegen mit quantitativen Verteilungsansprüchen zu verbinden. Vielleicht entsteht hier ein neuer Typus sozialer Bewegungen. Erste Ansätze gibt es bereits. In den Großstädten sind das die Arbeits- und Obdachlosenverbände, die stadtteilbezogenen Initiativen von Sozialhilfeempfängern, ausländischen Jugendlichen etc. Auch die immer häufiger aufbrechenden regionalen Kämpfe um die Erhaltung örtlicher Arbeitsplätze sind hier zu nennen.

In Frankreich scheint diese Entwicklung schon weiter zu sein. Die in den jüngsten Jugendprotesten zum Ausdruck kommende Verknüpfung von qualitativen Anforderungen - etwa an das Bildungssystem - mit der Problematik von Armut und Arbeitslosigkeit ist ein wichtiges Beispiel. Vielleicht entsteht auf diesem Weg die Basis für ein neues rot-grünes Reformprojekt, das zugleich über sich selbst hinausweist.

Eine gesellschaftliche Basis für Rot-Grün?

Einige Beobachtungen zum Verhältnis der Wählerpotentiale von SPD und B'90/Die Grünen

von Peter von Oertzen*

Die nachfolgende vergleichende Analyse des roten und des grünen Wählerpotentials greift lediglich einige wenige Aspekte des sehr komplexen Problems heraus; mehr war in dem begrenzten Rahmen dieses kurzen Aufsatzes nicht möglich. Sie stützt sich im wesentlichen auf eine empirische Untersuchung, die im Sommer 1991 von einer Projektgruppe der Uni Hannover durchgeführt wurde (näheres über das Projekt in von Oertzen 1992, Vester 1993, Vester u.a. 1993). Allerdings erstreckte sich die Untersuchung nur auf die alten Bundesländer. Jedoch gibt es seit kurzem eine Studie über das Wählerpotential von B'90/Die Grünen, die auch die neuen Bundesländer mit umfaßt (Schmitt-Beck 1993). Die zugrundeliegenden Umfragen stammen aus dem Jahr 1992. Die Ergebnisse sind z.T. mit den hannoverschen gut vergleichbar, so daß die Aussagen über Ostdeutschland übernommen werden können.

Was den Begriff des „Wählerpotentials“ anbelangt, so werden damit jene Befragten erfaßt, die auf einer Rangskala die jeweilige Partei auf Platz 1 (bzw. 2 oder 3) setzen. D.h. der Begriff drückt eine Grundsympathie für eine bestimmte Partei aus (Schmitt-Beck verwendet im größeren Teil seiner Studie ein vergleichbares Verfahren).

Die Kategorie „Wählerpotential“ deutet jedoch nur eine Möglichkeit, eben ein „Potential“ an, nicht aber eine sicher voraussehbare tatsächliche Stimmabgabe, weil

- „Stimmungen keine Stimmen“ sind, d.h. situationsgebundene pragmatische politische Erwägungen gegenüber bloßer Sympathie für eine Partei bei einer Wahl den Vorzug erhalten können;
- viele BürgerInnen mit eindeutiger Sympathie für eine bestimmte Partei

nichtsdestoweniger aus den verschiedensten Gründen nicht zur Wahl gehen. Von den Befragten der hannoverschen Untersuchung 1991 gaben rd. 95% ihre Parteipräferenz an, bei der Bundestagswahl 1990 gingen aber nur 78% der Bevölkerung zur Wahl.

Vor allem bei jüngeren Wählern ist diese Differenz wegen ihrer relativ niedrigeren Wahlbeteiligung besonders groß, was besonders zu Lasten der Grünen geht, deren Sympathieanteil bei den jüngeren Jahrgängen extrem hoch ist.

Aufgliederung der Wählerpotentiale

Im folgenden vergleiche ich die parteipolitischen Erstpräferenzen in den genannten Untersuchungen von 1991 und von 1992 (Schmitt-Beck 1993, S. 28), die letztere nach West- und Ostdeutschland getrennt. (Die Prozentzahlen werden hier wie auch in den folgenden Tabellen auf- bzw. abgerundet. Da Schmitt-Beck nur das Wählerpotential von Grünen und SPD analysiert, faßt er die Potentiale aller anderen Parteien als „Sonstige“ zusammen).

Tabelle 1: Parteipolitische Erstpräferenzen

	1991	1992 West	1992 Ost
Grüne	8,5	12	12
SPD	48,0	41	44
CDU/CSU	37,0		
FDP (Sonst.)	6,5	47	44
PDS	--		

Die Differenzen zwischen 1991 und 1992 spiegeln im wesentlichen unterschiedliche Stimmungslagen wider; außerdem drücken die Zahlen von 1992

den Jahresdurchschnitt aus, während die von 1991 eine Momentaufnahme aus dem Sommer sind. Die Politbarometerzahlen vom Juni 1991 entsprechen ziemlich genau den hannoverschen Ergebnissen. In dieser Zeit erreichte die SPD vorübergehend ein außerordentliches Stimmungshoch, während die Grünen relativ niedrig rangierten. Im Laufe des Jahres 1992 gingen die Präferenzen für die SPD zurück, während die für die Grünen anstiegen (Schmitt-Beck 1993, S. 7).

Bemerkenswert ist, daß die Differenz zwischen West- und Ost-Deutschland verhältnismäßig gering ist - jedenfalls was die Potentiale von B'90/Die Grünen und SPD anbelangt. Der entscheidende Unterschied liegt in dem Vorhandensein der PDS im Osten, das rein zahlenmäßig seit zwei Jahren vor allem zu Lasten der CDU geht. Dem entspricht eine stärkere „Links“-Orientierung der ostdeutschen Wählerschaft, wobei B'90/Die Grünen im Westen wie im Osten eindeutig als Partei der „Linken“ eingeschätzt werden; aber auch die SPD-Sympathisanten verorten ihre Partei im Osten eindeutiger „links“ als im Westen (Schmitt-Beck 1993, S. 50).

Dieses erste Bild der Potentiale wird plastischer, wenn wir die Zweitpräferenzen mit einbeziehen, d.h. diejenigen Befragten zu Gruppen zusammenfassen, die zwei Parteien jeweils auf Platz 1 oder 2 setzen. Diese „Kombinationspräferenzen“ ergeben für Westdeutschland vier etwa gleichstarke große und zwei kleine Gruppen (siehe Tabelle 2).

Diese „Wahlverwandtschaften“ lassen sich als Ausdruck einer differenzierten „Lagerstruktur“ verstehen: Danach gäbe es ein rot-grünes, ein sozialliberales, ein traditionell konservativ-soziales und ein „bürgerliches“ Lager von jeweils etwa gleicher Größe, sowie zwei kleinere Gruppen lagerübergreifender Sympathie.

Tabelle 2: Parteipolitische Kombinationspräferenzen

SPD - Grüne	21%
SPD - FDP	21%
SPD - CDU/CSU	29%
CDU/CSU - FDP	24%
CDU/CSU - Grüne	2,5%
FDP - Grüne	2,5%

Wenn wir diese Lagerstruktur auf die Anhängerschaft der einzelnen Parteien projizieren, ergibt sich ein höchst aufschlußreiches Bild: Auf die Erstpräferenzen der vier Parteien entfallen jeweils folgende Prozentanteile an Zweitpräferenzen:

Das heißt: am größten sind Vielfalt und Spannweite der Lager in der SPD-

Tabelle 3: Parteipolitische Zweitpräferenzen in Abhängigkeit von der Erstpräferenz

SPD:	CDU/CSU	32	FDP	38	Grüne	30
CDU/CSU:	SPD	35	FDP	57	Grüne	8
FDP:	SPD	48	CDU/CSU	42	Grüne	10
Grüne:	SPD	80	CDU	0	FDP	20

Anhängerschaft; die FDP ist zwischen sozialliberalem und „bürgerlichem“ Lager geteilt; bei der Union gibt es ein klares Übergewicht des „bürgerlichen“ Lagers mit einer starken Minderheit konservativ-sozialer Orientierung; Die Grünen schließlich sind von einer fast erdrückenden Einheitlichkeit, befinden sich allerdings auch in einer annähernd symbiotisch engen Beziehung zur SPD bzw. zu deren rot-grünem Drittel.

In dem letzten Punkt stimmen die Ergebnisse von 1991 und 1992 für Westdeutschland fast exakt überein 80 (73)% der Befragten mit Erstpräferenz für B'90/Die Grünen haben die Zweitpräferenz SPD; 81 (83)% derjenigen, die ihre Zweitpräferenz B'90/Die Grünen geben, haben die Erstpräferenz SPD. Die Kombinationspräferenz SPD - B'90/Die Grünen umfaßt 25%. In Ostdeutschland hingegen verändert vor allem die Existenz der PDS das Bild: Die Kombinationspräferenz SPD - B'90/Die Grünen umfaßt hier nur 19%, die Kombinationspräferenz PDS - B'90/

Die Grünen hingegen 4,5% (Schmitt-Beck 1993, S. 10).

Unter Berücksichtigung der schon erwähnten unterschiedlichen Stimmungslagen 1991 und 1992 und der qualitativen Besonderheiten im Osten (PDS) ergeben beide Untersuchungen im wesentlichen übereinstimmende Ergebnisse.

Sozialstruktur der Wählerpotentiale

- **Erstpräferenz SPD:** Die Verteilung der Geschlechter liegt im Bevölkerungsdurchschnitt (53% F, 47% M). Die ganz Jungen unter 25 und die ganz Alten über 65 sind unterdurchschnittlich vertreten, das Schwergewicht liegt bei den mittleren Jahrgängen (35-50 Jahre). Der soziale Status ist ein wenig niedriger als im Durchschnitt der Bevölkerung: Volks- bzw. Hauptschüler und Arbeiter - insbesondere Facharbeiter - sind überrepräsentiert. Charakteristisch ist je-

doch die soziale Herkunft des SPD-Potentials: Mehr als 80% der Väter waren Volks- bzw. Hauptschüler, über 60% Arbeiter.

- **Erstpräferenz B'90/Die Grünen:** Hauptkennzeichen sind die extreme Jugendlichkeit und das Übergewicht der Frauen. Nach der Untersuchung von 1991 (die allerdings auch die 14- bis 18-Jährigen mit befragte) sind 88% des grünen Potentials unter 40 Jahren, das Verhältnis Frauen zu Männern beträgt 58:42. Ein wenig komplizierter ist die soziale Verortung des Potentials von B'90/Die Grünen, da es einen hohen Anteil von Schülern, Auszubildenden und Studenten enthält (37%), deren endgültiger sozialer Status z.T. noch nicht feststellbar ist. Eindeutig ist jedoch, daß der Anteil der Hauptschüler und der Arbeiter weit unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt, der Anteil der Realschüler und Abiturienten sowie der Angestellten (nicht so sehr der Beamten) weit darüber. Da das Potential von B'90/Die Grünen aber zu mehr als 90%

unter 45 Jahren alt ist und in dieser Altersgruppe Bildungsniveau und sozialer Status deutlich höher sind als in der Gesamtheit, verringert sich der Abstand zum Bevölkerungsdurchschnitt wieder. Eine „Akademikerpartei“ (wie es Ralf Dahrendorf noch vor einiger Zeit behauptete, Die Zeit 27.3.1992) sind die Grünen jedenfalls nicht. Zwei Drittel sind keine Akademiker; der Anteil der freien Berufe, der gehobenen und höheren Beamten und der leitenden Angestellten liegt lediglich bei 25-30%. Das Wählerpotential von B'90/Die Grünen besteht überwiegend aus schulisch und beruflich überdurchschnittlich gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der mittleren Lagen. Interessanter und aufschlußreicher als der pauschale Vergleich zwischen den Potentials von B'90/Die Grünen und SPD ist jedoch die Analyse der verschiedenen „Lager“ innerhalb des SPD-Potentials:

- **Kombinationspräferenzen B'90/Die Grünen und SPD:** Die Grün-Roten (Erstpräferenz B'90/Die Grünen) sind extrem jung: 94% unter 45 Jahren; aber auch die Rot-Grünen (Erstpräferenz SPD) sind es: 80% unter 45. Deutlich ist die Differenz der Schulbildung: 25% Hauptschüler und 36% Abiturienten bei Grün-Rot, 47% und 20% bei Rot-Grün. Die Differenz nach Stellung im Beruf ist weniger ausgeprägt: Zwar gibt es bei Grün-Rot weniger Arbeiter (27% zu 35%) und mehr Selbständige (8% zu 3%) als bei Rot-Grün; aber die Anteile der unteren Angestellten (21%) und der gehobenen und leitenden Angestellten und Beamten (37%) sind identisch. Die soziale Herkunft differiert wieder stärker: Bei Grün-Rot sind unter den Vätern erheblich weniger Volks-/Hauptschüler und Arbeiter und erheblich mehr Realschüler/Abiturienten bzw. Angestellte und Beamte als bei Rot-Grün. Das rot-grüne Potential besteht offenbar in einem deutlich größeren Umfang als das grün-rote aus sozialen Aufsteigern der ersten Generation.

- **Kombinationspräferenzen von SPD und CDU:** Die deutlichste Differenz zwischen Rot-Schwarz und Schwarz-Rot zeigt sich in der Konfession: Das Verhältnis von Protestanten zu Katholiken ist 56:36 bzw. 31:65. Beide Gruppen sind erheblich älter als der Bevölkerungsdurchschnitt: er weist 50% unter 45 Jahren aus, bei Rot-Schwarz sind es 43%, bei Schwarz-Rot

sogar nur 33%. Der soziale Status der schwarz-roten Gruppe ist etwas höher, wengleich er auch nur eben im Bevölkerungsdurchschnitt liegt. Im Verhältnis zu Rot-Schwarz gibt es mehr Schulabsolventen mit mittlerem Abschluß und weniger Volksschüler, mehr mittlere Angestellte und Selbständige und weniger Arbeiter. Die soziale Herkunft beider Gruppen ist sehr ähnlich, auch wenn in der schwarz-roten Gruppe sich unter den Vätern weniger Arbeiter und mehr Beamte und Selbständige (vor allem Landwirte) finden als in der rot-schwarzen.

● **Kombinationspräferenzen von SPD und FDP.** Im Unterschied zu den Kombinationspräferenzen von SPD und Union differieren hier die beiden Gruppen erheblich. Das gelb-rote Potential ist sehr viel kleiner (3% der Gesamtheit), ist erheblich jünger (56% unter 45 Jahren) und hat nach sozialem Status und sozialer Herkunft einen ausgeprägten „Mittelschichten“charakter. Das rot-gelbe Potential hingegen ähnelt sehr weitgehend dem rot-schwarzen. Die Altersstruktur ist identisch. Im sozialen Status und in der sozialen Herkunft ist der Anteil der „Mittelschichten“ etwas größer: ein wenig mehr höhere Schulabschlüsse sowie Angestellte und Beamte, etwas weniger Volks-/Hauptschüler und Arbeiter.

● **Zusammenfassende Charakterisierung:** Vereinfacht läßt sich sagen, daß von der sozialen Struktur her ungeachtet kleinerer Differenzen beträchtliche Ähnlichkeiten zwischen dem grün-roten und dem rot-grünen Potential auf der einen Seite und dem rot-gelben, dem rot-schwarzen und dem schwarz-roten auf der anderen Seite bestehen. Oder scharf zugespitzt: Die SPD-Anhänger mit grüner Zweitpräferenz stehen (sozial) den B'90/Die Grünen-Anhängern näher als den SPD-Anhängern mit FDP- oder CDU/CSU Zweitpräferenzen. Und diese wiederum stehen den Unionsanhänger mit SPD-Zweitpräferenz (von der Konfession einmal abgesehen) näher als den SPD-Anhängern mit grüner Zweitpräferenz. Die sozialliberalen FDP-Anhänger bilden eine Sondergruppe, die in gewisser Hinsicht den FDP- und Unions-Anhängern mit grüner Zweitpräferenz (die hier nicht untersucht werden konnten) zugeordnet werden könnte.

● **Sonderproblem Ostdeutschland:** Soweit sich die Ergebnisse der Studien von Schmitt-Beck (a.a.O., S. 28f.) mit

denen der hannoverschen Untersuchung vergleichen lassen, scheinen sie mir für die alte BRD im wesentlichen übereinzustimmen. Für Ostdeutschland erschwert die aus der alten DDR herstammende besondere Sozialstruktur der neuen Bundesländer die Einordnung der Ergebnisse (Becker/Becker/Ruhland 1992, Vester 1993). Insbesondere das alte Schulsystem des Ostens und das des Westens sowie die jeweiligen gesellschaftliche Bedeutsamkeit ihrer Abschlüsse sind nicht einfach aufeinander zu beziehen. Unstreitig ist, daß der Arbeiteranteil an der Bevölkerung im

SINUS-Milieus (hierzu Becker/Bekker/Ruhland 1992, von Oertzen 1992, Vester 1993): Die SINUS-Milieus sind strukturierte gesellschaftliche Großgruppen von weitgehend übereinstimmender Einstellung zu Lebenszielen und Lebensstilen, die über eine Statement-Batterie erhoben wird. Über diese lebensweltliche Charakterisierung der Milieus hinaus ergibt die Analyse nach Bildung, Stellung im Beruf und Einkommen jedoch auch eine ziemlich klare gesellschaftliche Verortung. Sieben der neun SINUS-Milieus tragen daher auch Bezeichnungen, die auf die gesell-

Tabelle 4: Die Sozialmilieus der pluralisierten Klassengesellschaft (nach Vester 1993; Anordnung der SINUS-Lebensstil-Milieus für Westdeutschland nach Bourdieus Konzept des sozialen Raums und des Habitus der Klassenfraktionen. Die Prozentzahlen markieren die Veränderung von 1982-1992.)

Habitus	modernisiert (14% → 20%)	teilmodernisiert (38% → 45%)	traditionell (46% → 35%)
Oberklassen-Habitus (22% → 19%)	ALT Alternatives Milieu (4% → 2%)	TEC Technokratisch-liberales Milieu (9% → 9%)	KON Konservativ-gehobenes Milieu (9% → 8%)
Mittelklassen-Habitus (58% → 59%)	HED Hedonistisches Milieu (10% → 13%)	AUF Aufstiegsorientiertes Milieu (20% → 24%)	KLB Kleinbürgerliches Milieu (28% → 22%)
Arbeiter-Habitus (18% → 22%)	NAM Neues Arbeitermilieu (0% → 5%)	TLO Traditionsloses Arbeitermilieu (9% → 12%)	TRA Traditionelles Arbeitermilieu (9% → 5%)

Osten höher ist als im Westen, und daß sich dieser Anteil gleichmäßiger auf die Wählerpotentiale der Parteien verteilt. Eine Besonderheit ist die soziale Basis der PDS (Neu 1994). Unter PDS-Anhängern ist der Prozentsatz der Arbeiter geringer und der gehobenen/höheren Angestellten/Beamten sowie der höheren Schulabschlüsse erheblich größer als im Bevölkerungsdurchschnitt.

Gesellschaftlich-politische Einstellungen und Arbeitnehmerorientierung

Da der begrenzte Rahmen dieses Aufsatzes eine umfassende Darstellung und Analyse verbietet, ich mich auf Stichworte zu drei Problembereichen.

schaftliche Schicht- oder Klassenstruktur verweisen. Die folgende Darstellung (nach Vester 1993) macht die gesellschaftliche Position der Milieus deutlich.

Politikstil-Typen: Die hannoversche Erhebung vom Sommer 1991 und ihre Auswertung haben sieben Typen der politischen Grundeinstellung (Politikstile) ergeben, die sich in vier etwa gleichgroße politische Lager zusammenfassen lassen. Ihre gesellschaftliche Verortung, ihre Beziehungen zu den SINUS-Milieus und ihre parteipolitische Orientierung sind in Tabelle 5 dargestellt.

Arbeitnehmerorientierung: In der hannoverschen Untersuchung sind - an getrennten Stellen des Fragebogens, also unabhängig voneinander wahrzunehmen - den Befragten zwei Statements zur Stellungnahme vorgelegt worden, die zentrale Arbeitnehmer-

Tabelle 5: Typen gesellschaftspolitischer Einstellung ("Politikstile") (Die Tabelle ist zusammengestellt aus den Tabellen 2 und 4 bei Vester 1993. Prozentanteile sind auf- oder abgerundet.)

Ideologische Lager	Kritisch-Engagierte 24%		Desillusionierte 25%	Zufriedene 24%		Deklassierte 27%	
	Sozial-Integrative 13%	Radikal-demokraten 11%	Skeptisch-Distanzierte 18%	Gemäßigt-Konservative 17%	Traditionell-Konservative 14%	Enttäuscht-Apathische 13%	Enttäuscht-Aggressive 14%
Soziale Lage und Gesellung	moderne Berufe in mittleren Lagen; häufiger Aufstieg aus Facharbeitermilieu usw.; jung, gesellig	moderne Berufe in höheren Lagen; häufig Herkunft aus dem Bildungsbürgertum usw.; jung, gesellig	Facharbeiter u. mittlere Angestellte; häufiger Aufstieg aus Arbeitermilieu usw.; jung, begrenzte Geselligkeit; Unsicherheit in der Konkurrenzgesellschaft	viele Facharbeiter u. mittlere Angestellte u. Beamte; Herkunft aus Bauern-, Arbeiter- und mittleren Milieus; kein Altersschwerpunkt; rege konventionelle Geselligkeit	höhere Angestellte u. Beamte, Selbständige; v.a. mittelständische Herkunft; älter; konventionell-distanzierte Gesellungsformen	häufig einfache Arbeiter, Angestellte und Nichterwerbstätige; Herkunft v.a. aus Arbeitermilieu; sehr häufig Rentner u. Alleinlebende; Gesellung konventionell, familienreduziert	häufig einfache Selbständige, Arbeiter und Angestellte; Herkunft v.a. aus Arbeiter- und Bauernmilieu; häufig Rentner u. Ältere, oft alleinlebend; Gesellung konventionell, familien- und gruppenreduziert
Häufiger Lebensstiltypus (SINUS-Milieus)	"Hedonisten" "Neue Arbeitnehmer" "Technokratisch-liberale" "Alternative" "Aufstiegsorientierte"	"Technokratisch-liberale" "Alternative" "Neue Arbeitnehmer" "Hedonisten" "Konservativ-gehobene"	"Hedonisten" "Traditionslose Arbeiter" "Technokratisch-liberale" ("Alternative")	"Aufstiegsorientierte" "Kleinbürgerliche" ("Traditionelle Arbeiter")	"Konservativ-gehobene" "Kleinbürgerliche"	"Kleinbürgerliche" "Traditionelle Arbeiter" "Traditionslose Arbeiter"	"Kleinbürgerliche" "Aufstiegsorientierte" "Traditionelle Arbeiter" "Traditionslose Arbeiter"
Integrationsradius	Frauen, Ausländer, Arbeitnehmer, sozial Schwache	Frauen, Ausländer; geringe Wahrnehmung von Arbeitnehmern und sozial Schwachen	indifferent bis skeptisch gegenüber mehr Rechten für Frauen, Ausländer und sozial Schwache, aber nicht feindselig	für Ausländerrechte, aber wohlstandschauvinistisch; bei Frauen Vorbehalte; für Leistungshierarchie, aber Sicherung von Arbeitnehmern und sozial Schwachen	gegen ausgeprägte Ausländer- und Arbeitnehmerrechte; geringe Wahrnehmung von Frauen und sozial Schwachen; für Leistungshierarchie, Vorbehalte gegen Gewerkschaften	stark gegen vermehrte Rechte für Frauen und v.a. Ausländer; Ungleichheit als Schicksal; arbeitnehmerorientiert	stark gegen vermehrte Rechte für Ausländer; für Leistungs-hierarchie; Ungleichheit als Schicksal
Partei-politik und Engagement	sehr enttäuscht; aktiv in unkonventionellen Politikformen; viele Gewerkschaftsmitglieder	kritisch in Parteien und unkonventionellen Politikformen aktiv	in Teilgruppen enttäuscht; aktiv in unkonventionellen Formen; gewerkschaftlich aktiv	Vertrauen zur Partei-politik; gegen unkonventionelle Formen; politisch eher passiv; leicht überdurchschnittliche Gewerkschaftsmitgliedschaft	Vertrauen zur Partei-politik; gegen unkonventionelle Formen; politisch interessiert	sehr enttäuscht, gegen unkonventionelle Politikformen; häufige Gewerkschaftsmitgliedschaft, aber inaktiv und fatalistisch	sehr enttäuscht; Sympathie für unkonventionelle Politik- und aggressive Konfliktformen
überdurchschnittliche Partei-sympathien	SPD GRÜNE	SPD GRÜNE FDP	SPD REP	CDU/CSU	CDU/CSU FDP	SPD REP	REP
durchschnittliche Partei-sympathien	FDP		CDU/CSU FDP	SPD	REP		CDU/CSU SPD
unterdurchschnittliche Partei-sympathien	CDU/CSU REP	CDU/CSU REP	GRÜNE	FDP GRÜNE REP	SPD GRÜNE	CDU/CSU FDP GRÜNE	FDP GRÜNE

Basis: n = 2684 (Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik Deutschland [West] und Berlin [West]; Adressen-Random in 210 Sample Points; Erhebungszeitraum 4.6.-24.7.1991) Forschungsgruppe "Sozialstrukturwandel", Universität Hannover

probleme betreffen: Das eine fordert ein größeres „Mitspracherecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft“, das andere ein „sehr viel größeres“ „Mitspracherecht der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz“. Die Zustimmung zur Mitsprache der Gewerkschaften beträgt rd. 50%, die Zustimmung zur Mitsprache am Arbeitsplatz liegt - wie zu erwarten - sehr viel höher: bei 70%. Diese Stellungnahmen wurden miteinander, mit dem Alter der Befragten, mit den SINUS-Milieus, den Politikstiltypen und den parteipolitischen Orientierungen, sowie mit den Antworten auf weitere gesellschaftspolitische Statements und mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft in Beziehung gesetzt (kreuztabelliert). Dabei ergaben sich grob zusammengefaßt folgende Ergebnisse:

- 42,5% der Befragten bejahen beide Formen der Mitsprache, 23% lehnen beide Formen ab. 27% sind für mehr Mitsprache am Arbeitsplatz, aber gegen mehr Mitsprache der Gewerkschaften; 7,5% nahmen die umgekehrte Haltung ein. Die beiden vermittelnden Aussagen verteilen sich ziemlich gleichmäßig über alle Gruppierungen. Die uneingeschränkte Zustimmung ebenso wie die uneingeschränkte Ablehnung zeigen jedoch in den einzelnen Gruppierungen signifikante Abweichungen vom Durchschnitt.

- Beide Formen weisen einen starken Zusammenhang mit sonstigen die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, die Unternehmer und die Wirtschaft allgemein betreffenden Statements sowie mit Gewerkschaftsmitgliedschaft und gewerkschaftlicher Aktivität auf. Zustimmung zur und Ablehnung der Mitsprache können also als wichtige Indizes für eine positive oder negative gesellschaftspolitische Einstellung gegenüber einer stärkeren Arbeitnehmerorientierung der Politik betrachtet werden.

- Unter „Arbeitnehmerorientierung“ ist dabei eine gesellschaftlich-politische Grundhaltung zu verstehen, die davon ausgeht, daß die Arbeitnehmer sich gegenüber Arbeitgebern/Unternehmern in einer gesellschaftlich unterlegenen Position befinden, die diesen Umständen kritisiert und durch gewerkschaftliche und politische Aktivität geändert sehen möchte. Andere gesellschaftlich-politische Grundhaltungen wären solche, die eine gesellschaftlich unterlegene Position der Arbeitnehmer nicht erkennen können oder sie zwar sehen, aber für angemessen halten.

- Je jünger die Befragten sind, desto größer ist die Zustimmung zu arbeitnehmerfreundlichen oder progewerkschaftlichen Statements, sowie zu solchen Statements, die eine kritische Haltung gegenüber der herrschenden Wirtschaftsordnung zum Ausdruck bringen.

Wenn wir uns die Stärke der positiven Arbeitnehmerorientierung in den verschiedenen Wählerpotentialen, Politikstil-Typen oder SINUS-Milieus vergegenwärtigen, kommen wir zu folgenden Ergebnissen:

- Wählerpotentiale: Gleichstark und überdurchschnittlich ist die Zustimmung zur Arbeitnehmer-Mitsprache bei SPD und Grünen, wobei die letzteren die Mitsprache am Arbeitsplatz noch etwas stärker betonen. Die Ablehnung ist am deutlichsten bei der CDU/CSU, etwas weniger ausgeprägt bei der FDP.

- Kombinationspotentiale: Am stärksten ist die Zustimmung beim rot-grünen Potential, ein wenig schwächer und mehr auf die Mitsprache am Arbeitsplatz orientiert beim grün-roten. Nicht so stark ausgeprägt, aber dennoch erheblich über dem Durchschnitt ist die Zustimmung zur Arbeitnehmer-Mitsprache beim rot-gelben und beim rot-schwarzen Potential. In dieser Arbeitnehmerorientierung liegt eine entscheidende Differenz zum schwarz-roten Potential, das zwar - wie wir gesehen haben - sozialstrukturell benachbart ist, jedoch nur eine unterdurchschnittliche Arbeitnehmerorientierung aufweist.

- Unter den Politikstil-Typen (vgl. Tabelle 5) ist die Arbeitnehmerorientierung einsichtigerweise am stärksten bei den „Sozialintegrativen“ vertreten, am schwächsten bei den „Traditionell Konservativen“, überdurchschnittlich stark aber auch bei den „Enttäuschten Apathischen“ - mit großer Distanz zu den Gewerkschaften, aber starker Betonung der Mitsprache am Arbeitsplatz.

- Bei den SINUS-Milieus (vgl. Tabelle 4) ist die Arbeitnehmerorientierung bei den drei Arbeiter- bzw. Arbeitermilieus verständlicherweise am ausgeprägtesten. An der Spitze steht dabei das „traditionelle Arbeitermilieu“, das in anderen gesellschaftspolitischen Fragen freilich eher konservativ tendiert (z.B. ist in diesem Milieu die Ablehnung eines Ausländerwahlrechts mit Abstand am stärksten, ganz im Gegensatz zu den beiden anderen Arbeiter- bzw. Arbeitermilieus, in denen es überdurchschnittlich bejaht wird).

Ein Vergleich mit den Ergebnissen von Schmitt-Beck ist bei diesen Fragen nicht möglich und daher auch kein Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland. Jedoch finden sich bei Schmitt-Beck (a.a.O., S. 50-53) Angaben über die Selbsteinschätzung der Befragten als „links“, „Mitte“, „rechts“, sowie über ihre Einordnung auf der Skala „postmaterialistisch“ - „materialistisch“. Die solcherart gewonnenen Ergebnisse scheinen mit den hannoverschen kompatibel zu sein. In Bezug auf die ehemalige DDR ergibt sich danach, daß dort die „linke“ Orientierung stärker, die „postmaterialistische“ aber schwächer ist als in der alten BRD. Die Verteilung auf die politischen Potentiale ist aber in beiden Teilen Deutschlands ähnlich.

Abschließende Thesen

- Das Potential von B'90/Die Grünen wird von jüngeren höher qualifizierten Arbeitnehmern mit starker gesellschaftspolitischer Arbeitnehmerorientierung dominiert.

- Das SPD-Potential hat sozialstrukturell eine sehr große Spannweite. Das jüngere grün orientierte Drittel steht den Anhängern von B'90/ Die Grünen näher als den anderen beiden SPD-Dritteln.

- In der gesellschaftspolitischen Einstellung bildet jedoch die Arbeitnehmerorientierung - ungeachtet sonstiger Differenzen - ein starkes Bindeglied zwischen den verschiedenen Lagern innerhalb der SPD-Anhängerschaft.

- Von allen wirksamen Faktoren differenziert diese Arbeitnehmerorientierung das SPD-Potential am stärksten vom Unions- und vom FDP-Potential.

- Die stärkste Konzentration gesellschaftskritischer und arbeitnehmerorientierter Einstellungen findet sich im Kombinationspotential von SPD und B'90/Die Grünen.

- Die jüngeren Jahrgangsgruppen bzw. Generationen neigen ganz allgemein stärker zu „linken“, „grünen“, „arbeitnehmerorientierten“ Einstellungen. Die Frage, in welchem Grade lebensgeschichtliche und/oder generationenspezifische Faktoren dabei eine Rolle spielen, muß offen bleiben.

- Es gibt eine spezifisch ausgeprägte gesellschaftliche Basis für Rot-Grün, und sie ist zu beschreiben als jung, überdurchschnittlich qualifiziert, gesellschaftskritisch, arbeitnehmerorientiert, links.

Hegemoniale Kompromißbereitschaft

Zu den bisherigen Erfahrungen mit rot-grünen Koalitionen

von Michael Jäger*

Was war weiterführend an bisherigen rot-grünen Koalitionen? Ich stelle die Frage in der Annahme, daß es bisher natürlich noch keine Situation gab, in der die ökologischen, sozialistischen, sozialen, sozialökologischen Kräfte in Grünen und SPD eine Chance zu entscheidenden Umgestaltungen, in der sie also reale „Macht“ gehabt hätten. Das kann nicht das Kriterium eines Vergleichs oder das Maß einer Kritik sein. Die Frage ist vielmehr, wieweit das Eingehen rot-grüner Koalitionen die Hegemonie für sozialökologische Lösungswege vorangebracht, also an den Punkt realer Macht wenigstens näher herangeführt hat.

Bremen und Niedersachsen: kein Modell

Bremen sei als Modell einer Ampelkoalition hier nur am Rande beurteilt. Aus der Bremer Koalition resultiert die „realistische“ Wende eines Ralf Fücks, der in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit für die Einsicht wirbt, daß auch Ökologen sich vor Sachzwängen beugen müßten, die von leeren Staatskassen ausgingen. Hier ist nicht einmal die erste Bedingung erfüllt, die man rot-grünen Koalitionen stellen muß, näm-

lich daß sie die fundamentalen Konfliktlinien sichtbar werden läßt. Es entsteht der Eindruck, als hätte nun auch Fücks etwas gelernt, was Bremer Bürgermeister wußten, bevor es Grüne gab. Die Ökologie, auf die Waage der Bilanzlogik des Staates gelegt, wird zu leicht gefunden. Umgekehrt wird ein Schuh d'raus: Wem es auch ohne Koalition gelänge, Scharping das Argument unmöglich zu machen, erst müsse die Regierung übernommen und „Kassensturz“ gemacht werden, bevor ernstgemeinte Vorhaben sich äußern ließen, der hätte für die Hegemoniegewinnung etwas getan.

Die Koalition in Niedersachsen war voller Konflikte, brachte aber auch nicht mehr als die Bremer Koalition. Jener Beschluß, in dem die Partner feststellten, sie seien einig über ihre Uneinigkeit, sagte alles. Dieser Koalition kann man nicht absprechen, daß sie wesentliche Probleme sichtbar machte, etwa die Mercedesteststrecke oder die Arbeitsplätze in der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie. Aber wie verhielt sie sich zu ihnen? Man sah einen Ministerpräsidenten, der die Ökologie in jedem Zweifelsfall über Bord warf, und grüne Minister, die laut protestierten und keinen Zweifel ließen, daß ihr Protest die Koalitionsfrage nicht berühre. Beide Seiten konnten nicht verbergen, wie eiskalt sie mit den Konflikten umgingen. Politiker im Rollenspiel. Da bringt man dem Publikum bei, was es schon weiß: daß die Partei mit Arbeitertradition eine andere Rolle spielt als

die Ökologenpartei. Die einen sagen, der Arbeitsplatz des Holzfällers sei wichtiger als der Baum, die ändern, der Baum sei wichtiger als der Arbeitsplatz des Holzfällers. Beide fügen noch hinzu, daß es gar nicht widersprüchlich sei, den Baum sowohl zu fällen als auch stehen zu lassen. Letzteres kann jedenfalls in den Koalitionsvertrag geschrieben werden...

Daß die Mercedesteststrecke, die sich im CDU-Land Baden-Württemberg nicht durchsetzen ließ, in Niedersachsen ohne rot-grünen Koalitionsbruch gebaut werden konnte, bleibt unbegreiflich. Gewiß soll es ein paar kleinere ökologische Gegenleistungen gegeben haben, aber das war der Tausch von zwei Schritten vor gegen zehn zurück. Das war nicht einmal „Paketlogik“ - was hätte Schröder nach der Paketlogik zurückgeben müssen, um die freiwillige Steigerung des Autowahns aufzuwiegen!

Bezeichnend auch, wie die Teststrecke zustandekam: Die grüne Seite hatte gedacht, sie könne die Teststrecke durch Auflagen und Bedingungen, die für Daimler unerfüllbar waren, verhindern. Aber zum Erstaunen der Verhandlungsführer stimmte Daimler allen Bedingungen locker zu. Und da konnten sie nicht mehr zurück. Diese Geschichte klingt zunächst wie „tapferer, vergeblicher Widerstand“, unterstreicht aber nur die Bereitschaft, zehn Schritte zurück gegen zwei Schritte vor zu akzeptieren, denn was waren die Daimler gemachten Bedingungen, wenn nicht ein

* Michael Jäger, Berlin, Politologe und Publizist, Mitarbeiter beim „Freitag“

- Diese spezifische soziale Basis für Rot-Grün stellt - wie bei jedem anderen „Lager“ - keine gesellschaftliche Mehrheit dar. In Verbindung mit den Teilen der Wahlbevölkerung und insbesondere des SPD-Potentials, die mit ihr die übergreifende „Arbeitnehmerorientierung“ teilen, kann sie aber den Kern einer gesellschaftlichen Mehrheit bilden, die um diese Achse zu organisieren wäre.

Literatur

Becker, U./Becker, H./Ruhland, W. 1992: Zwischen Angst und Aufbruch, Düsseldorf
 Neu, Viola 1994: Das Wählerpotential der PDS Ende 1993, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin bei Bonn, Interne Studien und Berichte Nr. 74/1994
 von Oertzen, P. 1992: Die Wählerschaft in Westdeutschland, in: spw, Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 4/1992, S. 16-21
 Politbarometer, Januar - November 1991
 Schmitt-Beck, R. 1993: Vor dem Wahljahr 1994,

Vortrag vor dem Bundesvorstand von B'90/ Die Grünen 19.7.1993, als Ms. gedruckt (eine z. T. erheblich veränderte Fassung erscheint in Journal für Sozialforschung, 34. Jg. (1994) Heft 1, S. 27-52). Ich beziehe mich auf den Vortrag, da einige für mich wichtige Ergebnisse in der Druckfassung nicht mehr erhalten sind.
 Vester, M. 1993: Das Janusgesicht sozialer Modernisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26-27/93, Bonn, S. 3-19
 Vester u.a. (von Oertzen, P./Geiling, H./Hermann., Zh./Müller, Dagmar) 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Köln.

Preis für ein antiökologisches Projekt? Wenn die Grünen sagen, daß der Preis sich als niedrig herausstellte, obwohl er hoch sein sollte, haben sie jedenfalls die Käuflichkeit der Ökologie schon eingestanden.

Warum wurde die Teststrecke nicht zum Focus eines massiven öffentlichen Streits gemacht, mit dem Risiko des Koalitionsbruchs? Damit sind wir bei der Berliner Koalition, die ständig in diesem Risiko lebte.

Berlin: zur öffentlichen Darstellung von Konflikten

Der sozialdemokratische Bürgermeister Momper hat Schröder an Zynis-



Foto: Stephan Hoppe

mus, mit Grünen vor allem zu koalieren, um sie auszubooten, noch übertroffen. Auch hier ein einprägsames Symbol: das in der taz, Juni 1990, veröffentlichte Streitgespräch, bei dem Ströbele die „ganz konkreten Punkte“ aus dem Koalitionsvertrag summiert, die nicht umgesetzt werden - worauf Momper antwortet: „Aber Herr Ströbele, diese Aufzählen von Einzelheiten... Mir kommt es auch darauf an, daß die gesellschaftliche Linke in Deutschland überhaupt wieder Koalitionen bilden kann.“

Nein, gerade die Koalition überhaupt, Koalition ohne den Maßstab von „Einzelheiten“, dürfte niemals gebildet werden, sei es auch von „der Linken“. „Die Linke“ als Sein, reines Sein, ohne

nähere Bestimmung, ist dasselbe wie Nichts, hätte Hegel gesagt, und ich gehe weiter: sie gehört zu den Gegnern.

Die Berliner AL hat aus jedem größeren Konflikt mit der SPD eine öffentliche Debatte gemacht, und immer wieder stand die Beendigung der Koalition im Raum, bis sie dann wirklich beendet wurde wegen der Hausbesetzer-Räumung im November 1990. Streitfälle größeren Kalibers hat es in Fülle gegeben, etwa um die Besoldung der Kita-ErzieherInnen oder um die Bebauung des Potsdamer Platzes, von dem Momper große Teile so billig an die Industrie verscherbelte, daß später sogar Kritik von der EG kam. Interessant war aber, daß es dem Bürgermeister selbst noch in einem solchen Fall gelang, den Streit als Zeichen der „Unzuverlässigkeit“ und

daran gelang es der CDU, wegen dieser und anderer Maßnahmen sich zur Schutzpartei der armen, gequälten Autofahrer aufzuschwingen, und es entstand ein Klima in der Stadt, das es Autofahrern erlaubte, sich mit Klebzetteln am Autofenster als selbstbewußte Autopartei aufzuspielen. Ohne Zweifel trug dies Ende 1990 zum Wahlsieg der Berliner CDU bei.

Dieser Konflikt ist einer der lehrreichsten in der bisherigen rot-grünen Geschichte, weil er die Absurdität des Weges zeigt, auf dem ökologische Themen in der Logik des Parteiensystems zermahlen werden können. Fährt die sozialdemokratische Bevölkerungshälfte weniger gern Auto als die christdemokratische Bevölkerungshälfte? Doch wohl kaum. Und deshalb kann das Thema „wahlweise“ mal so, mal anders instrumentalisiert werden, wobei sich sozusagen alle über die blöden Deppen totlachen, die den Mord an der Erde bejammern. Im Moment erleben wir, wie Scharping sich auf die Seite der Autofreunde schlägt (keine „generelle“ Geschwindigkeitsbegrenzung usw). In Berlin tat's die CDU, so daß damals der Unsinn gelernt wurde: „Autofreundschaft verhält sich zu Autofeindschaft wie die CDU zur SPD“. Heute sollen wir wohl den umgekehrten oder einen ähnlichen Unsinn lernen (vielleicht: Autofreundschaft der Unteren verhält sich zu Autofreundschaft der Oberen wie SPD zu CDU?).

Hessen: Hegemoniegewinne

Die hessische Koalition ist diejenige, in der am klarsten vorgeführt wird, was Prinzipienfestigkeit in der ökologischen Sache heißt. Dieses Urteil mag überraschen, da bekannt ist, daß der prägenden Figur in Hessen, Joschka Fischer, nicht gerade Linksextremismus vorgeworfen werden könnte. Aber gerade er selbst setzte in seinem Umwelt- und Atomministerium die Zeichen. Erst biß Holger Börner auf Granit und mußte die Koalition platzen lassen. Dann hatte Fischer unter Eichel freie Bahn für eine absolut eindeutige Obstruktionspolitik gegen die Atomwerke in Hanau. Im Dauer-Konflikt Fischer-Töpfer gibt die Öffentlichkeit stets Fischer die besseren Noten. Das ist das große Plus des hessischen Weges zur Ökologie, nie erreicht in Berlin, in Niedersachsen nicht einmal versucht, und ich möchte von Hessen

auch nur diesen einen Punkt hervorheben.

Man kann einwenden, Hessen habe materiell auch nicht mehr erreicht als Berlin und Niedersachsen. Gegen die Autowut der Frankfurter SPD richteten auch die Frankfurter Grünen nichts aus. Die Hessen-SPD scheint jetzt genauso wie kürzlich die Niedersachsen-SPD auf dem Sprung, sich des Koalitionspartners zu entledigen. Die Finanzpolitik des grünen Frankfurter Stadtkämmerers Tom Koenigs wäre ein Thema für sich. Aber wenn wir nach Möglichkeiten der Hegemoniegewinnung für ökologische Themen und Lösungswege fragen, ist Fischers Verhaltensweise ein Muster, das übrigens von Krista Sager bei den Hamburger Koalitionsverhandlungen erfolgreich nachgeahmt wurde. Ich würde es so definieren: den Dialog mit der SPD-Führung immer wieder suchen, immer wieder auf den Kompromiß in der Sache zielen, aber die Zusammenarbeit immer wieder sofort abbrechen - nicht nach monatelanger Quälerei wie in Berlin oder gar nicht wie in Niedersachsen -, wenn wieder Essentials gekippt werden.

Lehren für Bonn

Um eine Lehre für Bonn zu ziehen, denke man sich nun statt der grünen Koalitionsseite, von der ich sprach, die sozialökologischen Kräfte auf beiden Seiten. Daß es, wie immer die Lehre ausfällt, unsachlich wäre, ökologische Essentials von sozialen zu trennen, ist auch klar.

Die Frage war, wo am ehesten Lernenswertes für einen Weg der Hegemoniegewinnung abgefallen ist. Da scheidet das Modell Niedersachsen gleich aus. Es ist das Modell des ökologischen Verbalradikalismus. Das Modell Berlin ist besser, aber noch nicht gut. Wie kam es, daß der AL ihr Dauerstreit mit Momper, der inhaltlich stets gut begründet war, in der Öffentlichkeit dennoch zum Nachteil ausschlug? Die Antwort läßt sich vom Modell Fischer her geben: zwar zeigte die AL sich sachkundig, nie bloß verbalradikal, aber in den Augen der Öffentlichkeit nahm es sich aus, als tue sie nichts, sondern hindere die Taten Mompers. Das Modell Fischer/Sager ist deshalb am besten, weil es ein Modell der Taten ist. Das könnte durchaus auch ein Modell von Sozialökologen beider Parteien, die zusammenarbeiten, sein.

Der Witz bei der Sache ist, man muß sich klarwerden, was hier „tun“ heißt. Joschka Fischers Politik wird manchmal damit abgewertet, daß sie ja bloß „symbolisch“ sei. Die Atomfabriken in Hanau stehen noch, während der Forschungsreaktor einer Berliner Universität wirklich nicht ans Netz ging. Ja, das zeigt, wie die realen Machtverhältnisse sind. Aber das Wort „symbolisch“ verdeckt die spezifische Logik des besonderen gesellschaftlichen Subsystems, um das es hier nun mal geht, nämlich der Politik, näher der Politik unter dem Parlamentarismus, noch näher des Parlamentarismus unter dem Zwei-Blöcke-System von SPD und CDU. Über die ökologischen „Sachen selbst“, um die es letztlich geht, werden wir uns nun mal nur im Überbau dieses Zwei-Blöcke-Systems und seiner Wähler bewußt, dort ist nun mal der Ort, wo wir sie ausfechten. Da muß man doch fragen,

Ich würde hegemoniale Kompromißbereitschaft als den Versuch definieren, dem Erkenntnisvermögen der Öffentlichkeit den Kern eines Streits einsichtig zu machen und diese Einsicht zugleich auch empirisch zu beweisen.

was in diesem Überbau-Gefecht ein Gefecht ist und, das ist noch entscheidender: was dort aussieht wie ein Gefecht. Die Antwort ist klar: Hegemonie gewinnt man immer durch Taten, nie nur durch Worte, und dann gewinnt man Hegemonie im Zwei-Blöcke-System eben nur durch Taten in der Logik dieses Systems. Taten jedenfalls, die in ihr entzifferbar sind, das können durchaus auch Taten sein, die diese Logik sprengen.

Die Taten auf dieser Ebene müssen schnell, unaufgeregt, entschieden und untereinander kohärent sein. Das ist weit wichtiger als was in einem Koalitionsvertrag steht, denn der Koalitionsvertrag - man mag es paradox finden, aber es ist wahr - gehört eigentlich nicht zu dieser Ebene. Wieviele Wähler

interessieren sich schon für Koalitionsverträge, wieviele Zeitungskommentatoren bewahren sie auf und machen sie zur Richtschnur für irgendetwas? Nur während um sie verhandelt wird, wecken sie unter Umständen Interesse (aber nicht so viel wie die Frage, wer Minister wird), nach ihrer Einhaltung wird dann nicht mehr gefragt. Der Hamburger Koalitionsvertrag weckte wahrscheinlich nur dadurch Interesse, daß er nicht zustandekam. Mit ihm kam die Koalition nicht zustande, man wollte wissen, warum nicht. Wäre er zustande gekommen, hätte die Öffentlichkeit sich für seinen Inhalt nicht interessiert. Jedesmal, wenn er gebrochen worden wäre, hätten die Grünen von vorn damit anfangen müssen, die Öffentlichkeit zu überzeugen. Jedesmal von neuem hätten sie Entschlossenheit im Essentiellen mit neuer Kompromißbereitschaft verbinden müssen, wobei ich hegemoniale Kompromißbereitschaft als den Versuch definieren würde, dem Erkenntnisvermögen der Öffentlichkeit den Kern eines Streits einsichtig zu machen und diese Einsicht zugleich auch empirisch zu beweisen.

Fischers Modell ist dadurch begrenzt, daß es nur einen Punkt der Entschlossenheit enthält - aber das ist immerhin einer der wichtigsten Punkte - die Frage der Atomenergie. Bei Krista Sager kam die Frage des Autoverkehrs hinzu. Es geht darum, sich über die Grenzen von Ökologie und Antiökologie sowie von Sozialem und Antisozialem in einem umfassenderen Sinn Klarheit zu verschaffen und für die harten Einsichten auf diesem gesamten Gebiet durch Taten Hegemonie zu gewinnen - Taten, die hinreichend grob sind, um wahrgenommen zu werden. Man „tut“ in diesem Sinn nichts gegen den Autoverkehr, wenn man etwas administrativ verordnet und der CDU die parteistrategische Polemik überläßt. Auf diesem Feld hat nur die CDU etwas „getan“. Die niedersächsischen Grünen haben immer betont, daß nichts gegen die Koalition mit Schröder spreche: das war ihre einzige „Tat“. Die sozialökologischen Kräfte bei Grünen und SPD sollten sich, falls es zur rot-grünen Koalition in Bonn kommt, zusammentun und einen Plan grober Bonner Taten schmieden.

Rot-Grün in Osnabrück

Bausteine einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung

von Heiko Schulze und Rolf Wortmann*

Die Kommunalwahlen im Oktober 1991 führten in Osnabrück zu einer rot-grünen Ratsmehrheit und beendeten die immerhin 10jährige Dominanz von CDU und FDP. Trotz der allorts spürbaren Haushaltseinschnitte ist es seither in exemplarischen Politikbereichen gelungen, Pflöcke für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung einzuschlagen. Diese können ebenso als Lernbeispiele herhalten wie die nicht zu verschweigenden Schwierigkeiten, mit denen rot-grün auf nicht wenigen Handlungsfeldern konfrontiert ist.

Koalitionsfindung

Der Durchbruch für rot-grün erfolgte bei der Kommunalwahl 1991, als es erstmals eine rechnerische Mehrheit gab (SPD rd. 41%, Grüne rd. 12%).

Voraussetzung für das Zustandekommen einer rot-grünen Mehrheitskoalition war einerseits eine stärker realpolitische Orientierung bei den Grünen, andererseits eine programmatische Neuorientierung bei der SPD, die zugleich durch eine erhebliche personelle Erneuerung der Mandatsträger abgestützt wurde. Die SPD hatte im Vorfeld der Kommunalwahlen ein in der Öffentlichkeit breit diskutiertes Stadtentwicklungsprogramm mit dem Titel „SPD 2000“ erarbeitet, das neue Akzente hin zu einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung setzte. Mit dieser programmatischen Modernisierung der Partei waren zwar die inhaltlichen Weichen für einen Wechsel gestellt, aber in den Koalitionsverhandlungen stand eine Zusammenarbeit mit den Grünen dennoch auf des Messers Schneide. Der Hauptstreitpunkt war die Ausweisung eines Gewerbegebietes, für die sich die SPD nach intensiven internen Diskussionen aus wirtschaftsstrukturellen Gründen eingesetzt hatte und die von den Grünen im Wahlkampf zum Knackpunkt für eine Koalition erhoben worden war. Da die Fakten für die Auswei-

sung schon weitgehend gesetzt waren, wurde den Grünen gegen den anfangs erbitterten Protest der Basis, gepaart mit der realen Möglichkeit einer großen Koalition, ein „Einknicken“ in dieser Streitfrage erleichtert.

Da in dem Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie weitere Konflikte nicht auszuschließen waren, insbesondere dann, wenn es um flächenverbrauchende Gewerbegebiete geht, wurden in den Verhandlungen so weit wie möglich Festlegungen für die zukünftige Arbeit vereinbart. Dadurch ist die weitere Zusammenarbeit, trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten bei der konkreten Realisierung, erheblich erleichtert worden. So wurde es z.B. mit Zustimmung der Grünen möglich, ein sehr flächenintensives Güterverkehrszentrum für Osnabrück zu planen.

Bei weiteren Ausweisungen von Gewerbegebieten wird der Schwerpunkt auf Flächenrecycling und auf potentielle Gebiete betreffende Umweltverträglichkeitsprüfungen gelegt. Angesichts einer katastrophalen Wohnungsnot und gleichzeitig extremer Flächenknappheit in der Stadt geraten auch hier ökologische und ökonomische Ziele in Konflikt. Dieser konnte durch eine flächensparende stärkere Verdichtung der Bebauung zu Lasten von Einfamilienhäusern weitgehend entschärft werden. In anderen Politikfeldern wie Soziales und Kultur blieben die Konflikte marginal, wenngleich gerade in Zeiten knapper Kassen und restriktiver Haushaltspolitik Reibungen zwischen den Ansprüchen der unterschiedlichen Klientel entstehen. Aber bei klaren finanzpolitischen Vorgaben (Festlegung einer Nettoneuverschuldungsgrenze in der Koalitionsvereinbarung) können sie bei beiderseitiger Kompromißfähigkeit entschärft werden.

Neue Weichenstellungen

Hinzu treten recht greifbare Erfolge. Zweieinhalb Jahre neue Mehrheit im Osnabrücker Rathaus haben zu recht konkreten Ergebnissen geführt, die die Stadt auf dem Weg in eine ökologische und soziale Stadtentwicklung ohne

Zweifel ein Stück weitergebracht haben.

Stichwort Gesprächskultur: Kontakte zu Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen gehören nach 10 „schwarzen Jahren“ wieder zum festen Bestandteil der Osnabrücker Ratspolitik. Wiedereingeführt wurden beispielsweise Bürgergesprächen des Oberbürgermeisters für wechselnde Zielgruppen. Auch neue „Runde Tische“ - z.B. zu Fragen des Wohnungsbaus, der Arbeitsmarktpolitik, der Gesundheit und über Flüchtlingsfragen erweitern den kommunalen Sachverstand und tragen zur Beschlußfassung in den Ratsgremien bei.

Weichenstellungen auch in der Struktur- und Regionalpolitik:

- Während schwarz-gelb sich im wesentlichen auf eine Kirchturnsperre und Repräsentationsauftritte der Stadtspitze beschränkte, hat insbesondere der neue sozialdemokratische Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip Schwerpunkte gesetzt.

- Gesichert wurde dabei die schon erwähnte Planung eines Güterverkehrszentrums inklusive eines Frachtzentrums der Bundesbahn mit günstiger Schienen- und Wasseranbindung, das nicht nur dem örtlich starken Speditionsgewerbe dient, sondern dazu beitragen soll, Verkehrsströme zu lenken und vorrangig auf Wasser und Schiene zu orientieren.

- Im Rahmen einer regionalpolitischen Offensive gründete sich die „OBE“ (Osnabrück-Stadt/Land-Bentheim-Emsland). Dies ging einher mit ersten Initiativen zum Beitritt zur grenzüberschreitenden Region „Euregio“ (Nds-NRW-NL).

- Im örtlichen Bereich selbst stellte sich die Gründung einer Grundstücks- und Erschließungsgesellschaft als sinnvoll heraus, die der Stadt bessere Kreditkonditionen zugunsten einer bewußten Flächenvorratspolitik garantiert.

- Von erheblicher stadtpolitischer Bedeutung ist zur Zeit die Ausweisung eines großflächigen Gebiets für eine „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“, die u.a. über den Weg der Gewinnabschöpfung neue Wohn-, Frei-

zeit- und auch Gewerbegebiete erschließen soll.

- Ganz im Zeichen einer Wiederbelebung des Stadtzentrums steht eine rot-grün initiierte Bebauungsplanung für bisher größtenteils als Parkflächen genutzte Areale in der südlichen Innenstadt.

Ökologische Verkehrspolitik

SPD wie Grüne haben sich von Beginn an für eine offensive Vorgehensweise entschieden, um dem traurigen Ruf Osnabrücks, Deutschlands Unfallhauptstadt zu sein, zielstrebig - und letztendlich erfolgreich (!) - entgegenzuwirken, obwohl die Konfliktpotentiale gerade in diesem neuralgischen Politikfeld beträchtlich sind. Sie bedürfen einer speziellen Erörterung, da sie paradigmatisch für alle Kommunen sind.

Hauptursache des traurigen Titels „Unfallhauptstadt“ war der Umstand, daß nach dem Kriege für das stark zerstörte Osnabrück in holder Eintracht von den großen Parteien der steigende Autoverkehr zur verkehrspolitischen Norm erhoben wurde. Großzügig wurden Ausfahrtstraßen ausgebaut und achsenförmig in eine mit üppigen Parkmöglichkeiten ausgestattete City geführt, die im Zuge der Stadtsanierung die üblichen Fußgängerzonen erhielt. Wie fast überall verkam der ÖPNV zum Restverkehr, Radfahrer und Fußgänger erschienen in diesem Verkehrssystem wie Störgrößen.

Nun hatte in dem schon genannten Stadtentwicklungspapier die SPD die Verkehrsführung als eine zentrale strategische Größe für eine ökologische Stadtgestaltung erkannt. Extensive Parkraumbewirtschaftung, Verbesserung der Situation für Radler und Fußgänger, die bei gegebenen knappen Räumen zwangsläufig zu Lasten der Autofahrer umverteilt werden, Wegfall von Parkplätzen durch Bebauung in der City sowie Verbesserung des ÖPNV sowie teilweise Sperrungen oder Rückbauten von Straßen sind die Elemente, die zu einem schlüssigen Konzept entwickelt wurden.

Daß solche, in alte Gewohnheiten eingreifende Veränderungen nicht nur auf Begeisterung stießen, war nicht verwunderlich. In der sogenannten Wirtschaft, insbesondere bei IHK und Einzelhandelsverband gab es geharnischten Protest, der von der örtlichen



Foto: Stefan Hoppe

Monopolzeitung größtenteils massiv flankiert wurde (man schaue nur auf die Anzeigenkunden...). Der Kern des Problems liegt dabei nicht in divergierenden Zielvorstellungen zwischen den Koalitionären. Die für notwendig erachtete Umorientierung in der Verkehrspolitik - und da liegt das Problem - wird im Unterschied zu der Wählerschaft der Grünen bei der SPD unterschiedlich aufgenommen. Hier stehen sich Befürworter und Gegner in der gleichen Wählerschaft gegenüber, wobei der Riß häufig noch durch die jeweiligen Personen selbst geht, da sie in diesem Feld Täter und Opfer zugleich sind. Mit großer Selbstverständlichkeit wird von jenen, die nahezu jeden Weg per PKW absolvieren und ebenso reichlichen wie preiswerten Parkraum in der City gemeinsam mit dem Einzelhandelsverband fordern, die Forderung nach Verkehrsberuhigung und -reduzierung im eigenen Wohnumfeld erhoben. Da beides aber zusammen nicht geht, erhebt sich allort Unmut. Hier liegt ein nahezu unlösbares kommunalpolitisches Konfliktfeld, das nicht zwingend ein Spezifikum rot-grüner Koalitionen ist. Aber es ist entscheidend dafür, ob es heute gelingt, die Weichen für eine zukunftsgerichtete Stadtpolitik zu stellen, die sich am Kriterium der urbanen Lebensqualität orientiert.

Eine ebenso konkrete wie elementare Grundlage für rot-grüne Verkehrspolitik in Osnabrück war folglich die Verabschiedung eines neuen Verkehrsentwicklungsplans. In unmittelbarer Kon-

sequenz des VEP wurden u.a. Fußgängerzonen im historischen Rathausumfeld erweitert und die Mittel für Radwegebau, Fußgängerüberquerungshilfen und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen massiv erhöht. Letztendlich wurde speziell der Parkraum im historischen Altstadtbereich (bei gleichzeitig längeren Öffnungszeiten der öffentlichen Parkhäuser) erheblich reduziert.

Auch am Mut zu Modellversuchen hat es nicht gefehlt: Probeweise gesperrt wurde in diesem Rahmen eine klassische Durchfahrtsstraße durch die Altstadt, daneben wurde erstmals eine (Test-)Umweltspur zur gleichzeitigen Nutzung für RadfahrerInnen und ÖPNV-NutzerInnen geschaffen, die sich beispielgebend zu bewähren scheint.

Sozial-, Jugend- und Gleichstellungspolitik

- Jugend-, Sozial- und Gleichstellungspolitik wurden naturgemäß Aktivposten der Parteien. Ein Stichwort dafür ist zunächst natürlich ein forciertes Kindergartenbau, der in Osnabrück neuerdings auf der Basis von Elternbefragungen zur gewünschten Trägerschaft durchgeführt wird.

- Planerisch integriert wurden Kinderinteressen in eine Sozialverträglichkeitsprüfung, die - analog der Umweltverträglichkeitsprüfung - jede Bebauungsplanung begleitet.

* Heiko Schulze ist Geschäftsführer, Dr. Rolf Wortmann stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion in der Stadt Osnabrück.

Sozialpolitisch bedeutsam ist die verstärkte Förderung von Selbsthilfe-Initiativen sowie die Einführung des Osnabrück-Passes für sozial Schwächere, um verbilligte Serviceleistungen zu erlangen.

● Im Seniorenbereich wurde die Stelle eines Seniorenbeauftragten eingerichtet, des weiteren entstehen nicht nur neue Heime, auch die Planung von AWO-Seniorenwohnungen mit dem Konzept des „Betreuten Wohnens“ soll in naher Zukunft Maßstäbe setzen.

● Die Gleichstellungspolitik wiederum besitzt in Osnabrück allein aufgrund der Vielfalt der hier ansässigen Fraueninitiativen ein starkes Standbein: Stichworte dafür sind rot-grün unterstützte Einrichtungen wie Frauenhaus, Frauenberatungsstelle, Frauenbüchercave, Frauenarchiv, Frauenflüchtlingshaus, ein verwaltungsinterner Frauenförderplan, nicht zuletzt ein von der rot-grünen Landesregierung eingerichtetes Mädchenhaus. Und daß die Osnabrücker SPD-Ratsfraktion mit 9 von 21 Ratsmitgliedern den höchsten Frauenanteil aller kreisfreien Städte ausweist, unterstreicht alle Bemühungen mehr als symbolisch.

Weiterentwicklung der Stadtökologie

Nicht nur durch die erstmalige Wahl eines Umweltdezernenten und die personelle Verstärkung des Umweltamtes wurden mehrere rot-grüne Forderungen umgesetzt, die einen Ansporn für die Zukunft liefern sollen:

● Beginn einer flächendeckenden Einführung des Biotonnensystems in Kooperation mit dem Landkreis, Initiierung einer Abfallvermeidungskampagne sowie einer biologischen Vorbehandlung von Restmüll vor der Deponierung, kritische Begleitung von DSD, darüber hinaus die Entwicklung eines Branchenkonzeptes zur Abfallvermeidung in Gewerbebetrieben.

● Parallel dazu gestartet wurden Maßnahmen zur Renaturierung ausgewählter Fließgewässer. Erstmals gefördert werden darüber hinaus Umwelt- und Naturschutzverbände, einen Extrafond gibt es für ökologische Bürgerinitiativen.

Begonnen wurde eine ökologische Bauleitplanung mit der Berücksichtigung von Regenwasserversickerung, Brauchwassernutzung und regenerativer Energien. Festgesetzt wurden erstmals

Kriterien für ökologisches Bauen bei kommunalen Vergaben und ökologische Kriterien bei den städtischen Beschaffungsrichtlinien.

● Energiepolitisch richtungweisend sind Pilotprojekte für den Einsatz von Sonnenenergie in städtischen Bädern, nicht zuletzt die Erweiterung des Bestandes an Windenergieanlagen der Stadtwerke, die bereits heute genügend Strom produzieren, um einen Teil der Straßenbeleuchtung in der Gesamtstadt zu sichern.

● Hinzu kommt ein Deponiegaskraftwerk und die Errichtung von neuen Blockheizkraftwerken, die u.a. das neue Hauptverwaltungsgebäude und ein zentrales Schwimmbad beheizen werden.

Abgerundet wird das alles durch den Beitritt Osnabrücks zum internationalen Klimabündnis, woraus u.a. „Runde Tische“ und ein CO2-Reduzierungsprogramm sowie die Erstellung eines jährlichen Umweltberichtes resultieren.

Kultur- und Friedensprofil

Unter der schwarz-gelben Ära war Osnabrück insbesondere kulturell in einen provinziellen Winterschlaf verfallen, was lediglich durch vor Ort aktive Initiativen lediglich kompensiert werden konnte. Rot-grün konnte mit den begrenzten Haushaltsmitteln zwar keine grundlegende Tendenzwende einleiten, jedoch einige Fixpunkte einer „Kultur für alle“ setzen.

Mit rot-grüner Landeshilfe gefestigt wurde beispielsweise ein Netz diverser Medieninitiativen, deren Bedeutung im Zuge von Erfordernissen moderner Medienpädagogik, Multimedia, Lokalfunk und -TV recht zukunftsorientiert ist. Highlight solcher Aktivitäten ist das mittlerweile renommierte European Media Art Festival in Osnabrück.

Stärker sozialgeschichtlich gewichtet wurde die Arbeit der örtlichen Museen, deren Vorzeigeobjekt ein gerade entstehendes und didaktisch progressiv ausgerichtetes Industriemuseum ist.

Ein spezieller Punkt: Die Beendigung des 30jährigen Krieges im Doppelfrieden von Osnabrück und Münster 1648, nicht zuletzt das Erbe des antifaschistischen Schriftstellers Erich Maria Remarque und des jüdischen Malers Felix Nussbaum, haben die Ratsmehrheit dazu veranlaßt, an einem unverkennbaren kulturellen Friedensprofil zu arbeiten, das aus mehreren Komponenten besteht:

Hierzu gehört zunächst die Mitorganisation von internationalen Entwicklungsprojekten, die gemeinsam mit dem in Osnabrück ansässigen Kinderhilfswerk „terre des hommes“ und Partnerstädten durchgeführt werden. Direkt damit verbunden ist die aktive Förderung des ortsansässigen Aktionszentrums 3 Welt, das u.a. Schulen mit entsprechendem didaktischen Material beliefert.

In die friedenspolitische Arbeit integriert ist ferner das vor Ort angesiedelte Institut für Migrationsstudien.

Geradezu selbstverständlich war für rot-grün die Aufstockung der Mittel für die Arbeit der Ausländervereine und eine stärkere Beteiligung des Ausländerbeirats an für AusländerInnen relevanten Ratsentscheidungen. Auch überregional anerkannt wurde die Erarbeitung migrationspolitischer Konzepte sowie diesbezügliche Ausstellungen und Konzeptionen vom örtlichen Kulturamt.

Neu konzipiert wurden die sogenannten Friedensgespräche mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung und mit international renommierten Referenten.

Konkret umgesetzt wurden und werden Projekte in Anlehnung an Remarque und Nussbaum: Konsequenterweise erfolgte eine personelle Aufstockung des Remarque-Archivs, das Erich-Maria-Remarque-Zentrum wurde in die örtliche Bibliotheks-Konzeption integriert, aufgewertet wurde der örtlich vergebene Remarque-Friedenspreis.

Ebenso entschieden verbessert wird derzeit die örtliche Präsentation des in Auschwitz ermordeten Malers Felix Nussbaum, gesichert wurden hierbei zuletzt wesentliche Finanzmittel für den Bau eines gesonderten Nussbaum-Museums als überregionalem Anziehungspunkt.

Gemeinsam mit Münster konstituierte sich mittlerweile eine Kommission zur Vorbereitung breiter und überregionaler Aktivitäten zum 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens mit einer für Osnabrück für 1998 konzipierten Ausstellung „Der Krieg des kleinen Mannes“, was recht kennzeichnend für die inhaltliche Gewichtung des Friedensjubiläums ist.

Antworten auf die Haushaltskrise

Wie alle Städte und Gemeinden, so ist auch Osnabrück stark von Einschnitten in den finanziellen Handlungs-

spielraum geprägt: Allein die Belastungen aufgrund von Gewerbesteuermindereinnahmen, des Fonds „Deutsche Einheit“ und höherer Sozialhilfeaufwendungen belaufen sich - bei einem Gesamthaushalt von etwa 800 Mio DM - auf rund 75 Mio DM. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten ist es jedoch bisher noch gelungen, einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt zu verabschieden.

Ein konkreter Schwerpunkt wurde nach den letzten Haushaltsberatungen im Bereich „Kommunale Arbeitsmarktpolitik“ gesetzt: Höhere ABM-Mittel für städtische und nichtstädtische Maßnahmen, Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten nach BSHG 19 („Arbeit statt Sozialhilfe“), Sonderförderungsmaßnahmen für Junge, Ältere und Behinderte, qualifizierende „Arbeit- und Lernen-Maßnahmen“, mehr Mittel für Existenzgründungen - speziell für sogenannte Soziale Betriebe, ein jährlich fortzuschreibendes Gesamtkonzept zur Arbeitsmarktpolitik, letztendlich die Schaffung einer neuen Koordinierungsstelle zur Beschäftigungsförderung.

Bei der Befolgung all dieser Zielsetzungen wird man gespannt sein müssen, wie die mehrheitlich konservativ besetzte Verwaltungsspitze den so artikulierten Ratswillen umsetzt, ohne inaltergebrachte Rasenmähermethoden und Bremsermentalitäten zu verfallen.

Bei den notwendigen Zuschußminderungen für Organisationen und Initiativen ist im übrigen der Weg des direkten Gesprächs eingeschlagen worden. Nach einem gemeinsamen Treffen, auf dem die Haushaltslage dargestellt und gemeinsame Auswege beraten wurden, soll sich dieser Weg jetzt auf fachlicher Ebene fortsetzen. Ziel ist eine Art „Mittelfristige Zuschußplanung“, um im Interesse aller zu einer verstärkten Planungssicherheit zu gelangen.

Probleme

Auch die Fülle durchgeführter rot-grüner Reformvorhaben darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch weitere Maßnahmen mit einer Vielzahl von Hindernissen und Widerständen zu rechnen haben:

Wenngleich die Haushaltseinschnitte auf vielen Ebenen zu einer beträchtlichen Reduzierung rot-grüner Reformvorhaben geführt haben, wurde dennoch versucht, Prioritäten zu setzen, die der Rat gegen die Stimmen von CDU-FDP beschlossen hat. Auszüge:

● Keine Entlassungen, Ausbildungs- und Übernahmegarantie bei allen eingestellten Auszubildenden.

● Keine substantielle Schwächung solcher Bereiche, die eine wichtige Dienstleistungsfunktion für die Bevölkerung haben.

● Privatisierungen städtischer Gesellschaften, denen eine gewichtige Rolle im Sinne einer öffentlich zu kontrollierenden ökologischen und sozialen Stadtentwicklung zukommt (u.a. Stadtwerke), wird grundsätzlich eine Absage erteilt.

● Wirtschaftlich gebotene und sozial verantwortbare Privatvergaben öffentlicher Aufträge stehen stets unter dem Vorbehalt, daß der tariflich abgesicherte Arbeitnehmerschutz bei den betreffenden Betrieben realisiert ist.

● Die unumgängliche substantielle Erhöhung von Gebühren und Entgelten muß nach sozialen Kriterien vorstatten gehen.

● Sozialausgaben, die den sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen zugute kommen, vertragen keine substantiellen Abstriche.

● Insbesondere die Bemühungen im Kindertagesstättenbereich sind zu forcieren.

● Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Umwelt und zur Verbesserung der Stadtökologie werden kontinuierlich fortgesetzt. Investitionen für mehr Verkehrssicherheit, zugunsten des ÖPNV und der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen werden nachhaltig weiterverfolgt.

● Leistungen, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung stärken - beispielsweise über die Arbeit in Stadtteilzentren oder in Form von bezuschufter Arbeit von Wohlfahrtsverbänden und anderer Initiativen zugunsten von Integrationsbemühungen - vertragen keine substantiellen Abstriche.

● Keinen substantiellen Abbau darf es in jenen Bereichen geben, die den Gedanken von Frieden und Völkerverständigung verpflichtet sind.

● Es darf keine substantielle Schwächung der öffentlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung geben.

1. Die Verwaltungsspitze wird noch auf Jahre hinaus von CDU und FDP dominiert sein, was zwangsläufig zu permanenten Reibungsverlusten bei der Realisierung von Ratsentscheidungen führt.

2. Die örtliche Monopolzeitung (Neue Osnabrücker Zeitung) bietet insbesondere den Gegnern rot-grüner Verkehrspolitik, in jüngster Zeit natürlich auch den von notwendigen Sparbeschlüssen betroffenen Organisationen und Initiativen, einen breiten Raum zur Selbstdarstellung, den die Mehrheitsfraktionen allein schon logistisch nicht auffangen können.

3. Insbesondere der örtliche Einzelhandel und weitere Interessenorganisationen der Wirtschaft werden kaum einen Anlaß auslassen, rot-grün an den Pranger zu stellen. Eine in zahllosen Geschäftshäusern mit Hilfe des dafür bereitgestellten Personals durchgeführte Bürgerantragsaktion (25.000 Unterschriften) gegen zarteste Versuche der PKW-Stellplatzreduzierung und eine darauf abgestimmte öffentliche Meinungsmache, der sich nahezu die gesamte Ortspresse angeschlossen hat („Dank rot-grün kommt bald niemand mehr mit dem Auto in die Stadt“), werden der Ratsmehrheit auch weiterhin nachhaltig zu schaffen machen.

4. Zusehends schwierig wird es, verkehrspolitische Reformen gegen das Vetorecht bzw. die Umsetzungsverweigerung von Polizei, Stadtwerken oder Verkehrsbehörde durchzusetzen. So wurde einem Ratsbeschluß zugunsten einer 40 km/h-Höchstgeschwindigkeit schlicht die Umsetzung verweigert. Ähnlich erging es Beschlüssen zu attraktiveren Bustakten.

Rot-grüne Reformpolitik bleibt somit eine schwierige Gratwanderung. Dennoch: Rot-grüne Koalitionen haben auf Landes- und Kommunalebene ihren einstigen Schrecken verloren. Zudem steigt in weiten Teilen der Bevölkerung die Einsicht in ökologisch orientiertes Handeln vor Ort, auch bei der Wählerschaft der SPD. Da aber die Lösung der ökologischen Probleme zunehmend auch konkrete Verhaltensveränderungen erfordert, und die Trennung von Privatem und Öffentlichem fließend wird, ist ihre Umsetzung auch problematischer und mit Blick auf Wahlen auch riskanter. In Osnabrück sind gute und erfolgreiche Ansätze entwickelt und umgesetzt worden. Ob sie honoriert werden, bleibt abzuwarten.

Die folgenden drei Beiträge widmen sich Problemen, die mit der Krise der „fordistischen“ Entwicklungsphase und dem Übergang zu nach- bzw. „postfordistischen“ Formationen des Kapitalismus verbunden sind. Ralph Graf stellt dar, wie durch neue Produktionsformen und -methoden, Internationalisierung der Ökonomie (vgl. dazu auch die Beiträge in spw 75) und Krise der öffentlichen Finanzen der „fordistische“ Zusammenhang von Massenproduktion und Massenkonsum, kollektiv regulierten Arbeitsbeziehungen und binnenmarkterweiternden Lohnsteigerungen in die Krise gerät und nationale wohlfahrtsstaatlich orientierte Politik immer schwieriger wird. Barbara Underberg betrachtet die in der diesjährigen Tarifrunde vereinbarten Flexibilisierungen und größeren betrieblichen Gestaltungsspielräume als Folge der wachsenden Differenzierung der Produktions- wie der Lebensbedingungen und sieht darin neben Risiken auch Chancen für stärkere Mitgestaltungsmöglichkeiten der abhängig Beschäftigten und Gewerkschaften. Thorsten Cabalo fragt, ob von einheitlichen regionalen bzw. nationalen „Standorten“ überhaupt noch die Rede sein könne und fordert, daß die Linke statt der Fortschreibung relativer Standortvorteile die Entwicklung einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise in allen Weltregionen zum Kriterium machen müsse. Allen Artikeln ist gemeinsam, daß sie mehr und weiterreichende Fragen aufwerfen, als sie (aber auch die Linke insgesamt) gegenwärtig zu beantworten oder gar praktisch zu lösen in der Lage sind. Die Diskussion wird fortgeführt werden. Die spw-Redaktion

Ohnmacht der Wirtschaftspolitik ?

von Ralph Graf*

Die Krise, die die bundesdeutsche Wirtschaft gegenwärtig durchläuft, hatte auch alle übrigen OECD-Länder erfaßt. Während die USA und Großbritannien das Krisental überwunden zu haben scheinen, kommt ein (bescheidener) Aufschwung in der Bundesrepublik erst langsam in Sicht. Als stark exportabhängiges Land wird die Bundesrepublik von der Weltwirtschaftskrise besonders getroffen. Nachdem der durch öffentliche Transfers aus dem Westen und Kredit finanzierte Nachfrageschub aus den neuen Ländern den Ausbruch der Krise in Deutschland zunächst verzögert hatte, wird die Lage nun durch die Vereinigungskrise noch erschwert und verkompliziert. Wie die Dinge derzeit liegen, werden die neuen Bundesländer noch auf lange Zeit hin am Tropf umfangreicher Transferleistungen aus den alten Bundesländern hängen.

Doch Vereinigungskrise und weltwirtschaftlicher Konjunkturreinbruch charakterisieren die aktuellen Krisenerscheinungen nur unzureichend; zugleich treten in allen entwickelten kapitalistischen Ländern verstärkt Strukturprobleme auf, die im Kontext tiefgreifender ökonomischer und gesellschaftlicher Umbruchprozesse stehen und die man als krisenhaften Übergang von fordistischen zu postfordistischen Strukturen bzw. Vergesellschaftungsformen interpretieren kann (vgl. Hirsch 1993). Von Krise zu Krise erhöhten sich die Arbeitslosenzahlen; jeder neue Aufschwung startete mit einem höheren Sockel an Ar-

beitslosen und konnte immer weniger dazu beitragen, Arbeitslosigkeit nachhaltig zu reduzieren. Auch in den kommenden Jahren wird ein wieder anziehender Konjunkturverlauf an der negativen Situation auf dem Arbeitsmarkt kaum etwas ändern. Zugleich steigt der Anteil der unsicheren, rechtlich wenig oder gar nicht geschützten und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnisse.

Die konservativ-liberale Regierung trägt mit ihrer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik nicht unerheblich dazu bei, die Beschäftigungskrise und mit ihr die sozialen Desintegrationsprozesse zu verschärfen: Die Umverteilung zugunsten der Profit- und Vermögenseinkommen, die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik, die forcierten Einschnitte ins soziale Netz etc. vergrößern nicht nur die krisenhaften Disproportionen zwischen Produktionspotential und Endnachfrage, sondern vertiefen und beschleunigen auch die sozialen Spaltungen und Ausgrenzungsprozesse. Eine Politik, die in der Stärkung der Marktkräfte die Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen sieht, muß in die Sackgasse führen und den sozialen, ökologischen und damit auch ökonomischen Niedergang beschleunigen.

Doch so eindeutig die Kritik der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik auch ausfällt, es stellt sich mehr denn je die Frage nach den Handlungschancen einer (Wirtschafts)Politik, die sich mit den vielfältigen ökonomischen und sozialen Desintegrationsprozessen nicht abfindet. Vor allem drei Entwicklungen schnüren den staatlichen Handlungsspielraum ein und machen es zusehends schwerer, re-

formpolitisch gegenzusteuern. Das sind zum einen der steigende Anteil und die neue Qualität von Rationalisierungsinvestitionen, zum zweiten die Finanzkrise des Staates und schließlich die Globalisierung der Ökonomie.

Die postfordistischen Rationalisierungsstrategien führen zum „jobless growth“

Wie verschiedene sozialwissenschaftliche Analysen schon seit längerem hervorheben, vollzieht sich seit etlichen Jahren ein Umbruch der betrieblichen Rationalisierungsstrategien. Die in die Diskussion gebrachten Kategorien der „Neuen Produktionskonzepte“ (Kern/Schumann 1984), des „Neuen Rationalisierungstyps“ (Altmann et al. 1986) oder der „Systemischen Rationalisierung“ (Baethge/Oberbeck 1986) weisen übereinstimmend - trotz unterschiedlicher Akzentuierung und Untersuchungsbereiche - auf eine allgemein zu konstatierende erweiterte Perspektive und Reichweite betrieblicher Rationalisierungsstrategien und -maßnahmen. Dies meint, „daß technische und organisatorische Maßnahmen nicht mehr länger punktuell, auf einzelne betriebliche Aufgaben hin betrieben werden, sondern daß von den Unternehmen verstärkt auf die integrierte, technisch-soziale Gestaltung von Arbeits-, Betriebs- und Marktstrukturen gezielt wird“ (Baethge/Oberbeck 1990, 150). Zwar gründeten Baethge/Oberbeck ihre These der neuen Qualität von Rationalisierungs- und Unternehmensstrategien auf empirische Be-

funde in Dienstleistungsbereichen (Handel, Banken, Versicherungen und Industrieverwaltungen), doch trifft diese Kategorie gleichsam zentrale Veränderungen in Produktionsbereichen bzw. -unternehmen (Altmann et al. 1986; Wittke 1989).

Die Verfügbarkeit der neuen Informations- und Kommunikations(TUK)-Technologien ist zweifellos eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung der neuen Rationalisierungsstrategie, „ihre Verfügbarkeit allein konstituiert jedoch nicht den neuen Rationalisierungstypus. Betriebsweite Arbeits- und Organisationsprozesse sowie über den Betrieb hinausreichende Austauschbeziehungen müssen auch selbst grundsätzlich neu konzipiert werden, um zu einer neuen Qualität betrieblicher Effizienz und Flexibilität vorstoßen zu können“ (Baethge/Oberbeck 1990, 150).

Das Neue der systemischen Rationalisierung ist also vor allem die Erweiterung der Rationalisierungsperspektive: gesamtbetriebliche, überbetriebliche und gesellschaftliche Dimensionen werden zunehmend ins Kalkül der Rationalisierungs- und Unternehmenspolitik einbezogen. Systemische Rationalisierung ist dabei nicht das Ziel der Unternehmens- und Betriebspolitik, sie ist vielmehr das Mittel, mit dem den neuen Herausforderungen begegnet wird.

Die Ökonomisierung des Kapitaleinsatzes, Flexibilität und Innovation werden angesichts veränderter Verwertungsbedingungen zu entscheidenden strategischen Bezugspunkten für das Kapital. Der Versuch, diese neuen Zielgrößen in den Griff zu bekommen, setzt sowohl die traditionellen Technik- und Arbeitseinsatzkonzepte als auch die herkömmlichen Strukturen der Betriebs- und Unternehmensorganisation und nicht zuletzt die etablierten Formen der betriebs- und unternehmensübergreifenden Arbeitsteilung unter Veränderungsdruck.

Aufgrund der fortschreitenden Verringerung der Fertigungstiefe erhalten die Abnehmer-Zulieferbeziehungen eine strategische Qualität. An die Stelle nicht-marktförmiger Vermittlung von Bearbeitungsschritten innerhalb eines Unternehmens treten Marktbeziehungen zwischen formell selbständigen Unternehmen. Zugleich verändert sich der Charakter der Marktbeziehungen zwischen den Unternehmen. „Denn gerade die jetzt vermehrt auftretenden ‘Schnittstellen’ zum Markt, d.h. zwischen Ab-

nehmern und Zulieferern, wurden traditionell durch Lagerhaltung gegenüber den in Marktbeziehungen steckenden Unsicherheiten abgesichert - eine angesichts der sich verändernden Kostenzusammensetzung sowie neuer Zielsetzungen schwerlich beizubehaltende Strategie. Die Perspektive ist daher, die alte Verknüpfung von Markt und Planungsunsicherheit zu durchbrechen, d.h. den Charakter von Marktbeziehungen selbst zu verändern“ (Wittke 1989, 48). Dies geschieht z.B. durch die datentechnische Verknüpfung zwischen Abnehmer- und Zulieferindustrie, wodurch die Zulieferer eng an die Planungs- und Produktionsprozesse der Endabnehmer angebunden werden. Angestrebt wird damit die Beseitigung von Stockungen des Materialflusses und weitergehend der Aufbau einer just-in-time-Produktionslogistik. Dadurch werden - trotz formeller Selbständigkeit - Unter-

Neue Rationalisierungsstrategien, Finanzklemme und Globalisierungsprozesse verschieben die Koordinaten wirtschaftspolitischer Steuerung.

nehmensgrenzen durchlässiger, Abhängigkeiten (ungleichmäßig) vertieft, aber auch Risiken und Kosten neu verteilt, d.h. vor allem auf die Zulieferer abgewälzt (vgl. Strutyński 1993).

Die an Bedeutung gewinnende Zielgröße Flexibilität erzwingt auch eine Reorganisation herkömmlicher Betriebs- und Unternehmensstrukturen. Die dem Taylorismus entsprechende Ausdifferenzierung und Zentralisierung der Produktion vor- bzw. nachgelagerten Funktionen mit ihren im Ergebnis hierarchischen und bürokratischen Strukturen gehen gerade auf Kosten von Marktnähe und Flexibilität, weshalb im Zuge unternehmensweiter Reorganisationsprozesse zentralisierte Funktionen durch Dezentralisierungsmaßnahmen gelockert werden (Pitz 1989; Wirtschaftswoche v. 13.9.91). Die neuen Dezentralisierungskonzepte zielen auf die „Einführung von Elementen einer marktförmigen Vermittlung unternehmensinterner Abläufe. Die neuen Einsatzmöglichkeiten avan-

zierter IuK-Technologien führen in dieser Perspektive nicht zu einer Entwicklung von Ablauforganisation und Entscheidungsstrukturen in Richtung auf die Perfektionierung eines engmaschigen Regelungsnetzes und der direkten Kontrolle von Einzelentscheidungen. Der Zielpunkt scheint vielmehr in einer ‘kontrollierten Autonomie’ zu liegen, bei der Transparenz und Kontrolle sich ganz bewußt auf Rahmendaten und Entwicklungstrends beschränken“ (Wittke 1989, 49).

Wie weitgehend und erfolgreich sich die neuen Rationalisierungs- und Unternehmensstrategien durchsetzen werden, läßt sich noch nicht absehen. Sicher scheint, daß das Nebeneinander unterschiedlicher Rationalisierungskonzepte bestehen bleibt, zu disparat sind die jeweiligen betriebs- und branchenspezifischen Umstände. Alte tayloristische Konzepte werden nicht einfach verschwinden, wohl aber an Bedeutung verlieren. Es spricht viel für die Herausbildung und Verbreitung systemischer Rationalisierungskonzepte und -strategien; dabei zeichnet sich gegenwärtig nicht die möglichst weitgetriebene Automatisierung von Fertigung und Montage ab, vielmehr lassen sich vermehrt Versuche ausmachen, via Aufwertung und Neuorganisation der lebendigen Arbeit beträchtliche Produktivitäts- und Flexibilisierungspotentiale zu erschließen (vgl. Dolata 1992, 44f.; vgl. auch Schumann et al. 1989).

Die postfordistischen Rationalisierungs- und Unternehmenskonzepte erfassen zunehmend auch den Dienstleistungsbereich (Baethge/Oberbeck 1990), dessen Produktivitäts- und Rationalisierungspotential noch weitgehend unausgeschöpft ist. Damit schwindet aber die Hoffnung, daß der Übergang zur „Dienstleistungsgesellschaft“ perspektivisch die Arbeitsplatzverluste im sekundären Sektor kompensiert. Die in den nächsten Jahren zu erwartenden Produktivitätsschübe im Produktions- und im Dienstleistungssektor führen zum „jobless growth“. Die stagnative Grundtendenz der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung erfährt dadurch neue Nahrung. Der Umbruchprozeß läuft Gefahr, in eine „tertiäre Krise“ umzuschlagen (Zinn 1993).

Die neoliberal-monetaristisch geprägte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die über eine Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen (vor allem über Lohn(neben)kostenreduk-

* Ralph Graf, Goslar, Diplom-Sozialwissenschaftler

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im Februar '94:

Thema: Deutschland auf den Begriff gebracht. Neudeutsches Wörterbuch zu: Familie, Gemeinschaft, Identität, Normalität, Politikverdrossenheit, Sicherheit, Standort, Zukunft • SEAT — das Ende von Francos Modellfabrik • IG Metall in der Defensive • Studies im Streik • Streit um Neonazi-Film • Mexiko: Hintergründe



links

Mit Beiträgen von:

Steffen Becker, Ulrich Brand, Thorsten Cabalo, Volker Heins, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jürgen Roth, Beatrix Schlemmer, Heinz Steinert, Manfred Wiczorek, Thomas Wolf u.a.

Ich bestelle

○ 1 Exemplar links Heft 2/94
zum Preis von 8,- DM
(nur gegen Vorauskasse:
Briefmarken, Scheck etc.)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 63020 Offenbach

tion, Senkungen der Unternehmens- und Gewinnsteuern und Deregulierung) Investitionen anregen und Arbeitsplätze schaffen will, ist angesichts dieser strukturellen Krisenkonstellationen und Entwicklungstrends nicht nur völlig unangemessen, sondern trägt nicht unerheblich dazu bei, die vorhandenen krisenhaften ökonomischen Disproportionen (zwischen Realakkumulation und monetärer Akkumulation, zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage, unausgelastete Kapazitäten, regionale Disparitäten etc.) zu vertiefen. Eine alternative Wirtschaftspolitik muß demgegenüber realisieren, daß es gegenwärtig nicht an Kapital mangelt, wie auch die nach Mitteilung der Bundesbank hohen und kurzfristig verfügbaren Finanzanlagen der Produktionsunternehmen deutlich machen, sondern an ausreichend zahlungsfähiger Endnachfrage und vor allem an zukunftsträchtigen Märkten.

Die Finanzkrise des Staates

Kehrseite der anhaltenden Beschäftigungskrise ist die Finanzkrise des Staates, die in der Bundesrepublik durch die deutsche Vereinigung eine erhebliche Zuspitzung erfahren hat. Die hohe Neuverschuldung der letzten Jahre hat zu einer deutlichen Zunahme der öffentlichen Gesamtverschuldung geführt. Ende 1993 beträgt die Schuldenquote 57%; in diesem Jahr wird mit ihrem Anstieg auf 60% gerechnet. Ende der 80er Jahre betrug die Schuldenquote noch 42%; zu Beginn der 70er Jahre lag diese erst bei 20% (vgl. FAZ-Informationen 1993). Entsprechend erhöhten sich die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte. Beliefen sich die Zinslasten 1979 noch auf 7,5% des gesamten Steueraufkommens, waren es 1990 bereits etwas über 10% und für 1994 wird gar mit einem Anstieg auf über 15% gerechnet. Daraus ergeben sich *einige unerfreuliche Konsequenzen:*

• Die anhaltend hohe Kreditnachfrage des Staates (im Verein mit einer nach wie vor restriktiven Geldpolitik) wirkt nachhaltigen Zinssenkungen entgegen. Z.Z. wird die private Geldvermögensbildung (Sparquote) weitgehend vom staatlichen Kreditbedarf absorbiert. Die Bundesrepublik ist daher zum Nettokapitalimporteur avanciert. Die Gläubiger erwarten eine rentierliche Verzinsung und eine stabile Währung. Und diesen Erwartungen muß entspro-

chen werden, und dies umso mehr, je abhängiger ein Land von Kapitalimporten ist.

• Die jährliche Neuverschuldung des Staates wird nicht zuletzt von steigenden Zinslasten absorbiert und in die Höhe getrieben. Zwar wäre unter den derzeitigen Bedingungen geringer Kapazitätsauslastung des produktiven Sektors und einer in vielerlei Hinsicht verbesserungsfähigen und erneuerungsbedürftigen öffentlichen Infrastruktur eine Ausweitung öffentlicher Investitionen konjunkturpolitisch wünschenswert, aber angesichts der bereits bestehenden hohen (Neu) Verschuldung kaum über eine weitere Kreditaufnahme zu finanzieren sein. Dagegen sprechen weniger ökonomische Grenzen der Staatsverschuldung, wohl aber politische. Diese bestehen vor allem dann, wenn damit zu rechnen ist, daß die Geldpolitik der Bundesbank expansiven finanzpolitischen Initiativen durch Zinserhöhungen gegensteuern wird.

Allenfalls wäre eine Finanzierung über eine gering verzinste Zwangsanleihe für Haushalte mit relevantem Vermögenseinkommen überlegenswert. Die Argumentation für zusätzliche kreditfinanzierte öffentliche Programme sollte grundsätzlich bedenken, daß öffentliche Verschuldung auch eine staatlich vermittelte Umverteilung zugunsten der „Zinszehrer am Mehrwert“, also der vermögenden Haushalte mit entsprechenden Zinseinkünften, zur Folge hat. Dies gilt umso mehr, je geringer der von diesen Einkommensgruppen erhobene „Lastenausgleich“ oder Solidarbeitrag zur Finanzierung der Vereinigungs- und Beschäftigungskrise ausfällt.

• Auch der Vertrag von Maastricht mit seinen restriktiven finanzpolitischen Vorgaben für die Durchführung der europäischen Währungsunion (die Schuldenquote darf die 60%-Marke nicht überschreiten, die jährliche Neuverschuldung nicht über 3% hinausgehen) erzwingt eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Allgemeine Steuer- und Abgabenerhöhungen, wie sie bisher immer wieder einfalllos von der konservativ-liberalen Regierung praktiziert werden, dürften zukünftig an politisch nicht mehr vermittelbare Grenzen stoßen. Dagegen wäre die politisch wirklich gewollte Bekämpfung der Steuerhinterziehung und eine selektive Steuererhöhung für überdurchschnittlich Verdienende und Vermögende (z.B. höhere Besteuerung

des Immobilienbesitzes und eine höhere Erbschaftssteuer) eine unter sozialen Kriterien wünschenswerte und daher auch politisch vertretbare Form der Stärkung der öffentlichen Einnahmen. Auf der anderen Seite muß die staatliche Ausgabenentwicklung unter Kontrolle gehalten werden. Es steht zu befürchten, daß dazu auch zukünftig bevorzugt die Sozialhaushalte zur Ader gelassen werden. Die krisenbedingt verursachte Scherenbewegung der Sozialhaushalte (sinkenden Beiträgen stehen wachsende Ausgaben gegenüber) und allein schon ihr beachtlicher quantitativer Umfang scheinen nicht nur den konservativ-liberalen Haushaltspolitikern hier weitere Einschnitte unumgänglich zu machen. Alternativen wären die schrittweise, aber entschlossene Rückführung der Subventionen und deutlichere Ausgabenkürzungen im Verteidigungshaushalt. Die Kürzung der Personalausgaben vermittels einer Reduzierung des Staatspersonals würde demgegenüber die Beschäftigungskrise bzw. „tertiäre Krise“ verstärken. Welcher Weg auch beschritten wird, der öffentliche Dienst, der größte Arbeitgeber, wird zukünftig kaum zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen können.

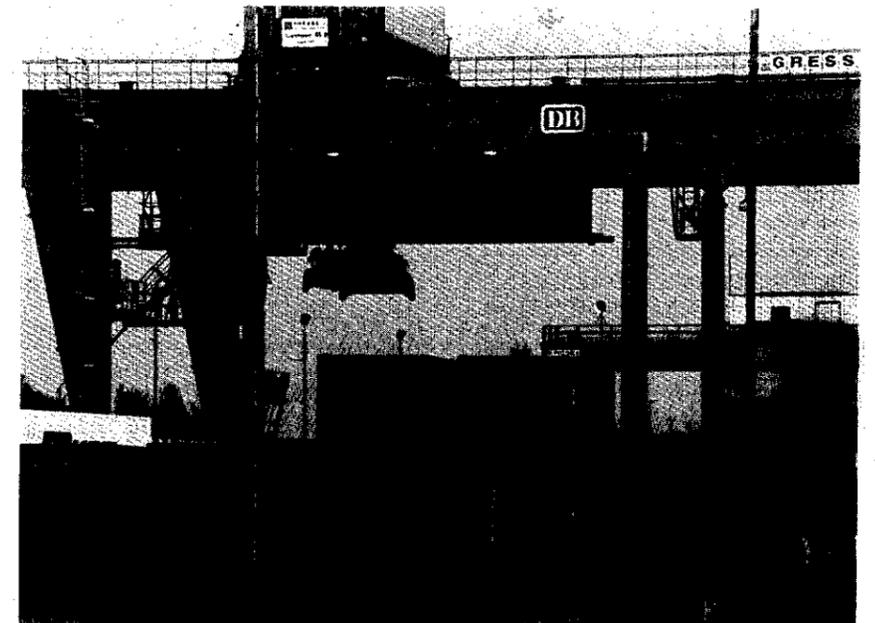
Die Globalisierung der Ökonomie untergräbt nationalstaatliche Steuerungsversuche

Obwohl eine Stärkung der Binnen- nachfrage derzeit notwendig ist und deshalb Reallohnsenkungen und der von der konservativ-liberalen Bundesregierung betriebene Abbau des Sozialstaats krisenverschärfend wirken, muß man sich darüber im klaren sein, daß kreditfinanzierte staatliche Nachfrageprogramme unter den gegebenen Bedingungen kein geeignetes Instrumentarium mehr sein können, um Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, zumal aufgrund der fortgeschrittenen Internationalisierung der Ökonomie damit zu rechnen ist, daß die staatlich stimulierte Nachfrage zu einem Teil ins Ausland abfließen wird, was auch die fiskalischen Selbstfinanzierungseffekte durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben und verringerte Sozialausgaben mindert.

Auch das geldpolitische Instrumentarium hat im Zuge der Internationalisierung der Ökonomie und vor allem der Finanzmärkte an Steuerungskompetenz

eingebüßt. Die Zinssenkungsspielräume werden durch die auf den internationalen Finanzmärkten gebildeten Zinssätze begrenzt, Fritz Scharpf nennt das „Verlust der nationalen Zinssouveränität“. Eine (deutliche) Unterschreitung dieses internationalen Zinsniveaus würde einen u.U. erheblichen Kapitalabfluß mit den entsprechenden ökonomischen Instabilitäten für den betreffenden Wirtschaftsraum provozieren, was einen wirtschafts- und geldpolitischen Kurswechsel rasch erzwingen würde. Dies heißt allerdings nicht, daß die Bundesbank gegenwärtig keinen weiteren Zinssen-

mit ihren vielfältigen gewinnträchtigen Spekulationsmöglichkeiten die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Steuerungskompetenz von Nationalstaaten. Zunehmend bedeutsam wird die nach dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten nunmehr globalisierte Standortkonkurrenz. Die Globalisierung der Ökonomie und der Kommunikationsnetze im Zusammenspiel mit einer sich weltweit durchsetzenden Politik der Deregulierung ermöglicht das *global sourcing* des Kapitals, die Standortauswahl und Beschaffung nach den jeweils günstigsten Bedingungen. Daß hierbei



kungsspielraum besitzt; eine Senkung der Leitzinsen ist aufgrund der nach wie vor niedrigen Zinsen in den USA durchaus möglich und konjunkturpolitisch wünschenswert. Die monetaristische Doktrin der Bundesbank wie die Stabilitätsinteressen der Banken und Geldvermögensbesitzer stehen dem allerdings entgegen.

Die Kehrseite des extern vorgegebenen Zinsniveaus ist die damit gesetzte Mindestrendite für privatwirtschaftliche Investitionen. Hohe Zinsen bedeuten für den potentiellen Investor in Realkapital ja nicht nur einen erheblichen Kostenfaktor, der nicht selten bedeutender ist als die Lohnkosten, sie verweisen zugleich auf eine relativ risikolose, äußerst rentierliche alternative Geldkapitalanlage. Hohe Zinsen schnüren den Akkumulationsprozeß also von zwei Seiten ein.

Doch untergraben nicht nur die deregulierten internationalen Finanzmärkte

Lohnkosten auch eine Rolle spielen, liegt auf der Hand und dies ist zweifellos der reale Kern neoliberaler Argumentation. Die Verlagerung von Produktions- und Verwaltungsbereichen greift in der Tat um sich. So haben z.B. Lufthansa und Swissair ihren Buchhaltungsbereich nach Indien ausgelagert oder läßt die französische Justiz Gesetzestexte von chinesischen Studenten in Beijing auf Disketten speichern (vgl. Betz 1993). Und wo die Auslagerung (noch) nicht erfolgt, erfüllt zumindest die Androhung ihren Zweck. Die in der gegenwärtigen Krise offenkundig gewordenen Wettbewerbsprobleme des deutschen Produktionssektors, die durch den lang anhaltenden Aufschwung der 80er Jahre und den darauffolgenden Vereinigungsboom lange Zeit verdeckt blieben, sind allerdings kaum einem überhöhten Lohnniveau und überbordenden Sozialleistungen zuzuschreiben (vgl. Adamy

1993), wie die neoliberale Apologetik nimmermüde suggeriert, sondern überwiegend Resultat von Managementdefiziten und einer verschlechterten technologischen Wettbewerbsfähigkeit (Welsch 1992). Am Beispiel der Automobilindustrie, dem Aushängeschild des bundesdeutschen Fordismus, wurden diese Schwächen von der mittlerweile berühmt berüchtigten MIT-Studie (Womack et al. 1991) drastisch offengelegt: Bezüglich Produktivität (benötigte Arbeitsstunden je produziertem Fahrzeug), Produktqualität, Abwesenheitsrate der Arbeitnehmer, Lagerfläche bzw. -kosten etc. hinken die europäischen Autoproduzenten ihren amerikanischen und vor allem ihren japanischen Konkurrenten deutlich hinterher. Verantwortlich für diesen Konkurrenzvorsprung der japanischen Autoindustrie ist eine „neotayloristische“, hochflexible Produktions- und Arbeitsorganisation bzw. eine spezifische Strategie der Produktionsmodernisierung, in deren Zentrum die gleichzeitige Realisierung von Kosteneffizienz und Qualitätsverbesserung steht (ebenda). Möglich wird dies durch die umfassende und intensive Nutzung des Flexibilitäts- und Leistungspotentials der lebendigen Arbeit. Beteiligung, Motivation, Qualifikation und Kooperation spielen in japanischen Unternehmen eine hervorragende Rolle. 1)

Die hinsichtlich Produktivität, Flexibilität und Qualität bestehende Dominanz japanischer Unternehmen, die sich im übrigen keineswegs auf die Automobilindustrie beschränkt, hat die übrigen Weltmarktkonkurrenten unter erheblichen Anpassungsdruck gesetzt. Für die 90er Jahre muß daher mit einer sich beschleunigenden Internationalisierung der Produktionsstandorte und verstärkten Rationalisierungsanstrengungen gerechnet werden, die nicht nur die oben beschriebene neue, systemische Qualität aufweisen, sondern zugleich auch nur im Kontext einer weltmarktvermittelten globalen Innovationskonkurrenz zu interpretieren sind (vgl. Dolata 1992), bei der Lohnkostendifferenzen allerdings einen nicht unbedingt ausschlaggebenden Stellenwert für Investitionsentscheidungen spielen dürften.

Und die Alternativen?

In dem Maße, wie der desaströse internationale Verdrängungswettbewerb durch den Abbau von Zöllen und anderen Handels- und Investitionsrestriktionen

forziert wird, wird eine Spirale von Lohnsenkung und Sozialabbau ausgelöst, die nur den international operierenden Unternehmen nutzt, für Regionen und nationale Räume aber verheerende ökonomische, soziale und politische Folgen zeitigen dürfte. Scharfe Segmentierungen des Arbeitsmarktes und tiefgehende Spaltungen des Sozialstaates, dessen Leistungsniveau zudem deutlich abgesenkt wird, werden die Marginalisierung, Verarmung und Ghettoisierung immer größerer Bevölkerungsteile beschleunigen. Die Dritte Welt kehrt in die Metropolen zurück. Dies ist mitnichten ein Plädoyer für den Protektionismus, sondern lediglich die schlichte Feststellung, daß die Entfesselung der Marktkräfte, und nichts anderes besagt die Freihandelsdoktrin, mehr Probleme schafft als sie löst (vgl. Graf 1993). Die Regulierung der internationalen

Die Regulierung der internationalen Ökonomie unter sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien ist die große Herausforderung der nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte.

Ökonomie unter sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien ist die große Herausforderung der nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte.

Die Politik des „Weiter so“ eröffnet äußerst bedrückende Perspektiven. Auch einige sozialdemokratische Modifikationen am bisherigen Kurs werden da kaum etwas wesentliches ändern. Doch was ließe sich überhaupt anders machen? Die bisherigen Überlegungen haben ja ausdrücklich auf die schwindende Steuerungskompetenz des Staates hingewiesen und es ließen sich noch weitere, keineswegs unbedeutende Restriktionen staatlichen Handelns diskutieren (vgl. Graf 1993a). In der Tat, die (wirtschafts)politischen Steuerungschancen des Nationalstaats, auch eines keineswegs unbedeutenden wie des bundesdeutschen, sind bescheidener geworden. Doch heißt dies eben nicht, daß die noch verbleibenden, mehr oder minder gerin-

gen Interventionsspielräume damit irrelevant werden. Der Nationalstaat und seine Aktionen bleiben wichtig, trotz aller Globalisierungstendenzen. Freilich muß die Politik ihr Instrumentarium verfeinern und den neuen Bedingungen anpassen.

1. Die Einführung einer *ökologischen Steuerreform* (in erster Linie und zunächst stünde die Einführung einer Energiesteuer auf der Tagesordnung) bei gleichzeitiger steuerlicher bzw. sozialbeitragsmäßiger Entlastung der Lohn(neben)kosten wäre ein gezielter punktueller politischer Eingriff mit mittelfristig vermutlich bedeutsamen Wirkungen (vgl. Weizsäcker 1993). Das Aufkommen aus der Öko-Steuer dürfte dabei gerade nicht nur für ökologische Projekte verwendet werden, sondern müßte auch – darin läge ja der Witz – für die gezielte Entlastung der Erwerbsarbeit von Lohnnebenkosten und für Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verwendet werden. Der damit zum Tragen kommende Widerspruch zwischen der Lenkungs- und gleichzeitigen Finanzierungsfunktion solch einer Steuer, ließe sich durch ihre *schrittweise* Einführung bzw. Erhöhung durchaus managen.

2. Mehr denn je stehen *Arbeitszeitverkürzungen* an, wobei bei großen Schritten auf den vollen Lohnausgleich zumindest für die besserverdienenden Lohnabhängigen nötigenfalls verzichtet werden muß. Hier müssen auch neue Formen des Arbeitszeitmanagements erprobt und erlernt werden, nicht nur um die die bisher hauptsächlich praktizierten Formen der Arbeitszeitverkürzung (Wochenarbeitszeit, Jahresurlaub) zu ergänzen und auszuweiten, sondern auch um den vielfältigen, differenzierten Arbeitszeitwünschen der Erwerbstätigen gerecht zu werden. Die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit wie ihre Entkopplung von den Betriebszeiten wird sich kaum verhindern lassen, wenn es wirklich zu spürbaren Arbeitszeitverkürzungen kommen soll. Doch das muß keineswegs ausschließlich zu Lasten der abhängig Beschäftigten gehen, vielmehr liegt hier ein noch weitgehend ungeschöpftes Potential und unbearbeitetes Terrain vor, daß es arbeitszeitpolitisch auszuloten und zu regulieren gilt (vgl. Kurz-Scherf 1994).

3. Last but not least steht die *Internationalisierung der Politik* auf der Tagesordnung: Eine beschäftigungs- und reformorientierte Wirtschaftspolitik ist an-

gesichts der Realität des Weltmarktes auf Flankenschutz in Form international abgestimmter und verbindlich festgelegter sozialer und ökologischer Mindeststandards angewiesen (in einem ersten Schritt innerhalb der EU, vgl. dazu auch Brüggens 1994). Darüber hinaus bedarf es einer international, konzertierten Aktion zur *Reregulierung der Finanzmärkte*, die auf die steuerliche Diskriminierung und Begrenzung spekulativer Finanzanlagen zielt.

Dies sind m.E die strategischen Ansatzpunkte, um dem anhaltenden Beschäftigungsabbau, der internationalen Lohnkostenkonkurrenz, dem Sozial- und Ökodumping und den (zwangsläufig daraus resultierenden) sozialen und ökonomischen Instabilitäten erfolgreich gegenzusteuern.

1) Der von der MIT-Studie hervorgehobene Verbreitungsgrad und hohe Stellenwert von Gruppenarbeit in japanischen Werken weckt jedoch insofern falsche Vorstellungen, als die Konzeption und Praxis von Gruppenarbeit in Japan recht wenig mit den hierzulande diskutierten und auch praktizierten Formen zu tun hat. Zum Charakter und den Besonderheiten von Gruppenarbeit in Japan und zur Kritik an der MIT-Studie siehe die sehr informativen Beiträge von Altmann (1992) und Jürgens (1992).

Literatur

Adamy, W. 1993: Ist der Produktionsstandort Deutschland gefährdet?, in: DGB: Gewerkschaftliche Bildungspolitik 12/1993, S. 279-286

- Altmann, N./Deiß, M./Döhl, V./Sauer, D. 1986: Ein neuer Rationalisierungstyp. Neue Anforderungen an die Industriosozologie, in: Soziale Welt, Heft 2/3, 1986, S. 191-207
- Altmann, N. 1992: Japanische Arbeitspolitik - eine Herausforderung?, in: Hans-Böckler-Stiftung/IG Metall (Hg.): Lean Production. Kern einer neuen Unternehmenskultur und einer innovativen und sozialen Arbeitsorganisation?, S. 24-33, Baden-Baden
- Baethge, M./Oberbeck, H. 1990: Systemische Rationalisierung von Dienstleistungsarbeit und Dienstleistungsbeziehungen. Eine neue Herausforderung für Unternehmen und wiss. Analyse, in: Rock, R. (Hg.): Strukturwandel der Dienstleistungsrationalisierung, Frankfurt/M., S. 149-175
- Betz, H.-G. 1993: Produktionsgewinne, Massenarbeitslosigkeit, Verarmung, in: Kommune 7/1993, S. 9-13
- Brüggens, W. 1994: Perspektiven einer sozialökologischen Regulierung des Weltmarkts, in: spw 1/94, S. 46-51
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1994: Der reale Schock und die enorme staatliche Umverteilung, in: Frankfurter Rundschau v. 13. Januar 1994, S. 10 (Dokumentation)
- Dolata, U. 1992: Weltmarktorientierte Modernisierung. Die ökonomische Regulierung des wissenschaftlich-technischen Umbruchs in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York
- FAZ - Informationsdienste 1993: Wirtschaftsprognose 1994 - Konjunktur und Kapitalmärkte - Deutschland und seine wichtigsten Handelspartner
- Graf, R. 1993: Plan und Markt. Über die Grenzen der Selbststeuerungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung, in: spw 2/93, S. 44-48
- Graf, R. 1993a: Der Staat im entwickelten Kapitalismus - Koloß auf tönernen Füßen?, in: Z. 14, Juni 1993, S. 97-108
- Hirsch, J. 1993: Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: Das

- Argument 198, März/April 1993, S. 195-222
- Jürgens, U. 1992: Lean Production in Japan: Mythos und Realität, in: Hans-Böckler-Stiftung et al. (Hg.): Lean Production. Schlanke Produktion - Neues Produktionskonzept humanerer Arbeit?, S. 25-34
- Kurz-Scherf, I. 1994: Arbeit für alle?! - Plädoyer für eine andere Arbeitsgesellschaft, in: Dettling, W. (Hrsg.): Perspektiven für Deutschland, München
- Pitz, K. 1989: Beschäftigungs-, Produktions- und Produktivitätspolitik für die Autoindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/89, S. 234-244
- Schumann, M. et al. 1989: Breite Diffusion der Neuen Produktionskonzepte - zögerlicher Wandel der Arbeitsstrukturen, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 17, Dezember 1989, S. 1-18
- Strutynski, P. 1993: Differenzierung und Segmentierung der Arbeiterklasse durch neue Produktionskonzepte, in: Z 13, März 1993, S. 76-86
- Weizsäcker, E.U. von 1993: Arbeit und Umwelt. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/93, S. 1047-1060
- Welsch, J. 1992: Akute „Standortschwäche“ oder Strategiedefizite? Industrie- und unternehmenspolitische Versäumnisse als Zukunftsrisiken für den „Industriestandort Deutschland“, in: WSI-Mitteilungen 5/1992, S. 283-293
- Wittke, V. 1989: Systemische Rationalisierung. Zur Analyse aktueller Umbruchprozesse in der industriellen Produktion, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 17, Dezember 1989, S. 41-52
- Womack, J.P./Jones, J.T./Roos, D. 1991: Die zweite Revolution in der Autoindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie des Massachusetts Institute of Technology, Frankfurt/New York
- Zinn, K.G. 1993: Dienstleistungsgesellschaft oder Krise des tertiären Sektors? Zur qualitativen Analyse der Entwicklung reifer Volkswirtschaften, in: WSI-Mitteilungen 1/1993 S. 1-10
- Zinn, K.G. 1993a: Der langsame Abstieg in die Zukunft. Versuch, die langfristigen Ursachen der Wirtschaftskrise zu erfassen, in: Sozialismus 11/1993, S. 25-43

„Eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn“, nannte Karl Barth die „Blätter“...

Die Blätter sind die politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum.

Zwölfmal im Jahr 128 Seiten
Kommentare, Analysen,
Kritik und Dokumente
zur gesamten Bandbreite
deutscher und internationaler Politik.

Herausgegeben von Günter Galus, Rudolf Hickel,
Jörg Hüffschmid, Walter Jens, Gerhard Kade,
Walter Kreck, Reinhard Kühni, Claus Leggewie,
Klaus Naumann, Paul Neuhoff, Ute Osterkamp,
Jens G. Reich, Helmut Ridder, Rainer Rilling, Irene
Runge, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby,
Marie Veit und Rosemarie Will.

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

Einzelheft 14 DM - im Abonnement 650 DM/650 DM (ermäßig)
Bestellungen und kostenloses Probeheft beim Blätter Verlag, Bertha-von-Suttner-Platz 8, 53111 Bonn, Tel.: 0228/ 65 01 33, Fax: 0228/ 65 02 51

Alle Macht den Betriebsräten ?

Die Tarifrunde '94 zeigt eine Trendwende in der Gewerkschaftspolitik

von Barbara Underberg*

Wir müssen die Krise nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif,“ das war schon vor Monaten die Losung, die Hans-Joachim Gottschol, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, herausgab. Gemeint hat er Einsparungen bei den Lohnkosten, die in einer Phase der Rezession, in der viele abhängig Beschäftigte von Arbeitsplatzverlust bedroht sind, leichter durchzusetzen sind. Der Werbefeldzug „Kosten runter, Wirtschaft rauf“ unterstützte denn auch in der Tarifrunde dieses Frühjahrs die Forderung des Arbeitgeberverbandes nach zehn-prozentiger Kostensenkung. Die Gewerkschaften lehnten auch die Einfrierung der Löhne als „rote Null“ ab.

Herausgekommen bei den Verhandlungen der Metallarbeitgeber und der IG Metall ist ein Pilot-Tarifvertrag in Niedersachsen, der eine Lohnsteigerung von zwei Prozent festschreibt, was unter Einrechnung weiterer Regelungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld zu einer Nominallohnsteigerung von 0,02 Prozent führt. Die vereinbarten Lohnerhöhungen anderer Branchen sind ähnlich. Aufgrund der erhöhten Abgabenbelastung und der Preissteigerungsrate, die 1993 im Durchschnitt 4,2 Prozent betrug, kommt für die Beschäftigten ein Reallohnverlust heraus. Das ist in Krisenzeiten nicht weiter ungewöhnlich, auch wenn die Gewinne der Produktionsunternehmen 1993 mit 270 Milliarden Mark immer noch deutlich über sämtlichen Erträgen der achtziger Jahre lagen.

Deregulierung der Arbeitsbeziehungen?

So ist auch nicht die Lohnentwicklung das eigentlich Interessante an der Metall-Tarifrunde '94. Augenfällig ist vielmehr die tarifvertraglich vereinbarte Flexibilisierung der Arbeitszeiten (verknüpft mit Beschäftigungssicherungsmaßnahmen) und die Öffnung der Tarif-

verträge, d.h. die Verlagerung von Entscheidungskompetenz von den Gewerkschaften zu den Betriebsräten:

- Zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen können Betriebsvereinbarungen getroffen werden, um die Wochenarbeitszeit auf bis zu 30 Stunden abzusinken. Gilt die Arbeitszeitverkürzung für die gesamte Belegschaft, verpflichtet sich der Arbeitgeber zum Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und braucht keinen Lohnausgleich zu zahlen.

- Gilt die Arbeitszeitverkürzung jedoch nur für einen Teil der Belegschaft, müssen mindestens 35 Prozent Lohnausgleich gezahlt werden. Dafür sind betriebsbedingte Kündigungen dann nicht ausgeschlossen.

- Von anderen beschäftigungssichernden Maßnahmen (Übernahme des betrieblichen Nachwuchses u.ä.) kann abgewichen werden, wenn der Betriebsrat zustimmt.

Es zeichnet sich eine Entwicklung ab, die die Schutzfunktion der Flächentarifverträge auf die Festlegung von Mindestbedingungen beschränkt und die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen auf die Betriebsebene verschiebt. Bereits Anfang Februar verkündete Walter Riestler, zweiter Vorsitzender der IG Metall und im Vorstand für Tarifpolitik zuständig, daß seine Gewerkschaft zu einer Öffnung der Flächentarifverträge bereit sei, um einzelnen Unternehmen individuelle Lösungen der Arbeitszeitgestaltung und Kostensenkung zu ermöglichen. Generell plädiert er dafür, künftig in Tarifverträgen nur noch Mindestbedingungen als Rahmen zu setzen, dieser Rahmen müsse dann „für unterschiedliche betriebliche Gestaltung“ geöffnet werden.

Da die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft ihrer Vorreiterrolle bislang noch immer gerecht wurde, kann davon ausgegangen werden, daß die Veränderung ihrer Tarifpolitik sich auch bald in anderen DGB-Gewerkschaften zeigt. In der ÖTV deutet sich beispielsweise eine Dezentralisierung der Tarifkompetenz, also die Verlage-

rung an die ÖTV-Vorstände vor Ort, an. In der chemischen Industrie wiederum wurde mit dem neuen Tarifvertrag ein Arbeitszeitkorridor von 35 bis 40 Wochenstunden festgeschrieben, wobei der Betriebsrat einer Arbeitszeitverkürzung oder -verlängerung zustimmen muß.

Entsagen die Gewerkschaften durch diese Kompetenzverlagerung ihrer Schutz- und Gestaltungsfunktion oder ist sie ein Schritt zur Neudefinition gewerkschaftlichen Einflusses unter veränderten ökonomischen Bedingungen?

Erosion des Normalarbeitsverhältnisses

Die Verbetriebligungs- und Dezentralisierungstendenzen sind keiner politischen Entscheidung zur Deregulierung der Arbeitsbeziehungen geschuldet, vielmehr reagieren die Gewerkschaften auf die zunehmende Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Acht-Stunden-Tag, Fünf-Tage-Woche, unbefristete Arbeitsverträge und traditionelle Aufstiegsmuster entsprechen nicht mehr der gesellschaftlichen Normalität der Arbeitsbedingungen. Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeit durch starre Flächentarifverträge zu regeln, trifft immer weniger die Lebensrealität der abhängig Beschäftigten:

- Früher atypische Beschäftigungsverhältnisse, z.B. Teilzeitarbeit, sind insofern zur Regel geworden, als kein Typus mehr auszumachen ist. Die Formen von Arbeitsverhältnissen sind nicht nur von Branche zu Branche, sondern auch von Betrieb zu Betrieb vielfältiger geworden. Damit ändern sich auch die Anforderungen an Flächentarifverträge, die eben nicht mehr allein auf der Grundlage von „Normalarbeitsverhältnissen“ geschlossen werden können - Normalität im traditionellen Sinne gibt es nicht mehr. Damit Tarifverträge nach wie vor der Normsetzung dienen können, gilt es, Normalität neu, also den veränderten Realitäten entsprechend, zu definieren.

- Die gesellschaftlichen Individua-

lisierungstendenzen haben auch eine größere Uneinheitlichkeit der Zeitpräferenzen der ArbeiterInnen zur Folge. Die Beschäftigten verlangen daher nach höherer Zeitsouveränität. Das hat zur Folge, daß einheitliche Arbeitszeitregelungen durch Tarifverträge nicht mehr im Interesse der Beschäftigten sind.

Auf diesem Hintergrund entspricht eine Flexibilisierung der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik den veränderten Bedürfnissen der ArbeiterInnen. Die häufig ins Feld geführte Folgerung, eine höhere Arbeitszeitflexibilität läge im übereinstimmenden Interesse der Arbeitgeber und der abhängig Beschäftigten, daher verliere die kollektive temporäre Konfliktregelung durch Flächentarifverträge an Bedeutung, ist allerdings ein Trugschluß. Die Arbeitgeber wollen eine von ihnen kontrollierte und an den wechselnden Erfordernissen der Produktion orientierte Flexibilisierung der Belegschaft, die Beschäftigten wollen eine „Flexibilisierung“ im Sinne der Steigerung ihrer eigenen Entscheidungsmöglichkeiten. Der Interessenwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit ist also durch Flexibilisierungsmaßnahmen nicht aufzuheben, sondern wird komplizierter, da ein kollektives Interesse der abhängig Beschäftigten schwerer auszumachen ist. Diese verwischten Grenzen erschweren die kollektive Interessenvertretung der Beschäftigten durch die Gewerkschaften. Auch der „Klassenfeind“, der nur durch massenhaft gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte im Zaum zu halten ist, scheint verschwunden.

Unterstützt wird die These von der angeblichen Interessenübereinstimmung zwischen Kapital und Arbeit - höhere Flexibilität sei doch für alle wünschenswert - durch Theorien von der postfordistischen Gesellschaft. Allorten wird über Gruppenarbeit, lean production, lean management und flache Hierarchien diskutiert, als sei diese Betriebsweise bereits eine Selbstverständlichkeit. Der Fordismus, gekennzeichnet durch klassisch-hierarchisches Management, Fließbandarbeit und einen hohen Grad der Arbeitsteilung (Taylorismus) ist jedoch nach wie vor die Regel. Erst sieben Prozent aller Arbeitsplätze sind „postfordistisch“ organisiert (so ein Ergebnis der Panel-Studie des Sonderforschungsbereichs 187 „Neue Informationstechnologien und flexible Arbeitssysteme“ an der Ruhr-Universität Bochum), wengleich eine

weitere Entwicklung in diese Richtung erkennbar ist.

Vom Fordismus zum „Postfordismus“

Die Attraktivität der neuen Produktionsweise für die Unternehmen kommt nicht von ungefähr. Die sich rasch wandelnden Markt- und Wettbewerbsbedingungen erfordern eine flexiblere Produktherstellung, die durch lean production und Gruppenarbeitsorganisation gewährleistet werden kann. Das hat auch Konsequenzen für die gewerkschaftliche Tarifpolitik, da die neue Arbeitsorganisation die Belegschaften mit anderen Problemen konfrontiert als unter fordistischen Bedingungen. Nach dem zehnjährigen Einsatz der IG Metall für die 35-Stunden-Woche, durchgesetzte Regelarbeitszeit in der metallverarbeitenden Industrie ab Herbst 1995, wird aus dem Kampf gegen die Zeit ein Kampf um die Zeit. Ging es bisher vornehmlich um die Arbeitszeitdauer, so liegt der Interessenschwerpunkt heute zunehmend bei Lage und Verteilung der Arbeitszeit.

Allerdings wird der Übergang der bundesdeutschen Ökonomie von der einen zur anderen Produktionsweise ein paar Jahrzehnte dauern. In dieser von der Strukturkrise geprägten Übergangsphase existieren die alte und die neue Form der Arbeitsorganisation nebeneinander. Hinzu kommen die verschiedensten Mischformen: Fließbandproduktion kombiniert mit neuer Personalpolitik, flexible Fertigung in Verbindung mit traditionellem Management usw. Die Gewerkschaften sind gezwungen, ihre Tarifpolitik an die veränderten Realitäten der Übergangsphase anzupassen.

Neben dem Zwang, auf die Unterschiedlichkeit der Produktionsweisen und der Bedürfnisse der Beschäftigten reagieren zu müssen, bietet die Überwindung des Fordismus den ArbeitnehmerInnenvertretungen auch die Chance, ihre Gestaltungsmacht auszuweiten. Bereits der Begriff „Postfordismus“ deutet an, wie tief die Krise ist, in der die spätkapitalistische Ökonomie steckt: Er beschreibt lediglich, daß der Fordismus ausgedient hat. Für die neue Produktionsweise existiert kein Terminus, weil kein Konzept für sie besteht. Auch lean production bedeutet nur Produktivitätssteigerung durch Rationa-

lisierung, also wahrlich keine neue Unternehmensstrategie. Es ist nicht klar, wie genau diese neue Rationalisierungsstrategie aussehen soll, auf der Suche nach neuen Modellen landen viele Unternehmen in der Sackgasse.

Die Chance der Strukturkrise

Diese konzeptionslose Abkehr vom Fordismus, der Übergang zu einer wie auch immer gearteten neuen Produktionsweise, ist die Strukturkrise. Selbst die *Wirtschaftswoche*, sozialistischer Bestrebungen unverdächtig, titelte Ende März dieses Jahres „Betriebsräte - Die Schattenbosse“ und veranschaulichte die Vorteile der Mitbestimmung von Betriebsräten bei Unternehmensentscheidungen. Die BelegschaftsvertreterInnen entwickelten sich zu Managementprofis, das Prinzip des Co-Managements sei auf dem Vormarsch. Bemerkenswert ist die Erkenntnis der Vertreter des Marktradikalismus, daß oft nur die Beteiligung der Beschäftigten an ökonomischen Entscheidungen - über arbeitsorganisatorische Fragen hinaus - den Erhalt gefährdeter Betriebe sichert und der Profitsteigerung dient.

Was in der Betriebswirtschaft Co-Management genannt wird, kann politisch als Möglichkeit zur Demokratisierung von Unternehmensstrukturen eingeschätzt werden. Für eine gewinnorientierte Produktion ist das Kapital zunehmend auf die Einsatzbereitschaft und die Kooperation der abhängig Beschäftigten angewiesen. Der Abschied von der fordistischen Produktionsweise erfordert von den abhängig Beschäftigten höhere Qualifikationen. Sie müssen, um flexibel einsetzbar zu sein, einen größeren Überblick über den Produktionsprozeß haben. Damit kann die Belegschaft, die mitten im Produktionsprozeß steckt, immer häufiger besser als theoretisch und fachfremd ausgebildete Manager beurteilen, wie der Betrieb zu retten oder eine weitere Produktivitätssteigerung zu erreichen ist.

Darin liegt die Chance für die Gewerkschaften und die Betriebsräte, die Strukturkrise im Sinne der abhängig Beschäftigten zu nutzen. Veraltete, unausgereifte oder fehlende Unternehmenskonzepte erhöhen die Abhängigkeit des Kapitals von der Kooperationsbereitschaft der Beschäftigten. Verweigert eine Belegschaft dem Unternehmen seine Kenntnisse und Innovationskraft, ist

* Barbara Underberg, SHB-Vorsitzende und AStA-Sozialpolitikreferentin in Bochum

Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:

Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

es nicht länger wettbewerbsfähig. Daraus resultiert eine größere Verhandlungsmacht der Arbeitnehmervertretungen. Durchsetzungschancen für die Humanisierung der Arbeitsbedingungen und vermehrte Zeitsouveränität nehmen zu.

Diese gestiegene Verhandlungsmacht kann aber noch weitergehend genutzt werden. Die Gewerkschaften haben nun die Gelegenheit, Formen der Arbeitsorganisation durchzusetzen, die, weil gewinnbringend, eine Demokratisierung der Produktionsstrukturen zur Folge haben könnten. Das Prinzip der Gruppenarbeit weiterzuentwickeln, kann ein Schritt in diese Richtung sein, denn es erlaubt den Beschäftigten bereits Entscheidungen über Zeitzuweisung und teilweise über Mittelverwendung.

Was hier klingt, als sei es zum Sozialismus nicht mehr weit, wenn die Gewerkschaften sich nur ein wenig darum bemühen, bezieht sich nur auf eine kurze Zeitspanne, in der die Chance besteht, die Orientierungslosigkeit des Kapitals in eine Richtung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken. Die Unternehmen des Hochtechnologiebereichs stellen nämlich ihre Produktionsorganisation derweil zügig auf „Fertigungsinseln“ um. Das Prinzip dieser „Profitcenter“ beruht auf möglichst vollständiger Fertigung von Produktteilen oder Endprodukten. Innerhalb eines „Profitcenters“ steuern die Beschäftigten selbst die Arbeits- und Kooperationsprozesse und erfüllen Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollfunktionen. Jede Insel arbeitet wie ein eigenes kleines Unternehmen im Unternehmen: die eine bestellt ihre Betriebsmittel bei einer anderen und beliefert wiederum die nächste. Dadurch kontrollieren die ArbeiterInnen sich gegenseitig, durch Leistungs-, Prämien- oder Investivlöhne wird der Druck auf die einzelnen „Profitcenter“ weiter erhöht.

Ökonomisches Ziel ist, daß die ArbeiterInnen selber für eine wachsende Ausbeutungsrate der Produktivkraft Arbeit sorgen, weil jedeR Beschäftigte unternehmerisch zu denken und zu handeln gezwungen ist. Die Möglichkeiten, die Belegschaft vor wachsendem Konkurrenzdruck und Leistungsverdichtung zu schützen, sind dabei gering. Greifen die Gewerkschaften nicht rasch ein und prägen neue Formen der Arbeitsorganisation, könnte das beschriebene Modell zur Regel werden. Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der gewerk-

schaftlichen Aufgaben noch einmal deutlicher.

Gewerkschaftsaufgaben der Zukunft

Die Qualifizierung der Betriebsräte für ein Co-Management, das nicht nur die unternehmerischen Interessen im Blick hat, sondern auch und gerade soziale und ökologische Ziele verfolgt, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften. Um eine Produktionsweise zu entwickeln, die gesellschaftliche, betriebs- und volkswirtschaftliche Interessen gleichermaßen berücksichtigt, ist eine kompetente und intensiviertere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten und der Aufbau geeigneter Beratungsinfrastruktur vonnöten.

Des weiteren muß die gesellschaftliche Spaltung in „ArbeitsplatzbesitzerInnen“ und Arbeitslose überwunden werden. Es fehlen sechs Millionen Arbeitsplätze, selbst die regierungsamtliche Arbeitslosenzahl liegt mittlerweile bei über vier Millionen. Nur massive Arbeitszeitverkürzung kann die Erwerbslosenrate senken, zumal die neuen Rationalisierungsstrategien immer mehr vor allem gering qualifizierte Beschäftigte „freisetzen“.

Insofern war die Verknüpfung von Beschäftigungssicherungsmaßnahmen mit Arbeitszeitverkürzung im Tarifabschluß der Metallindustrie eine sinnvolle Maßnahme. Doch gerade in einer mit der Strukturkrise kombinierten Konjunkturkrise ist die Öffnung der Flächentarifverträge und die Verlagerung der Entscheidungskompetenz auf Betriebsebene risikoreich. Sie kann in Unternehmen, die rationalisieren wollen, zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen, da die Betriebsräte aufgrund drohenden Belegschaftsabbraus erpressbar sind.

Die Abkehr von der fordistischen Produktionsweise erhöht die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften, aber auch ihre Verantwortung. Ohne die Entwicklung neuer Produktionsstrategien, die Qualifizierung von Betriebsräten und die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften wäre die Trendwende in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik hin zur Öffnung für Betriebsvereinbarungen ein Rückschritt.

Thesen zur „Standortdebatte“

Thorsten Cabalo*

1. Gibt es noch „Standorte“?

Zur „Standortkrise“ wird die derzeitige Konjunkturkrise, weil deutsche Produkte nicht mehr den technologischen Abstand zu Produkten weniger entwickelter Länder aufweisen, der den zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern bestehenden Lohnabstand bisher finanzierbar machte. Weniger entwickelte Länder bieten Produkte vergleichbarer Qualität billiger an.

Die „Standortdebatte“ behandelt den Innovationsverlust in Deutschland und den Qualitätssprung in der Produktion weniger entwickelter Länder als zwei Seiten einer Medaille. Die Lösung liegt dann auf der Hand: Die Innovations- und Verwertungs-Hemmnisse in Deutschland müssen beseitigt werden. Der technologische Abstand muß wiederhergestellt, der Lohnkostenabstand verringert werden.

Tatsächlich handelt es sich nicht um zwei äquivalente Formulierungen desselben Problems. Es wird für den „Standort Deutschland“ möglicherweise nicht damit getan sein, seine „technologische Rente“ - aus Hochtechnologieproduktion erwachsende Extraprofite - zurückzuerobern. Das Zeitalter der technologischen Rente ist möglicherweise vorbei, und das wäre dann eine Anlaß für eine „Standortdebatte“, eine Debatte darüber, was „Standorte“ heute sind.

In einer Epoche der *globalization* denkt das Kapital nicht mehr in Kategorien technologischer Gefälle - Hochtechnologie-standorte“ auf der einen, Billiglohn-standorte“ auf der anderen Seite. Eine technologisch anspruchsvolle Produktion und geringe Lohnkosten bilden keinen Widerspruch mehr. Auch Hochtechnologie- und nicht mehr nur Billiglohnfertigung ist - zumindest im kurzfristigen Kalkül - nur eine der Inseln im Feld des *global sourcing*.

Tatsächlich handelt es sich dabei nicht notwendig um eine historische Entwicklung. Ein *global sourcing* - An-

siedlung einzelner Fertigungsschritte dort, wo sie am günstigsten sind -, das jeden Ort der Welt als ein Bündel von „Standortfaktoren“ wahrnimmt, ist zunächst eine Verwertungsstrategie, deren Realitätsgehalt zu überprüfen bleibt. In Wirklichkeit sind die Voraussetzungen einer weltweiten Konkurrenz von „Standortfaktoren“ weiterhin nicht gegeben. Die Produktion weniger entwickelter Länder erreicht Erstweltstandard nur bei ausgewählten Produkten und einzelnen Produktionsschritten, wobei das *know how* aus dem Norden kommt. Für komplette volkswirtschaftliche Fertigungszüge fehlt die Infrastruktur hochindustrialisierter Länder. Deren hochtechnologische Produktion ist umgekehrt nicht möglich ohne das Umfeld einer Industriegesellschaft - eine differenzierte Zuliefererlandschaft und staatliche „Gratisleistungen“ von der Infrastruktur bis zum Bildungswesen - denkbar. Industrielle Produktion welcher Art auch immer ist keine insulare Kombination von Produktions- oder Standortfaktoren, sondern setzt einen „Standort“ voraus - eine Volkswirtschaft mit einer bestimmten Produktionsweise.

2. Keine Standortdebatte

In Erkenntnis dessen ist die in Deutschland geführte „Standortdebatte“ vor allem konservativ. Es geht darum, veränderten Weltmarktanforderungen und Verwertungsstrategien gerecht zu werden und dabei Stellung des „Standorts Deutschland“ im System der Weltwirtschaft wie inneres Gefüge dieses „Standorts“ zu erhalten. Strenggenommen führen weder die, die den Sozialstaat abschaffen, noch die, die ein begrenztes - Arbeitsbeschaffungs- und Umverteilungsprogramm durchführen wollen, eine „Standortdebatte“. Gesucht wird vielmehr nach Möglichkeiten, das derzeitige deutsche (Sozial-) System so umzubauen - stellenweise zu verschlanken, stellenweise auszubauen-, daß es den Herausforderungen der Zeit gewachsen ist. Einigkeit besteht, das „Modell Deutschland“, das allen eine gewissen Teilnahme am gesellschaftlichen Reichtum ermöglichte und in dem der Staat einen hohen Anteil „allgemeiner Verwertungsvorleistungen“ übernahm,

auf einem niedrigeren Niveau weiterzuführen, Uneinigkeit, auf wie niedrigem.

Von Modernisierung, einer gestaltenden Industrie- und Sozialpolitik, von *Entwicklungspolitik*, ist nicht die Rede. Wenn überhaupt, reicht es nur zu einer - zudem unter Finanzierungsvorbehalt gestellten - Neuaufgabe staatsinterventionistischer Vorschläge. Deren Reichweite steht aber heute in Frage.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Daß staatliche Intervention heute auf ihre Wirksamkeit befragt werden muß, heißt nicht, daß sie nicht mehr sinnvoll oder nicht mehr möglich ist. Möglicherweise ist jedoch ihre hergebrachte, zentralstaatlich orientierte Form nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Die Argumentation, daß das *global sourcing* auf tönernen Füßen steht, weil es Standortnotwendigkeiten ausblendet, ist oberflächlich. Tatsächlich sind Volkswirtschaften heute vielleicht so fragmentiert, daß Industrie- und Sozialpolitik neue Wege gehen, *Entwicklungspolitik* werden müssen. Im Unterschied zu Industrie- und Sozialpolitik geht *Entwicklungspolitik* nicht von der Gegebenheit einer einheitlichen Produktionsweise aus, sondern fragt nach der Sinnhaftigkeit von deren *Schaffung*. Inwieweit die Produktionsweise heute auch in den entwickelten Ländern uneinheitlich wird, ist die *empirische Frage*, die eine „Standortdebatte“ beantworten muß.

Erforderlich ist - um es allgemeiner zu formulieren - eine „Standortdebatte“, die die in Deutschland wie in vergleichbaren Ländern gepflegte Produktionsweise einer Gesamtüberprüfung unterzieht, unter dem Blickwinkel der Arbeitsbeziehungen, der Sozialpolitik, der Industriepolitik, der Ökologie und der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Das bisherige Entwicklungsmodell hat sich erschöpft, nachdem es ohnehin noch nie ein Entwicklungsmodell für *alle Länder* dargestellt hat. Es gilt heute, nach Möglichkeiten eines „nachhaltigen Wachstums“ weltweit zu fragen.

3. Sozialabbau kein „Standortfaktor“

Dazu später mehr. Ich möchte zunächst noch einmal auf die deutsche

* Thorsten Cabalo ist Redakteur der „Bochumer StudentInnenzeitung“ und promoviert über ein sicherheitspolitisches Thema.

„Standortdebatte“ zurückkommen. Die Analyse, daß alle an dieser Debatte Beteiligten am „Modell Deutschland“ im Wesentlichen festhalten wollen, mag überraschen, steht doch im Rampenlicht der Sozialabbau und nicht die Weiterführung des Bestehenden. Tatsächlich handelt es sich um zwei verschiedene Programme. Konjunkturkrise und Standortkritik werden insbesondere von „mittelständischen“ Unternehmern, die neuerdings in verschiedenen Kapitalverbänden den Ton angeben, benutzt, um die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zu verschieben. Eine übliche Kapitalstrategie in der Krise, handelt es sich hierbei heute eigentlich um eine Reminiszenz. Real geht es nicht um die Kräfteverhältnisse zwischen formierten Klassen, sondern um eine Flexibilisierung - wie sie in den Tarifabschlüssen in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst festgeschrieben wurde -, hinter der sich eine Fragmentierung der Produktionsweise oder zumindest der Produktionsverhältnisse, eine „Standorttransformation“ verbirgt. Im alten Sinne verschobene Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, so daß die eine nachher besser dasteht als die andere, beide aber in einer ähnlichen Weise formiert bleiben, sind kein „Standortfaktor“, sondern genauso ideologisch wie die „Rückbesinnung auf die Nation“.

Eine reale Klammer *haben* beide Programme - Sozialabbau und Flexibilisierung der Produktionsverhältnisse - jedoch in der Abkehr vom fordistischen Modell von Massenproduktion und Massenkonsum. Die Produktivkraftentwicklung schreitet über die Massenproduktion hinweg, mithin über Absatz von Massenware auf dem Binnenmarkt und Wohlstand der arbeitenden Klasse. Wie das sich dann verschärft stellende Problem der Organisation ausreichender kauffähiger Nachfrage gelöst werden soll, muß *das Kapital* in einer „Standortdebatte“ beantworten. Das Modell der Zweidrittelgesellschaft, das die Grundlage einer Fortsetzung des fordistischen Massenkonsums unter Bedingungen der Kleinserienproduktion hätte bilden können, hält der kommenden Flexibilisierung der Produktionsverhältnisse nicht stand. Eine „postfordistische“ Lösung des Nachfrageproblems für den Binnenmarkt zeichnet sich nicht ab, eher eine Große Depression. Die Hoffnung auf ausländische Märkte, für die ähnliche Bedingungen gelten, ist unrealistisch. Da jedoch eine

„Standortdebatte“, auch wenn es um einen Standort im Sinne der Herrschenden geht, eine Entwicklungsperspektive aufzeigen muß, kann das derzeitige Zusammentreffen von „Standortdebatte“ und „Sozialabbauprogramm“ nicht als notwendig, sondern muß als (klassen-)politisch bedingt betrachtet werden.

Klar wird: Nicht nur löst sich der „historische Block“ aus Großkapital und Großindustriearbeiterschaft auf, der die Bundesrepublik in „antagonistischer

Es muß einer Weltregionalpolitik um eine „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in allen Weltregionen gehen und nicht um eine Ausbeutung von „Standortfaktoren“, die alle Standorte gleichermaßen ruiniert.

Kooperation“ bisher geprägt hat, sondern die Formierung derartiger Blöcke ist keine rein politische Frage, sondern eine der Produktionsweise. Schon kleinere Veränderungen in der Produktionsweise - und so muß wohl der derzeit stattfindende „Umbruch in der Produktion“ angesichts dessen, was da noch alles auf uns zukommen wird, betrachtet werden - fegen die dazu passende staatliche und gesellschaftliche Regulierung hinweg. Was aber die zu erwartenden zukünftigen Veränderungen angeht, so wäre zu untersuchen, ob auf Grundlage einer sich auf Kleinbetriebe zerstreute Hochtechnologieproduktion ein hinreichender innerer ökonomischer Zusammenhang der Produktionskreisläufe an einem Standort zustandekommen kann. Sie wäre ja der logische Endpunkt von *lean production* und *business reengineering*.

4. „Nachhaltiges Wachstum“

Fehlt auch ein Binnenmarktabsatzparadigma, so könnte doch - das wäre zumindest ein naheliegender Gedanke - eine weitere internationale Handelsverflechtung der entwickelten Industrieländer, die alle eine ähnliche Entwicklung

durchmachen, die Bedeutung einnehmen, die bisher der Binnenmarkt innehatte. Tatsächlich ist die Hoffnung auf einen globalen Postfordismus leer; die „Standortdebatte“ ist auch außenwirtschaftlich konservativ. Tempoverluste bei der Innovation sollen durch Protektionismus aufgefangen werden. Könnten mittel- und osteuropäische landwirtschaftliche Produkte oder Stahl frei in die EU exportiert werden, würde das den Zusammenbruch so mancher EU-ProduzentInnen bedeuten. Zwar verbreitet sich die Erkenntnis, daß alles Gerede von einer Förderung der osteuropäischen Reformen sinnlos ist, solange keine Absatzmöglichkeiten geboten werden. Reale Schritte jedoch werden nicht unternommen. Erforderlich ist eine Markttöffnung, nicht nur für in Mittel- und Osteuropa hergestellte Produkte, sondern für Produkte dortiger Firmen. (Eine versteckte Markttöffnung findet ohnehin dadurch statt, daß Firmen in Westhand übergehen.)

Mit einer Markttöffnung wird die „Standortkonkurrenz“ verschärft, umso mehr wenn wir eine Wanderungsfreiheit hinzudenken. Das ist die Herausforderung für die höher entwickelten Länder, der sie auf dem bewährten Wege der Innovation begegnen wollen. Das kann durchaus fortschrittlich sein. Eine ökologische Orientierung etwa sichert die „Leistungsfähigkeit“ des „Standorts Deutschland“ sowohl auf dem Weltmarkt als auch vor den Herausforderungen der Zeit, den globalen Problemen. Dennoch bleibt das Modell der „Standortsicherung“ dem Muster verhaftet, daß die Dritte Welt immer einen Industrialisierungsschritt hinter der Ersten Welt hinterherhinkt. Ein „Aufholen“ ist nicht möglich.

Diese Versetzung der Produktivkraftentwicklung um jeweils einen Schritt findet jedoch heute nicht mehr innerhalb einer „Produktionsweise“ statt. Eine „gespaltene Produktionsweise“ bildet sich heraus. Während der Norden zum „Postfordismus“ übergeht, erfolgt die Industrialisierung des Südens auf „fordistischer“ Grundlage. Der „Postfordismus“ *beruht* auf der „Auslagerung“ des „Fordismus“. Eine „Standortdebatte“, in der über neue Hochtechnologien nachgedacht wird, die „technologische Renten“ sichern, paßt in dieses Muster.

Tatsächlich muß es aus ökonomischen wie ökologischen Gründen um Technologien gehen, die nicht nur dem Norden, sondern zugleich der Dritten

Welt eine Entwicklung gestatten. Selbst eine rudimentäre Industrialisierung der Dritten Welt auf fordistischer Grundlage ist jedoch ökologisch untragbar. Eine Herabsetzung der Emissionen im Norden etwa, zu der er technologisch in der Lage ist, reicht nicht aus, da eine Industrialisierung im Süden global zu einem Ansteigen der Emissionen führt, eine Entwicklung, die unter der derzeitigen Technologie unvermeidbar ist, da die Dritte Welt nicht nach vom Norden festgesetzten ökologischen Maßstäben produzieren kann, sondern ihr Überleben sichern muß.

Ökonomische wie ökologische Unmöglichkeit eines Exports des bisherigen Industrialisierungstyps in die Dritte Welt, während der Norden zu einem neuen Typ übergeht, fallen in der Förderung nach Technologien zusammen, die der Unterentwicklung wie der ökologischen Situation auf der Welt gerecht werden, die auch unter anderen als hochindustriellen Bedingungen eingesetzt werden können, eine „sanfte Hochtechnologie“. Erforderlich ist ein globaler Überlebens- und Entwicklungspakt, eine *gemeinsame Entwick-*

lung auf derselben technologischen Basis, nur darum kann es in einer fortschrittlich gewendeten „Standortdebatte“ gehen. Es muß einer Weltregionalpolitik um eine „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in allen Weltregionen gehen und nicht um eine Ausbeutung von „Standortfaktoren“, die alle Standorte gleichermaßen ruiniert.

Das ist eher ein Kriterium, das an praktische entwicklungspolitische Vorschläge anzulegen ist, als ein Programm, aus dem Maßnahmen zur Herbeiführung eines solchen Entwicklungspakts abgeleitet werden könnten. Dazu ist es zunächst zu abstrakt, und so abstrakt sollte es denn auch genommen werden. Der Versuch, einen „Entwicklungspakt“ inhaltlich zu konzipieren, könnte sonst leicht zu unsinnigen internationalen Solidaritäts- oder auch UNO-Hoffnungen führen. Meine Überlegungen stehen also nicht gegen die von Willi Brüggens in *spw 75* vorgeschlagene Rückbesinnung auf bilaterale Handelsverträge, sondern verstehen sich eher als Nachdenken darüber, was denn außer dem reinen Warenaustausch Gegenstand etwa solcher Handels- bzw. Ko-

operationsverträge sein könnte. Es geht mir also weniger um (womöglich neue) politische Instrumente - die im Detail auszuarbeiten mir die Kompetenz fehlt - als darum, wozu sie benutzt werden sollten.

Eine ähnliche Überlegung scheint mir hinter dem jüngst aus den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion vorgebrachten Vorschlag zu stehen, die laufende Gesetzgebung - also ein nicht eben neues Instrument - auf ihre entwicklungspolitischen Konsequenzen zu überprüfen, indem Begründungen von Gesetzentwürfen zukünftig auch eine Aufstellung ihrer zu erwartenden Auswirkungen auf die Dritte Welt enthalten sollen. Diese Anregung verschwand zwar bald wieder in der Versenkung, stieß aber doch auf eine erstaunliche Resonanz aller Fraktionen. Im Sinne eines *globalen Entwicklungspakts* müßte dieser Teil der Gesetzesbegründung nicht nur den Nachweis enthalten, daß geplante Maßnahmen der Entwicklung nicht abträglich sind, sondern der Herstellung gleicher Produktions- und Lebensverhältnisse förderlich.

Reiner Hoffmann/Ulrich Mückenberger (Hrsg.)

Die Wahrheit der Träume

1968 und heute - ein Kaleidoskop

1994 - 187 S. - DM 26,00
ÖS 203 - SFR 27,30 - ISBN 3-924550-96-4

In Vorbereitung:

Reiner Hoffmann/Manfred Wannöfel (Hrsg.)

Soziale und ökologische Sackgassen ökonomischer Globalisierung

Das Beispiel NAFTA

1994 - ca. 250 S. - ca. DM 44,00
ÖS 343 - SFR 45,30 - ISBN 3-924550-99-9

Karl Bruckmeier

Strategien globaler Umweltpolitik

1993 - 297 S. - DM 39,80
ÖS 311 - SFR 41,0 - ISBN 3-924550-88-3

Alain Lipietz

Berlin, Bagdad, Rio

(einsprüche Bd. 3)
1993 - 130 S. - DM 25,00
ÖS 195 - SFR 26,30 - ISBN 3-924550-90-5

Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf

Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung.

Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht

1993 - 300 S. - DM 38,00
ÖS 297 - SFR 39,20 - ISBN 3-924550-79-4

PROKLA 94

Politik in Deutschland

1994 - 168 S. - DM 18,00
ÖS 141 - SFR 19,00 - ISBN 3-929586-04-5

PROKLA 93

Europäische Linke

1993 - 161 S. - DM 18,00
ÖS 141 - SFR 19,10 - ISBN 3-929586-02-9

Themenschwerpunkte der nächsten Hefte:

PROKLA 95

Internationale Institutionen 50 Jahre nach Bretton Woods

(Juni 94)

PROKLA 96

Fundamentalismus und neue Religiosität

(Sept. 94)

PROKLA 97

Zwischen Markt und Staat

(Dez. 94)

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 02 51/6086080

Wege aus dem Jammertal

Ansätze zur Neuverteilung der Arbeit in der Krise

von Alexandra Kramm*

Eigentlich ist die Situation klar:

Die Gleichstellungspolitik der letzten Jahre hat zu einer stückweisen Verbesserung der Situation der Frauen geführt, die Abhängigkeit der Frauen verringert, die Rollenbilder aufgeweicht, das Patriarchat modernisiert. Dedoch Selbstbestimmung ist damit längst nicht erreicht.

• Die Frauenbewegung ist von den zahlreichen Niederlagen beim Kampf um die Abschaffung des § 218 geschwächt, leidet noch immer unter den Folgen der Vereinigung und kann die existierenden Widerstände der Frauen zur Zeit kaum bündeln.

• Die Krise schlägt zu - und trifft die Frauen am härtesten. Arbeitsplatzverluste in Massen und kaum Chancen auf neue bezahlte Arbeit prägen den Alltag der Frauen. Gleichzeitig befinden sich die schwer erkämpften Gleichstellungsmaßnahmen in der Gefahrenzone des Rotstifts.

Dennoch wird die Lage von den Frauen vielstimmig interpretiert. Auf der einen Seite wird das Thema Gleichberechtigung als „erledigt“ bezeichnet, weil sie weitgehend erreicht sei. Auf der anderen Seite wird argumentiert, daß die Frauen so sehr mit dem Rücken zur Wand stehen, daß sie nur noch das bisher erreichte verteidigen können. Beides schließt ein, sich mit der Situation zufrieden zu geben. Gerade die letztere Variante verharrt im Abwehrkampf ohne weiterreichende Perspektive.

Aber wir wollen nicht länger nur jammern, anklagen und auf bessere Zeiten warten. Vielmehr geht es darum, auch in der Krise Konzepte für die Gleichstellung der Geschlechter zu finden, die Umbruchsituation für eigene Interessen zu nutzen und die Krisenlösung nicht allein den Männern zu überlassen. Nur mit einem mittelfristigen, klaren Ziel kann es gelingen, die vielfältigen Interessen der Frauen zu bündeln und mit neuer Kraft gestaltend zu wirken. Dieses Ziel muß in Zeiten ökonomischer Krisen die Neuverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit sein.

mischer Krisen die Neuverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit sein.

Strategiedebatte, jetzt?!

Die Frauenbewegung lebt! Das jedenfalls hat der erste bundesweite FrauenstreikTag am 8. März '94 gezeigt. Über eine Million Frauen beteiligten sich an Straßenblockaden, Gipfelerstürmungen, alternativen Einkaufsummeln und vielen anderen Aktionen zum Internationalen Frauentag. Sie ist nicht nur weiter lebendig, sondern bunt, einfallreich und vielfältig. Aber was wollen die Frauen mittelfristig unterhalb des globalen Ziels der Abschaffung des Patriarchats erreichen? Eine Antwort darauf ist von besonderer Wichtigkeit, weil eine Bewegung zum Überleben ein erreichbares Ziel zwischen dem alltäglichen Kampf um die Emanzipation und dem Gesamtziel braucht. Für breite Bündnisse und einhellige Aufrufertexte sind die strategischen Ziele der Frauenbewegung in den Hintergrund getreten. Das war richtig, aber es gilt, nach dem erfolgreichen FrauenstreikTag weiterzudenken und ein klares Vorgehen mit Zielrichtung zu formulieren.

Die Jusos diskutieren seit September '93 in einer Strategiedebatte Zukunftsentwürfe zu Fragen der Reproduktion, Erwerbsarbeit und Sexualität/Beziehung. Gerade die zunehmende Etablierung von Frauenpolitik, aber auch die Vereinigung Deutschlands waren Anlaß, alte Konzepte zu überprüfen und zu ergänzen. Als erstes Ergebnis entstanden die folgenden Thesen zur Doppelten Umverteilung.

Schon im Dezember '92 forderte Mechthild Jansen „Gleichstellung weiterdenken“, ein Konzept der Gestaltung des gesellschaftlichen Ganzen aus Perspektive der Frau zu entwickeln. Ausgehend von dieser Anforderung haben sich die Juso-Frauen vorgenommen, in einer Strategiedebatte Wege aus dem Jammertal zu diskutieren und zu verbreiten. Wiederanknüpfungspunkt für die Bundesfrauenkommission war dabei der Antrag Feminismus/Sozialismus von 1986, in dem die Fragen nach der Orga-

nisation der Erwerbsarbeit wie der unbezahlten Reproduktionsarbeit und ihr Verhältnis zueinander als zentral für die Veränderung des Geschlechterverhältnisses befunden wurden. In der Krise stellt sich die Frage konkreter: Wie läßt sich die Gleichstellung der Geschlechter in die Maßnahmen zum Arbeitsplatzverlust und zur Überwindung der Krise integrieren, so daß eine gesellschaftliche Mehrheit zur Trägerin dieses Konzeptes wird?

Mit dem massiven Abbau von Arbeitsplätzen rückt die Massenarbeitslosigkeit in das Zentrum des Interesses. Der Arbeitsplatzverlust von tausenden überwiegend männlichen Arbeitnehmern bei VW oder AEG mobilisiert Politik und Gesellschaft zum Handeln. Die Krise der Textilindustrie mit ihren hauptsächlich weiblichen Beschäftigten läßt dieselben dagegen kalt. Denn nunmehr ist die Existenz und das Selbstverständnis des gesunden, männlichen Familienernährers in Gefahr. Die Betroffenheit von Frauen bleibt ein „blinder Fleck“, wie Marianne Weg es treffend formulierte (vgl. spw 1/94, S. 21). Lösungsversuche verbleiben in der Hoffnung auf neues Wachstum im Kontext der Standortdebatte dabei, diese Wirtschaftszweige wieder zu stabilisieren und so die Männerarbeitsplätze zu retten. Sie knüpfen damit an die Definition der Vollbeschäftigung der siebziger Jahre an, wo zwar die Männer in Arbeitsverhältnissen standen, aber trotzdem sehr viele Frauen ohne Erwerbstätigkeit zu Hause bleiben mußten.

Aber nicht nur die Frauenarbeitslosigkeit wird weitgehend ignoriert, sondern auch die bereits etablierten Teile der Frauenpolitik wie Frauenbeauftragte oder Frauenförderpläne geraten vermehrt unter Beschuß, weil sie angesichts der Existenzängste als „rausgeschmissenes“ Geld und Luxuspolitik angesehen werden.

Dennoch werden diese Ansätze nicht einmal die Arbeitslosigkeit der Männer abbauen können. Eine Überwindung der Beschäftigungs- und Strukturkrise ist nur dann erreichbar, wenn Alternativen zu den bisherigen strukturgebenden In-

dustrien geschaffen werden. Damit sind auch Chancen für die Frauen verbunden. In der Beschäftigungskrise werden Wege der Neuverteilung der bezahlten Arbeit überdacht und ausprobiert. Die Verzweiflung macht den Akteuren Mut, neue Wege zu gehen. Hierin liegt die Chance, bei der Neukonstruktion des gesellschaftlichen Arbeitslebens die Gleichstellung der Geschlechter zu verankern. Allerdings werden sich solche Möglichkeiten nur finden lassen, wenn diese neuen Wege auf einen Umbau der Krisenindustrien zielen.

Doppelte Umverteilung

Umverteilung heißt das Zauberwort, mit dem Arbeit, Zeit und Geld in der Gesellschaft einen neuen Platz bekommen sollen. Aber wer gibt ab, wer bekommt's, wieviel soll's sein?

Aus frauenpolitischer Sicht läßt sich die eindeutige Anforderung formulieren, daß eine doppelte Umverteilung der Arbeit und der Zeit und der Einkommen und Vermögen nötig ist, nämlich von oben nach unten und von Männern zu Frauen. Das ist keinesfalls immer klar. Auch fortschrittliche keynesianisch nachfrageorientierte Wirtschaftsmodelle kommen gut ohne die Einbeziehung der Frauen aus. Um so wichtiger sind konkrete Anforderungen und Vorschläge der Frauen, wenn sie nicht vergessen werden wollen. Folgende Punkte müssen Bestandteile einer Doppelten Umverteilung sein:

1. Verteilung von Arbeit und Zeit

Wichtigster Ansatzpunkt ist die Arbeitszeitverkürzung. Hiermit wird nicht nur eine breitere Verteilung der vorhandenen bezahlten Arbeit erreicht, sondern auch freie Zeit geschaffen, die für unbezahlte Reproduktionstätigkeiten genutzt werden kann. Damit wird Männern die Gelegenheit gegeben, ihren Teil der Haus- und Erziehungsarbeit selbst zu leisten. Ein wichtiger Schritt zum Abbau der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wäre so getan.

Dieser Aspekt spielt in der bisherigen Debatte der Gewerkschaften allerdings keine Rolle. Vielmehr rätseln einzelne nach Einführung der Vier-Tage-Woche bei VW sogar, was der „arbeitslose“ Arbeiter an seinem fünften Tag alles tun könnte. Arbeitszeitverkürzung wird weiterhin nur als kurzfristige Kri-

senüberbrückung angesehen statt als prinzipieller Weg zu einer Umverteilung der gesamten Arbeit propagiert. Im Grunde muß in Zukunft das Normalarbeitszeitverhältnis bei einer Wochenarbeitszeit von 25 bis 30 Stunden liegen, denn nur so kann die bezahlte und die unbezahlte Arbeit gerechter auf Frauen und Männer verteilt werden. Es ist sogar notwendig, daß zur Einhaltung dieser Norm chronischen 'Workaholics' durch eine Überstundensteuer die Lust an der Mehrarbeit genommen wird.

Entscheidend für die langfristige Beteiligung der Frauen am Erwerbsprozeß wird die Schaffung neuer, zukunftsorientierter, qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze sein. Hier liegt eine Chance, in neu entstehenden Branchen wie beispielsweise der Solarenergie die Etablierung solcher Frauenarbeitsplätze zu fördern und bereits jetzt durch die Quo-

Aus frauenpolitischer Sicht ist eine doppelte Umverteilung der Arbeit und der Zeit und der Einkommen und Vermögen nötig, nämlich von oben nach unten und von Männern zu Frauen.

tierung von Ausbildungsplätzen und die verstärkte Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung sowie gezielte Qualifizierung von Frauen für zukünftige Wachstumsbranchen die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Bei der wirtschaftspolitischen Förderung von Investitionen und Arbeitsplätzen muß ein wichtiges Kriterium sein, daß mindestens 50% der neu zu schaffenden Arbeitsplätze von Frauen besetzt werden.

Wenn die Doppelbelastung der Frau zwischen Beruf und Familie aufgelöst werden soll, ist eine Verteilung der Erziehungs- und Hausarbeit auf beide Geschlechter notwendig. Eine stärkere Verschiebung der Kindererziehung vom privaten in den gesellschaftlich organisierten Bereich leistet dabei einen Beitrag. Aber auch Regelungen für die vielen unbezahlten Tätigkeiten, die nicht aus dem privaten Bereich ausgelagert werden können und teilweise von den

Betroffenen auch persönlich erledigt werden wollen, müssen geschaffen werden. Dazu gehören Teile der Kindererziehung, aber auch Tätigkeiten wie Einkaufen, Kochen oder Aufräumen, die zum einen die Privatsphäre betreffen, zum anderen aber auch als Dienstleistung in Form von Dienstmädchen- und Putzfrauenjobs wenig attraktive Berufe darstellen würden.

Die Formel von der „Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit“ erweckt die Illusion, man könne die Frauen davon befreien, ohne Männer damit zu belasten. Letztendlich laufen aber alle bisherigen Modelle darauf hinaus, daß wiederum Frauen für die Dreckbeiseitigung zuständig sind. Eine konsequente Einbeziehung dieser Anforderungen in Männer- und Frauenarbeitsplätze ist der einzige Zugang zu einer Aufteilung dieser Aufgaben auf die Geschlechter. Ein Beispiel dafür bleibt die Forderung nach der obligatorischen Aufteilung des Erziehungsurlaubs auf beide Elternteile.

Für die Verteilung der Hausarbeit fehlen solche Instrumente und es wird weiterhin auf die Konsequenz und Kraft der Frauen in der Auseinandersetzung mit ihren Männern ankommen. Allen die Thematisierung dieses Aspekts in Zusammenhang mit Arbeitszeitverkürzungen könnte aber einen langfristigen Sinneswandel bei den Männern in Gang setzen. Jede Person sollte zeitlich und finanziell in der Lage sein, selbst für die eigene Reproduktion zu sorgen.

2. Verteilung der Einkommen und Vermögen

Mit der Arbeitszeitverkürzung steht immer auch die Frage des Lohnausgleichs bzw. Lohnverzichts an. Gerade die Frauenarbeitsplätze sind schon jetzt so schlecht bezahlt, daß ein Lohnverzicht unmöglich ist, auch wenn viele Frauen (sozialisationsbedingt) sogar dazu bereit wären. Anzustreben ist ein genereller Lohnverzicht sicher nicht, aber es entspricht zur Zeit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, wenn bestenfalls ein sozial gestaffelter Lohnausgleich durchgesetzt werden kann. Auffällig ist bei der Debatte, daß der Lohnverzicht zugunsten des Unternehmers für die Sicherung des Arbeitsplatzes durchaus möglich ist, eine Verzichtsdebatte zugunsten der Frauen, um

* Alexandra Kramm, Isernhagen, stellv. Bundesvorsitzende der Jusos in der SPD

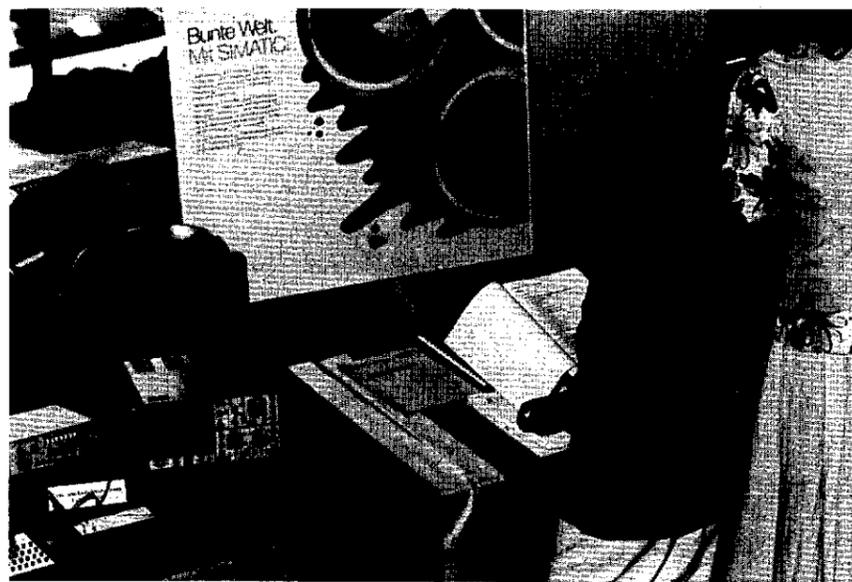
die Diskrepanz innerhalb der Lohnstrukturen zu verringern, nicht geführt wird. Dabei verdienen Frauen immer noch weit aus weniger als Männer, weil deren Löhne als Familienlöhne angesehen werden.

Der generelle Verzicht der Männer liegt dabei überhaupt nicht in unserem Sinn. Ein gutes Beispiel für eine Maßnahme zur Doppelten Umverteilung liegt in

einen alten Vorschlag der Tarifpolitik: Eine Erhöhung der Löhne durch Festsummen statt prozentual würde die Lohnschere verringern und eine direkte Umverteilung von oben nach unten und von Männern zu Frauen bedeuten, ohne daß schlecht bezahlte Männer für Frauen verzichten müßten. In Schweden stiegen die Löhne der Frauen innerhalb von fünf Jahren doppelt so stark wie die der Männer, so daß Frauen 1989 90% des Männerlohns verdienten. Außerdem muß die Aufwertung der klassischen Frauenberufe in finanzieller Hinsicht in Angriff genommen werden. Dazu gehört vor allem die bessere Einstufung von Frauentätigkeiten. Hierzu könnten etwa Mittel genutzt werden, wenn die obersten Lohngruppen eingefroren würden, was allerdings in der Krise kaum durchsetzbar sein dürfte.

Dennoch darf die Umverteilung von den Unternehmern zu den Arbeitnehmerinnen nicht aus dem Auge verloren werden. Zusätzliche Abgaben wie z.B. die Investitionshilfeabgabe müssen gerade den Frauen zugute kommen. So sollten mit diesen Geldern gezielt Frauenerbeitsplätze gefördert werden, um auch hier den Umverteilungsweg von Männern oben zu Frauen unten zu ebnet.

Ähnliches gilt für die Einkünfte aus einer erhöhten Vermögenssteuer. Durch den Ausschluß von der Erwerbsarbeit sind Frauen vielfach auch von der Vermögensbildung ausgeschlossen gewesen. Ihre niedrigen Löhne erlauben kaum die Anhäufung von Vermögen und führen im Alter durch hohe Ausfallzeiten wegen Kindererziehung eher zur



Altersarmut. Um es plakativ auf den Punkt zu bringen: Die Armut ist weiblich, der Reichtum ist männlich, d.h. eine Besteuerung der Vermögenden bedeutet auch hier von den Männern zu nehmen und zugunsten der Frauen, z.B. durch die volle Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Rente oder die Schaffung von Kindergartenplätzen, umzuverteilen.

Gestaltung des gesellschaftlich Ganzen

Die krisenbedingte Situation stellt erhöhte Anforderungen an Zukunftskonzepte zum Erhalt der Arbeitsplätze und zur Veränderung des Geschlechterverhältnisses. Entscheidend ist es, den Zusammenhang zwischen beiden zu betonen. Eine Politik der Doppelten Umverteilung hat in Bezug auf die Erwerbsarbeit zwei wesentliche Ziele: den Abstand zwischen Männer- und Frauenlöhnen zu verringern und die Beschäftigung von Frauen zu sichern und auszubauen. Beide Punkte nützen aber auch den Männern, sind Teil einer Konzeption, die sich um das gesellschaftlich Ganze bemüht. Hiermit wird zum einen der Abschied vom Familienernährer genommen, damit das Modell des Individuallohns zur Normalität wird und die Existenz einer Familie auf zwei Schultern sicherer ruht. Zum anderen geht es darum, neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen, womit auch die Beschäftigung der Männer gesichert werden kann. Eine Entwicklung zur Neubewertung der Erziehungsarbeit und zur Aufteilung der Hausarbeit würde

damit sicher ebenso angestoßen, auch wenn hier nicht von einem Selbstlauf ausgegangen werden kann.

Bleibt die Frage, wie das erreicht werden kann. Die letzten Tarifaussinandersetzungen, aber auch die Wahlen zeigen, wie schwierig die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik sind. Es wird zwingend notwendig sein, daß die Gewerk-

schaften endlich die Frauen als Zielgruppe und Verbündete entdecken, daß die SPD die Frauen als mehrheitsbringende Kraft entdeckt, daß die Frauenbewegung ihre Rolle in den aktuellen Auseinandersetzungen entdeckt. Frauen müssen sich intensiv und kompetent einmischen, ihre Interessen in Verbindung mit den Interessen der ArbeiterInnen formulieren, damit deutlich wird, Arbeit ist auch Frauensache.

Literatur

- Jansen, M.: Gleichstellung weiterdenken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/92, S. 1471-1480.
 dies.: Männerwelten brechen zusammen, in: Die Tageszeitung 21.12.1993.
 dies.: Wider die Einfalt, in: Die Tageszeitung 8.3.1994.
 Knapp, U.: Frauenförderung in Wirtschafts- und Strukturpolitik verankern, in: zwd Frauen und Politik Nr. 7/1993, S. 6ff.
 Stiegler, B.: Die Doppelverdienerin. FES-Studie, Bonn 1993.

Die Gewinner der Krise

Anmerkungen zur Macht der Banken

von Hermannus Pfeiffer*

Ein alter Scherz auf dem Börsenparkett besagt, die Dividende sei jener Teil des Gewinns, den die Banken selbst unter Ausnutzung aller bilanztechnischen Tricks ihren Aktionären nicht verheimlichen können: 778 Millionen Mark stellt die Deutsche Bank AG hierfür in diesem Jahr zur Verfügung. Die Dividende der Aktionäre steigt dadurch von 15,00 im Vorjahr auf 16,50 DM. Dies entspricht einer Zunahme von zehn Prozent.

Nicht verheimlichen wollte die Deutsche Bank auf ihrer diesjährigen Bilanz-Pressekonferenz weitere neue Rekorde. So wuchs bspw. das Geschäftsvolumen, trotz gesunkener Zahl von Beschäftigten, um zwölf Prozent auf 557 Milliarden DM - mehr als eine halbe Billion Mark. Zum „Äpfel-Birnen-Vergleich“: Der Bundeshaushalt begnügt sich für das laufende Jahr mit einem Ansatz von 480 Milliarden DM. Und irgendwie schamlos wirkt auch der Anstieg des Gewinns vor Steuern um 23 Prozent. Damit reihte sich die Deutsche Bank wie erwartet nahtlos in die vorliegenden Erfolgsmeldungen aus der deutschen Kreditwirtschaft ein. Unbeschadet der tiefsten wirtschaftlichen Rezession seit den dreißiger Jahren floriert die hiesige Geldindustrie in den schillerndsten Farben.

Bereits vor den jüngsten Erfolgen lag ein Jahrzehnt mit ständig gewachsenen Geschäftsvolumina. Ohnehin war die konsolidierte Bilanzsumme des westdeutschen Bankensystems seit 1950, dem ersten statistisch hinreichend erfaßten Jahr, ununterbrochen größer geworden. 1966 überstieg das Volumen der Geschäfte aller Kreditinstitute erstmals das Bruttosozialprodukt der BRD. Dieses farbenprächtige Gemälde leuchtet besonders strahlend an jenen Stellen, wo die drei privaten Großbanken - Deutsche, Dresdner und Commerzbank - auf dem Bild zu finden sind: Wählen wir 1980 als Basisjahr, dann wuchs

- das deutsche Bruttosozialprodukt auf 187 Prozent,
- das sämtlicher Banken und Sparkassen auf 253 Prozent und
- das der drei Großbanken sogar auf 302 Prozent.

Dabei blieb, ich erlaube mir einen kleinen Exkurs, das Geschäft der Banken und Sparkassen vorwiegend realwirtschaftlich orientiert. Der Anteil der „Kredite an Nichtbanken“ liegt seit den sechziger Jahren bei zwei Drittel des Geschäftsvolumens aller Institute. Im internationalen Vergleich wird der deutschen Kreditwirtschaft wohl zu Recht eine geringe spekulative Neigung nachgesagt. Und so ist es wohl kein Zufall, daß die hiesigen spekulativen Desaster in Devisen, Wertpapieren oder Öltermingeschäften traditionellen Nichtbank-Konzernen, wie Klöckner, Volkswagen oder der Metallgesellschaft, unterliefen. Zwar sind auch diese eng mit der Kreditwirtschaft verflochten, aber die Dynamik in ihren zwischenzeitlich als modisch geltenden eigenen Finanzzentren obsiegt. Mittlerweile verlagern Handel, Dienstleistung und Industrie wieder vermehrt finanzielle Kompetenzen zu den (Groß-) Banken. Übrigens betreibt selbst die „Bank mit geschlossenem Elektroladen“, der Siemens-Konzern, seine Kapitalanlagestrategie über Kreditinstitute. Depotbank, auch nach der Gründung der Siemens Kapitalanlage-GmbH, bleibt die Deutsche Bank. D.h. auch bei einem „Überschuß“ an (Geld-) Kapital besteht die enge Bindung zur Kreditwirtschaft fort.

An der grundsätzlich realwirtschaftlichen Ausrichtung ändern auch manche ein wenig lautstark vorgetragene Diskussionsbeiträge zu den neuen, nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten („Derivate“) nichts. Vorrangig handelt es sich bei diesen um Optionen auf zukünftige Geschäfte, die zur Absicherung laufender Kontrakte eingesetzt werden. Zugleich führt eine wachsende Unabhängigkeit der Finanzwelt von anderen wirtschaftlichen Sektoren zu quasi autonomen Geld- und Kapitalmärkten. Die losgelöste Entwicklung an den Börsen, hauptsächlich getragen von den ge-

ringen Zinserwartungen anderer Anlageformen, illustriert einen kleinen Ausschnitt davon. Aber auch die Teil-Autonomie einzelner Finanzmärkte basiert auf realwirtschaftlichen Problemen. In gebotener Kürze: Eine erfolgreiche Fabrik wirft auch 1994 noch eine höhere Rendite ab als die Verzinsung einer Finanzanlage mit relativer Sicherheit. Es ist nicht die hohe Verzinsung, sondern die zu geringe Nachfrage etwa für Industrieprodukte, welche die Investoren mit ihrem verfügbaren Kapital zum Ausweichen auf die Finanzmärkte drängt.

Warum immer Sieger ?

Die angedeutete Entwicklung der deutschen Kreditwirtschaft erscheint alles andere als selbstverständlich, wenn wir an die Krisen der US-amerikanischen, japanischen oder skandinavischen Banken, an die aktuellen Probleme der englischen und französischen Kreditinstitute denken. Als Gründe der Großbanken-Erfolge können wir hier die Lösungen der Problemkreise „Internationalisierung“, „EU-Binnenmarkt“ und „Konkurrenz durch Versicherungen“ lediglich nennen. Letzterer wurde im internationalen Maßstab und auf dem Weg in den europäischen Binnenmarkt durch Kooperationen und den Einkauf in die Assekuranz gelöst. Abgesehen vom Geschick und Ungeschick der Protagonisten in deutschen und anderen Ländern sowie von dem angeblich konservativen Geschäftsgebaren hiesiger Banken, möchte ich auf drei strukturelle Besonderheiten des deutschen Kreditwesens hinweisen. In ihnen finden wir, wenn nicht die Ursachen, so doch einige tiefere Gründe für den Erfolg der Sieger.

Da ist zunächst die juristische Sonderstellung des Kreditwesens. So schafft das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) einen Ausnahmehereich für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Faktisch sind also Kartelle der Banken erlaubt und werden auch für entsprechende Regulierungen des Marktes genutzt, teilweise für Preis- und Konditionen-

* Dr. Hermannus Pfeiffer, Wirtschaftswissenschaftler und Publizist, arbeitet am Institut für Finanzdienstleistungen und Verbraucherschutz, Hamburg. Jüngste Buchveröffentlichung: Die Macht der Banken, Campus Verlag, Frankfurt am Main und New York 1993.

Abprachen - denken wir an den „Eurocheque“ oder die beschränkten Zugangsmöglichkeiten zum Emissionsgeschäft.

Ein zweites Merkmal des deutschen Geldwesens ist das Universalbank-System. Seine Bedeutung für den ökonomischen Erfolg der (Groß-) Banken verdeutlichen erneut die Probleme im Kreditwesen der USA, mit seinem Regional- und Spezialbanken-Prinzip. Die preiswerte Refinanzierung über Einlagen ist dort eng begrenzt, die Kompensation von schlechten Krediten über Investment Banking, Bauspargeschäft, (Wertpapier-, Devisen-) Eigenhandel oder Versicherungen zumindest erschwert und teilweise unmöglich. Zudem ist die Geschäftstätigkeit der US-Institute regional begrenzt. Umgekehrt kann in der Bundesrepublik etwa die aktuell moderate Entwicklung des Kreditgeschäfts (über-)kompensiert werden durch stärkeres provisionswirksames Geschäft (Wertpapiere, Beratung) und durch den Eigenhandel in Aktien, Renten oder Edelmetallen.

Kreislauf der Macht

Das dritte deutsche Merkmal heißt „Macht der Banken“. Zunächst, auch der klassische Kredit greift noch als Machthebel. Selbstverständlich greift er gegenüber dem verschuldeten Konsumenten wie gegenüber dem Staat. Wie eng der staatliche Handlungsspielraum in der Bundesrepublik geworden ist, zeigt der Umfang des Zinsaufwandes. Die Zahlungen von Zinsen (an die Banken sowie private und institutionelle Wertpapieranleger) erreichten 1989 einen Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes von 11 Prozent. Im kommenden Jahr kann der Zinsaufwand auf 16 und 1997 sogar 23 Prozent steigen.

Aber uns sollen hier vornehmlich die Unternehmen interessieren. Denken wir an den selbständigen „Mittelstand“: Die Eigenmittelquote (Eigenmittel zu Bilanzsumme) westdeutscher Unternehmen ist auf 18 Prozent gesunken, die horizontale Eigenmittelquote (Eigenmittel zu Sachanlagen) auf 65 Prozent (1991). Im Ergebnis bleibt eine starke Abhängigkeit der meisten Unternehmen von Krediten festzuhalten.

Im „Kreislauf der Macht“ nun konzentriert sich die Macht der Banken, aber auch die Antwort auf unsere Frage nach den Gründen des Erfolgs. Diese Banken-Macht gegen (und mit) den

Nichtbank-Unternehmen schafft für die Geldkonzerne ein vergleichsweise kalkulierbares wirtschaftliches Umfeld, in das man regulierend eingreifen kann und das sichere Geschäfte verheißt. Worin begründet sich nun die Macht der Banken?

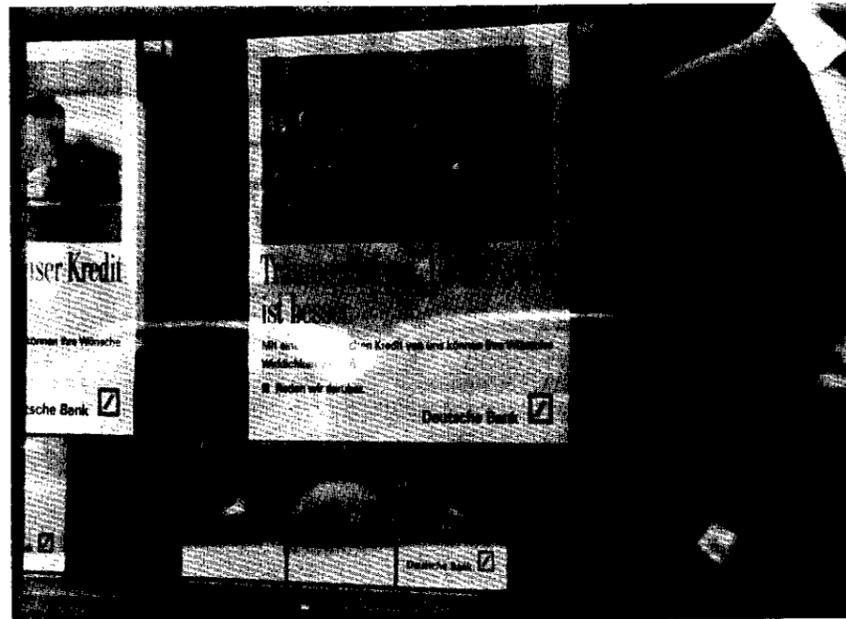
Mag das klassische Geschäft bei der Masse der Unternehmen bereits hinreichen, um von der Macht der Banken zu sprechen, sieht es bei den mit relativ großer Eigenkapitalbasis ausgestatteten Aktiengesellschaften anders aus. Hier greift der Kreislauf der Macht. Besondere Beachtung verdient das Depot- oder Vollmachtstimmrecht der Banken. Diese majorisieren faktisch die Hauptversammlungen (HV) anderer Unternehmen - ebenso wie auch die eigenen HVen - mittels der Stimmen aus ihrem Eigentum an Aktien sowie mittels der Stimmen ihrer Depotkunden. Der Stimmrechtsanteil al-

Unternehmen und Institutionen. Der nun „vertraute“ Aufsichtsrat des Unternehmens X bestellt wiederum den Konzernvorstand, der wohl zu wissen hat, wem er sein Mandat verdankt.

Personelles Netz

Die drei deutschen Großbanken unterhalten insgesamt 8.129 personelle Verflechtungen mit Unternehmen und Institutionen und nutzen sie. Dies ergab meine Untersuchung „Die Macht der Banken“ (Frankfurt am Main und New York 1993). Allein zu den 130 wichtigsten inländischen Unternehmen ließen sich 2.504 Verbindungen nachweisen, durchschnittlich fast 20 zu jedem deutschen Top-Konzern.

Der Kreislauf der Macht wirkt fort in der Geschäftstätigkeit der Unternehmen, mit entsprechender Berücksichtigung der



ler Kreditinstitute auf den HVen der bedeutenden inländischen Unternehmen liegt durchschnittlich bei gut 80 Prozent, ermittelte der Wirtschaftswissenschaftler Arno Gottschalk (WSI-Mitteilungen 5/88). Mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten die drei Großbanken, den größten Anteil die Deutsche Bank.

Entsprechend den tatsächlichen Kräfteverhältnissen wird in den Hauptversammlungen der Aufsichtsrat besetzt, im Hinblick auf die Außenwirkung mit vergleichsweise wenigen Bankern, aber hinreichend vielen Vertrauten aus den bankeigenen Gremien (Aufsichtsräte, Beiräte), aus verbundenen

führenden Bank sowie der weiteren Hausbanken und findet seinen vorläufigen Abschluß in der Ausgabe neuer Aktien, der billigen und daher beliebten Form der Eigenkapitalbeschaffung. Das geschieht selbstverständlich über die Haus- und Depotbank(en) - und in der deutschen Wirklichkeit meist unter Führung der Deutschen Bank. Die Kreditinstitute verkaufen die jungen Aktien an ihre alten Kunden, wodurch die Provisionen sowie der Verbleib der neuen Depotstimmen in den ausgebenden Banken gesichert sind und zum guten Schluß die bisherigen Mehrheitsverhältnisse auf verbreiteter Kapitalbasis erneuert wurden.

Fazit: Die deutschen Sonderbedingungen, diese Mixtur aus rechtlichen Rahmenbedingungen, einem Universalbank-System und dem Kreislauf der Macht, bilden den Hintergrund für die Siege der Großbanken. Soweit die Antworten, aber es bleiben Fragen offen: Exekutieren die Großbanken lediglich die nackten Gesetze der Kapitalakkumulation oder schafft die Macht Spielraum, relative Autonomie und Extraprofite? Und, wie wirkt sich die Sonderrolle der Großbanken auf den Konjunktur- und Krisenzyklus aus? Auch wenn es auf diese Fragen noch keine befriedigenden Antworten gibt, die Gewinner der Krise stellen eine wirtschaftliche und vielleicht mehr noch politische Herausforderung in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland dar.

Politisches Problem

So ist die Macht der Banken zunächst ein politisches Problem und erst in zweiter Linie ein ökonomisches. Die Macht der Großbanken ist nicht mit einer hinreichend demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik zu vereinbaren. Zunächst sollte aus ordnungspolitischer Sicht diese Macht enger begrenzt werden. Dazu bietet der im Herbst im Deutschen Bundestag erörterte SPD-Antrag „Gegen wachsende Macht der Banken und Versicherungen“ immerhin einen Ansatzpunkt (BT-Drucksache 12/2700). In ihm wird die Streichung der Ausnahmeregelung im Kartellrecht (§ 102 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) und die (weitere) Beschränkung von Anteilsbesitz, Depotstimmrecht und Aufsichtsratsmandaten gefordert.

Mir geht es letztlich nicht um die sogenannten „Mißbräuche“ wirtschaftlicher Macht - deren Diskussion besorgen ohnehin die Bestsellerautoren - sondern um die wirtschaftliche Macht selbst - um hier den Freiburger Ordoliberalen Walter Eucken als Bündnispartner ins Feld zu führen.

Darüber hinaus sollten wir uns über die gesellschaftliche Regulierung Gedanken machen. Selbstverständlich ginge es in dieser Diskussion um traditionelle Aspekte wie die Demokratisierung des Bankenwesens, aber auch um Fragen volkswirtschaftlicher Effizienz. So erscheint die steuerliche Privilegierung von Spekulationsgewinnen in Wertpapieren wenig sinnvoll (außer für die Spekulanten). Hier wäre ein Steuer-

recht notwendig, das demgegenüber realwirtschaftliche Investitionen begünstigt - und möglicherweise mit sozialen und ökologischen Kriterien verknüpft. Wenngleich es nicht populär ist, um eine Staatsdiskussion werden wir dabei nicht herumkommen.

● Transparenz ist von den privaten Banken und den häufig quasi öffentlich-rechtlich organisierten Sparkassen sowie genossenschaftlichen Volks- und

Die Macht der Großbanken ist nicht mit einer hinreichend demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik zu vereinbaren.

delung wie auch immer alternativer Geldanlagen müßte nachgedacht werden.

● Die Diskussion um die betriebliche Mitbestimmung, erweitert um den Komplex gesellschaftlicher Einflüsse, sollte gerade im Blick auf die Großbanken wieder intensiviert werden. Dabei geht es um eine Stärkung der formalen Position der Aufsichtsräte auf der Arbeitnehmerbank und um eine faktische „Besserstellung“. So könnten die Gewerkschaften künftige Tantiemen für den Aufbau kompetenter Stabsabteilungen nutzen, um der Kapitalseite hinreichende fachliche Kompetenz entgegenzusetzen.

Nach diesem Brainstorming möchte ich noch auf ein Dilemma aufmerksam machen, das vielleicht nur ein Paradoxon ist. Einerseits haben wir eine große Effizienz der deutschen Kreditwirtschaft konstatiert, andererseits eine wenigstens ebenso beachtliche Macht der Großbanken. Jene Effizienz zeigt sich aber, aus der Nähe betrachtet, als eine vorwiegend betriebswirtschaftliche. Die in absoluten Zahlen, wie auch an ihrer ökonomischen Potenz gemessen, minimalen Steuerbeiträge der Banken stützen dieses Argument. Gleiches gilt für den in jüngerer Zeit verwirklichten Arbeitsplatzabbau. Gerade in diesem Punkt zeigt sich die eingeschränkte Logik der Kreditwirtschaft: Auch in dieser Branche wird „Rationalisierung“ als rigide Senkung von Kosten verstanden und nicht als Möglichkeit, freiwerdende Potentiale für erweiterte oder neue Aufgaben zu nutzen.

Raiffeisenbanken einzufordern, etwa über deren personelle Verflechtungen. Damit wüchsen die Möglichkeiten für eine kritische Öffentlichkeit, die sich nicht mehr mit den bunten Tabellenbildern von Zinssätzen oder der Rüge am täglichen Bauernlegen auf dem Grauen Kapitalmarkt des Mißbrauchs begnügt.

● Der Einfluß von Gruppen außerhalb des „Kreislaufs der Macht“ wäre geltend zu machen. Die Bedeutung der Kleinaktionäre ließe sich stärken und, was sympathischer ist, Belegschaftsaktionäre könnten als neue, möglicherweise gewerkschaftsnahe Kraft entdeckt werden. Über die Entfaltung sowie Bün-

Das personelle Netz der Großbanken

● Von den 8.129 personellen Verflechtungen der Großbanken entfallen 6.339 Beziehungen auf Unternehmen und 1.790 auf gesellschaftliche Institutionen.

● Eine große Zahl jener Unternehmensmandate entfällt auf Vorsitzende von Kontroll- und Koordinierungsorganen sowie deren Stellvertreter: In 1.224 Fällen fand sich ein Großbanken-Repräsentant an der Spitze eines Aufsichtsrates oder Beirats.

● Hinzu kommen 588 Gesellschaftler - An der ersten Position von Unternehmensleitungen (Vorstandsvorsitzende) finden wir 481 mal einen Großbanken-Vertreter, 35-mal in der weniger üblichen Stellvertreterfunktion.

● Allein zu den 130 wichtigsten inländischen Unternehmen zeigt die Untersuchung 2.504 Verbindungen - im Schnitt fast 20 zu jedem deutschem Top-Konzern. Personelle Verflechtungen unterhielten

● die Großbanken insgesamt zu 124 Unternehmen,
● die Commerzbank zu 86 Unternehmen,
● die Dresdner Bank zu 105 Unternehmen und
● die Deutsche Bank zu 115 Unternehmen.

Quelle: Hermannus Pfeiffer, Die Macht der Banken, Frankfurt am Main und New York 1993

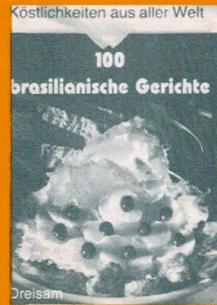
spw verschenkt zwei nützliche Bücher an alle, die ein neues **spw**-Abonnement an die Frau oder an den Mann bringen.

Köstlichkeiten aus aller Welt -

je 100 Kochrezepte!

Ladenpreis: DM 19,80 (Dreisam-Verlag)

- (11) Brasilianische Gerichte
- (12) Griechische Gerichte
- (13) Indonesische Gerichte
- (14) Italienische Pasta-Gerichte
- (15) Mexikanische Gerichte
- (16) Portugiesische Gerichte
- (17) Provenzalische Gerichte
- (18) Russische Gerichte
- (19) Türkische Gerichte



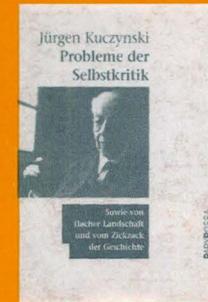
Mit dem richtigen Ratgeber - immer vollen Durchblick!

Ladenpreis: DM 24,50 (Dreisam-Verlag)

- (21) Umwelt-Lexikon
- (22) Haushalt ohne Gift
- (23) Recht am Arbeitsplatz
- (24) Mieterrechte
- (25) Rechtsratgeber für Arbeitslose
- (26) Verbraucherrechte
- (27) Zusammen leben - ohne Trauschein
- (28) Reisen und Recht



Was Sie immer schon lesen wollten!



(31) Jürgen Kuczynski,
Probleme der Selbstkritik

(32) Lutz Hoffmann,
Die Unvollendete Republik

(33) L. Elm/D. Heither/G. Schäfer,
Füxe, Burschen, alte Herren
Ladenpreis: jeweils DM 24,80

(34) K.-H. Heinemann/W. Schubarth,
Der antifaschistische Staat
entläßt seine Kinder
Ladenpreis: DM 14,80

(Papyrossa Verlag)



Bitte beide Nummern der
Buchgeschenke auf der
Abo-Karte angeben!